



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

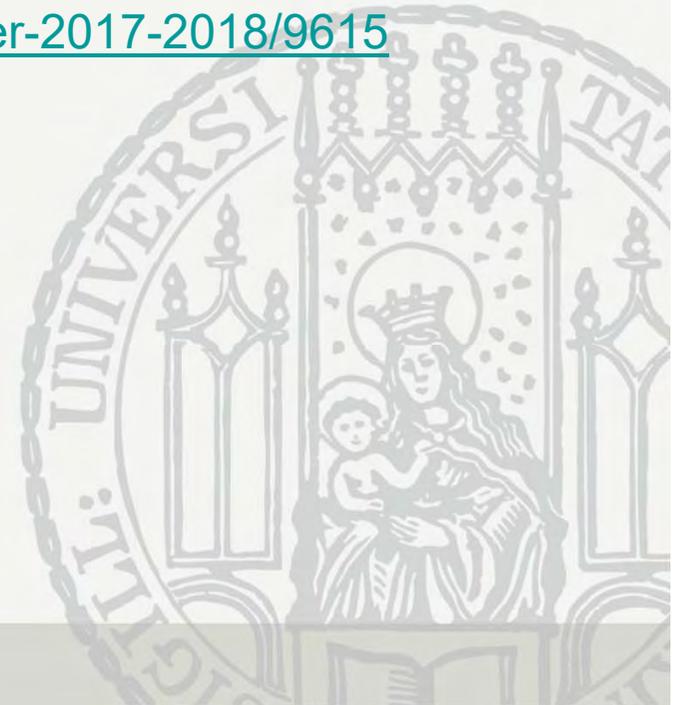
Vorlesung Sozialstrukturanalyse

Videoaufzeichnung:

<https://videoonline.edu.lmu.de/de/wintersemester-2017-2018/9615>

Prof. Dr. Josef Brüderl

WS 2017/18



Inhalt

1. Einführung

- 1. Wissenschaftstheoretische Grundlagen 04
- 2. Grundbegriffe der Sozialstrukturanalyse 09

2. Die Bevölkerung der Gesellschaft

- 1. Struktur und Wandel der Bevölkerung 16
- 2. Fertilität 31
- 3. Mortalität 44
- 4. Migration 52

3. Private Lebensformen

- 1. Verteilung und Wandel der Lebensformen 59
- 2. Partnerwahl, Heirat, Scheidung 70

Inhalt

4. Soziale Ungleichheit

1. Grundlegendes	86
2. Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit	
1. Bildung	106
2. Beschäftigung und Beruf	124
3. Einkommen und Vermögen	129
4. Gesundheit	153
3. Theorien sozialer Ungleichheit	158
4. Strukturen sozialer Ungleichheit	163
5. Soziale Mobilität	168

5. Literaturverzeichnis

175



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 1: Einführung

1.1 Wissenschaftstheoretische Grundlagen

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Ziele der Sozialstrukturanalyse

- Beschreibung (Deskription)
 - Beschreibung der sozialen Strukturen/Prozesse
 - Sozialberichterstattung in einer komplexen Welt
 - Erklärung (Kausalität)
 - Warum gibt es diese sozialen Strukturen/Prozesse?
 - Politikberatung
 - Empirisch fundierte Beschreibungen und Erklärungen können die Grundlage politischer Entscheidungen sein
 - Evidenzbasierte Sozialpolitik
 - Beschreibung: Kenntnis über den Ist-Zustand
 - Erklärung: Verständnis der Zusammenhänge und Prozesse
 - Politisches Ziel: Vorstellung über den Soll-Zustand
 - Entwicklung einer politischen Maßnahme, um vom Ist-Zustand zum Soll-Zustand zu kommen
- „Making the world a better place to live“

Was ist die wissenschaftliche Methode?

- Anstatt einer längeren Einführung in die Wissenschaftstheorie, der Kern:
- **Konsequentes Anzweifeln aller Ergebnisse (auch der eigenen!)**
(aus: Richtlinien der LMU München zur Selbstkontrolle in der Wissenschaft)
- Ergebnisse werden erst akzeptiert, wenn sie unabhängig wiederholt (repliziert) werden konnten
- Wissenschaft, die aufhört zu zweifeln, die glaubt im Besitz der Wahrheit zu sein, wird Glaube bzw. Ideologie

Satzarten

- Analytische Sätze
 - Wahr bzw. falsch unabhängig vom Zustand der Welt
 - Definitionen, Tautologien, Kontradiktionen
 - Tautologien und Kontradiktionen liefern keinen Erkenntnisgewinn
- Normative Sätze
 - Werturteile, Normen, Soll-Sätze
 - Haben keinen empirischen Gehalt und können deshalb durch empirische Forschung nicht begründet werden.
- Empirische Sätze
 - Stellen Behauptungen über prinzipiell beobachtbare Sachverhalte auf, die wahr oder falsch sein können
 - „Die Einkommensungleichheit in D ist von 2013 auf 2014 angestiegen“
 - Die empirische Überprüfung der Gültigkeit (Wahrheit) empirischer Sätze ist die Hauptaufgabe der Erfahrungswissenschaften

Werturteilsfreiheit

- Max Weber im Verein für Socialpolitik 1909:
Wissenschaft sollte wertfrei sein!
- Normative Sätze (ob etwas gut oder schlecht ist) sind empirisch nicht begründbar
- Wertgesteuerte Wissenschaft führt leicht zu falschen Ergebnissen
 - Durch selektive Wahrnehmung (Bestätigungsbias)
 - Durch Manipulation / Fälschung
- Deshalb: Wertfreiheitspostulat
 - Wissenschaftler sollten bei ihrer analytischen / empirischen Arbeit ihre Werte so gut es geht ausblenden
 - Kontrolle nötig: Offenlegung von Methoden, Daten und Analysen (Möglichkeit der Replikation)



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 1: Einführung

1.2 Grundbegriffe der Sozialstrukturanalyse

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Mögliche Analyseebenen

- Mikroebene
 - Analyse der Merkmale von Individuen
- Mesoebene
 - Analyse der Merkmale von Haushalten, Organisationen, etc.
- Makroebene
 - Analyse der Merkmale von Gesellschaften
 - Analyse sozialer Strukturen (synonym: kollektiver Phänomene)
- Sozialstrukturanalyse beschäftigt sich primär mit der Makroebene
 - Man will soziale Strukturen beschreiben und erklären
 - Man will die Veränderung sozialer Strukturen beschreiben und erklären

Querschnitt und Längsschnitt

- Querschnittbetrachtung
 - Zeitpunktbezogenes Bild sozialer Strukturen
 - Vorteil: die meisten Daten fallen querschnittlich an
 - Nachteile: immer unvollständig
- Längsschnittbetrachtung
 - Makroebene
 - Zeitreihen geben den sozialen Wandel wider (Trends)
 - Mikroebene
 - Paneldaten erlauben die Untersuchung individueller Dynamik
- Längsschnittanalyse auf Mikroebene
 - Makro-Zeitreihe: 10% Armutsquote über die Jahre konstant in einem Land
 - Mikroanalyse: 10% der Personen sind ihr ganzes Leben arm, oder alle Personen sind 10% ihrer Lebenszeit arm?

Erklärung

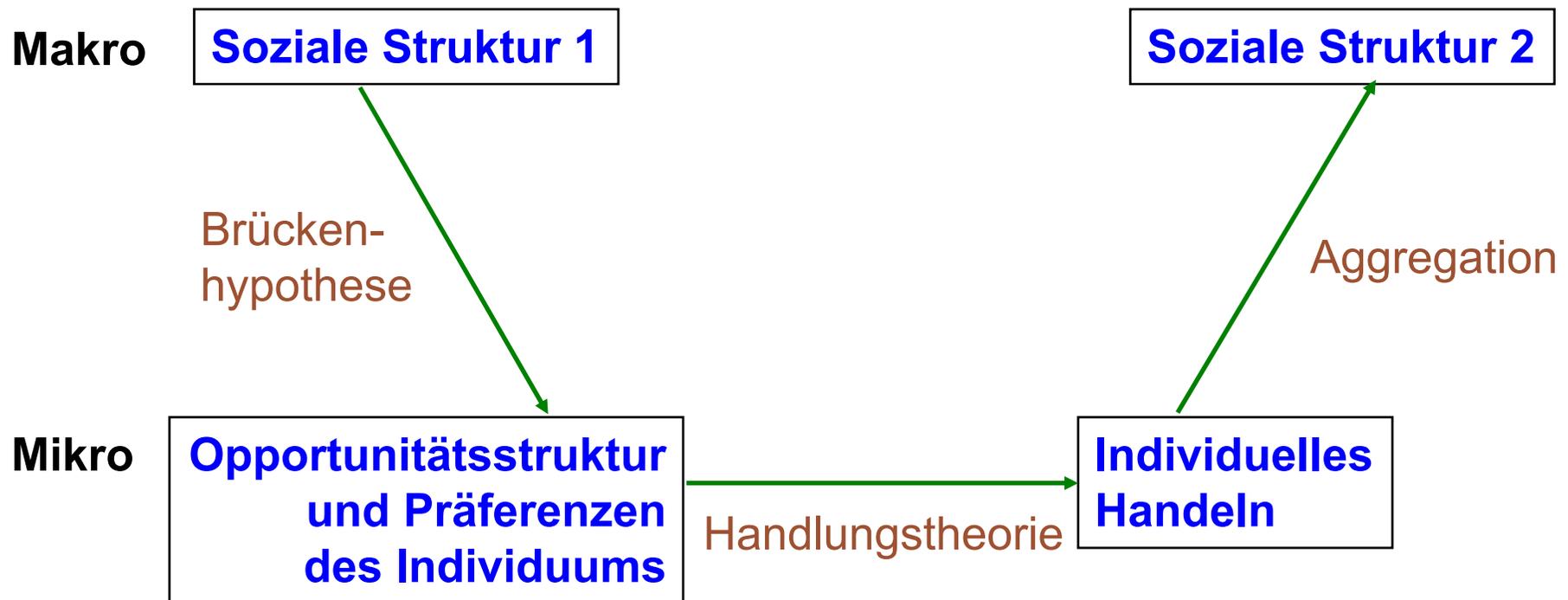
- Erklärungen sind Antworten auf „Warum-Fragen“
- Durkheims „Regeln der soziologischen Methode“ (1895)
 - „Soziales soll mit Sozialem erklärt werden“
 - Makro-Makro Erklärung
 - Beispiel einer Makro-Makro Erklärung:
„Die Frauenerwerbsquote ist in den letzten Jahrzehnten angestiegen, weil im Rahmen der Bildungsexpansion das Bildungsniveau der Frauen angestiegen ist“



- Makro-Makro Erklärungen sind unvollständig
 - Wieso soll mehr Bildung mehr Erwerbstätigkeit bewirken?
 - Es fehlt ein Mikromodell der individuellen Handlungen (Handlungstheorie)

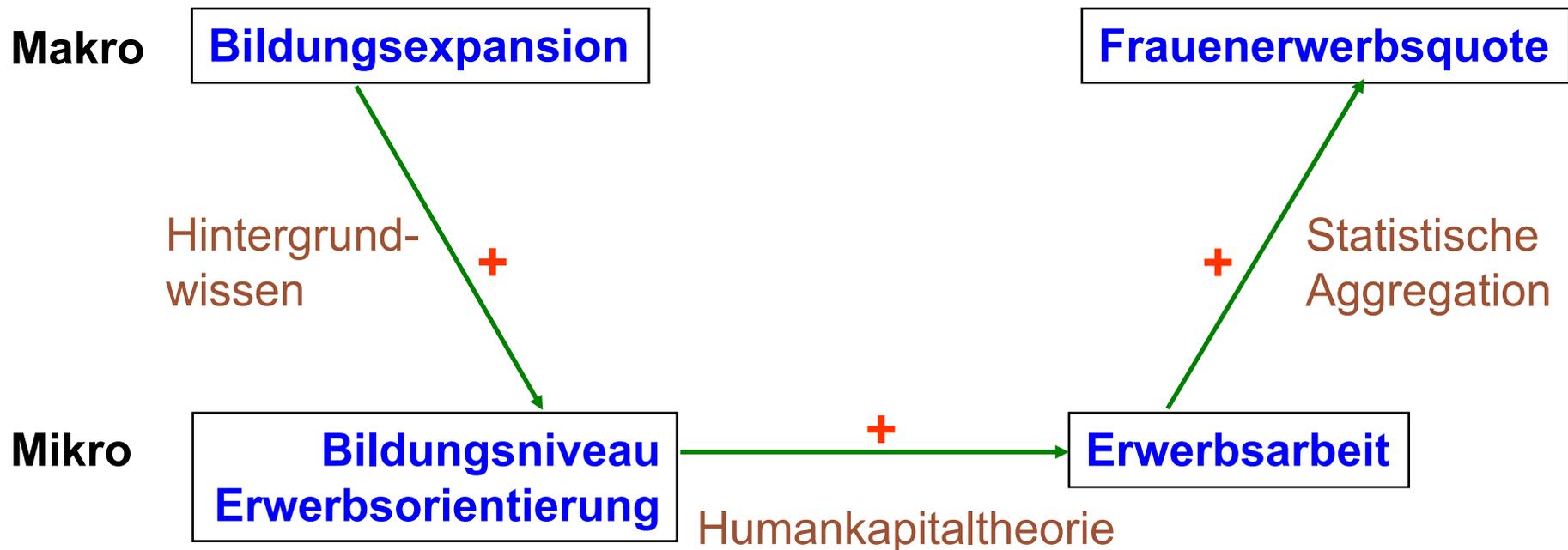
Das Modell soziologischer Erklärung

- Deshalb in der analytischen Soziologie:
Mikrofundierung soziologischer Erklärung
 - Makro-Mikro-Makro Erklärung
 - Synonyme nach den „Erfindern“: Coleman-Wanne, Esser-Modell



Bildungsexpansion und Frauenerwerbstätigkeit

- Beispiel einer Makro-Mikro-Makro Erklärung
 - Brückenhypothese: Hintergrundwissen aus vielen empirischen Studien
 - Handlungstheorie: den Zusammenhang zwischen Bildung und Erwerbsarbeit hat insbesondere die Humankapitaltheorie herausgearbeitet
 - Aggregation: hier einfach eine statistische Definition



Analytische Sozialstrukturanalyse

- Diese Vorlesung folgt den Grundprinzipien der analytischen Soziologie
 - Klare und präzise Analysen (verständlich)
 - Erkenntnisse aufgrund empirischer Analysen (evidenzbasiert)
 - Beschreibung sozialer Strukturen und Prozesse mit Daten
 - Kritisch gegenüber den Daten/Methoden (methodenkritisch)
 - Erklärungen der Strukturen/Prozesse
 - Insbesondere mittels Makro-Mikro-Makro Erklärungen
 - Wertfreie Analysen
 - Nicht ständig als „gut“ bzw. „schlecht“ bewerten



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 2: Bevölkerung

2.1 Struktur und Wandel der Bevölkerung

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



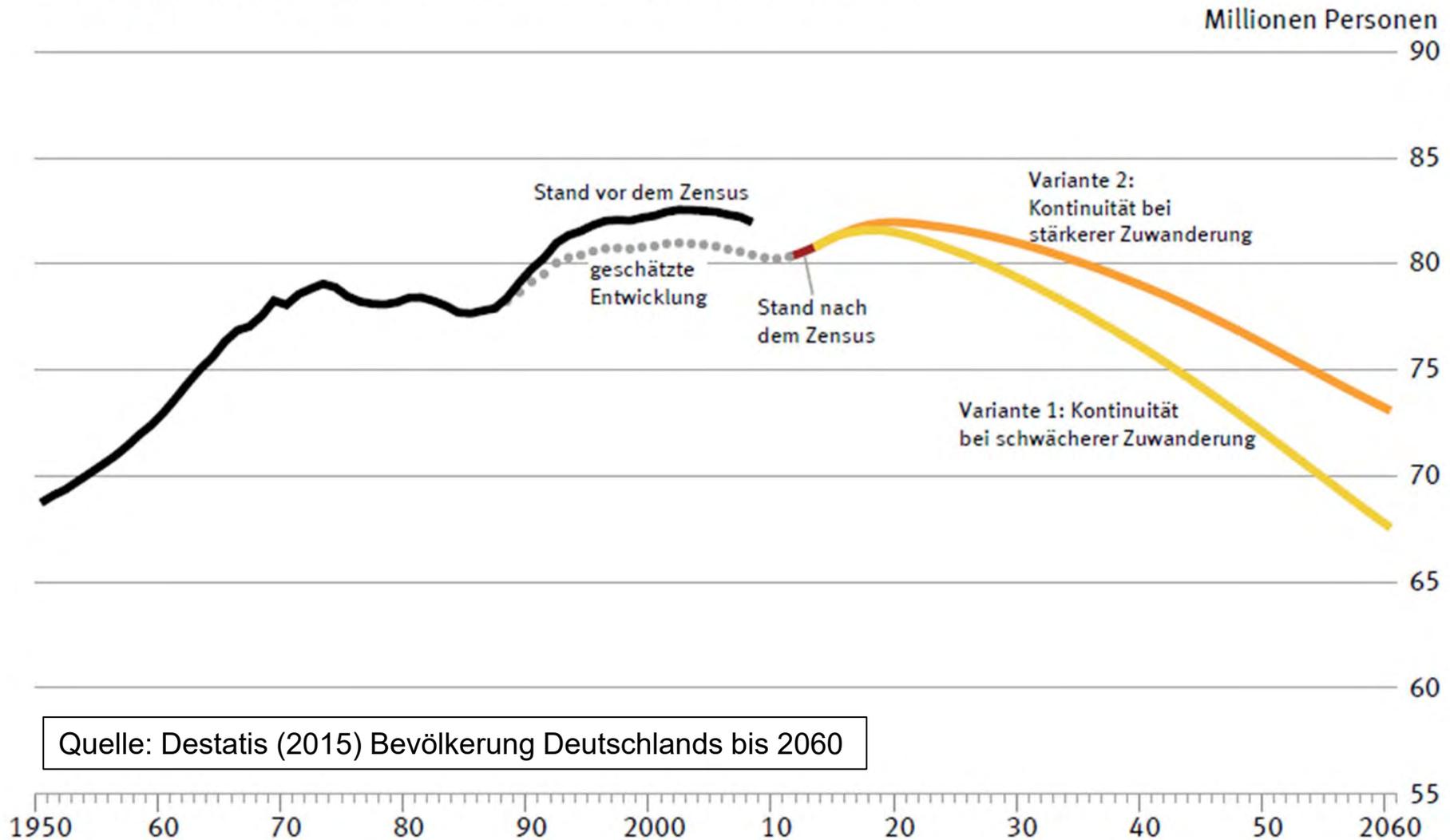
Bevölkerung

- Die Bevölkerung ist die Basis der Gesellschaft
 - Wissenschaftliche Disziplin: Demographie
- Wohnbevölkerung in Deutschland (2016)
 - 82,8 Mio. (2011: 80,3 Mio.)
 - Bevölkerungsstruktur
 - 51 % Frauen, 49 % Männer
„Sex-Ratio“ = 0,96; 96 Männer auf 100 Frauen
 - 10,9 % Ausländeranteil
- Demographische Grundgleichung
 - $Bev_t = Bev_{t-1} + \text{Geburten} - \text{Sterbefälle} + \text{Zuzüge} - \text{Fortzüge}$

Die Entwicklung der Bevölkerung in D

Bevölkerungszahl von 1950 bis 2060

Ab 2014 Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



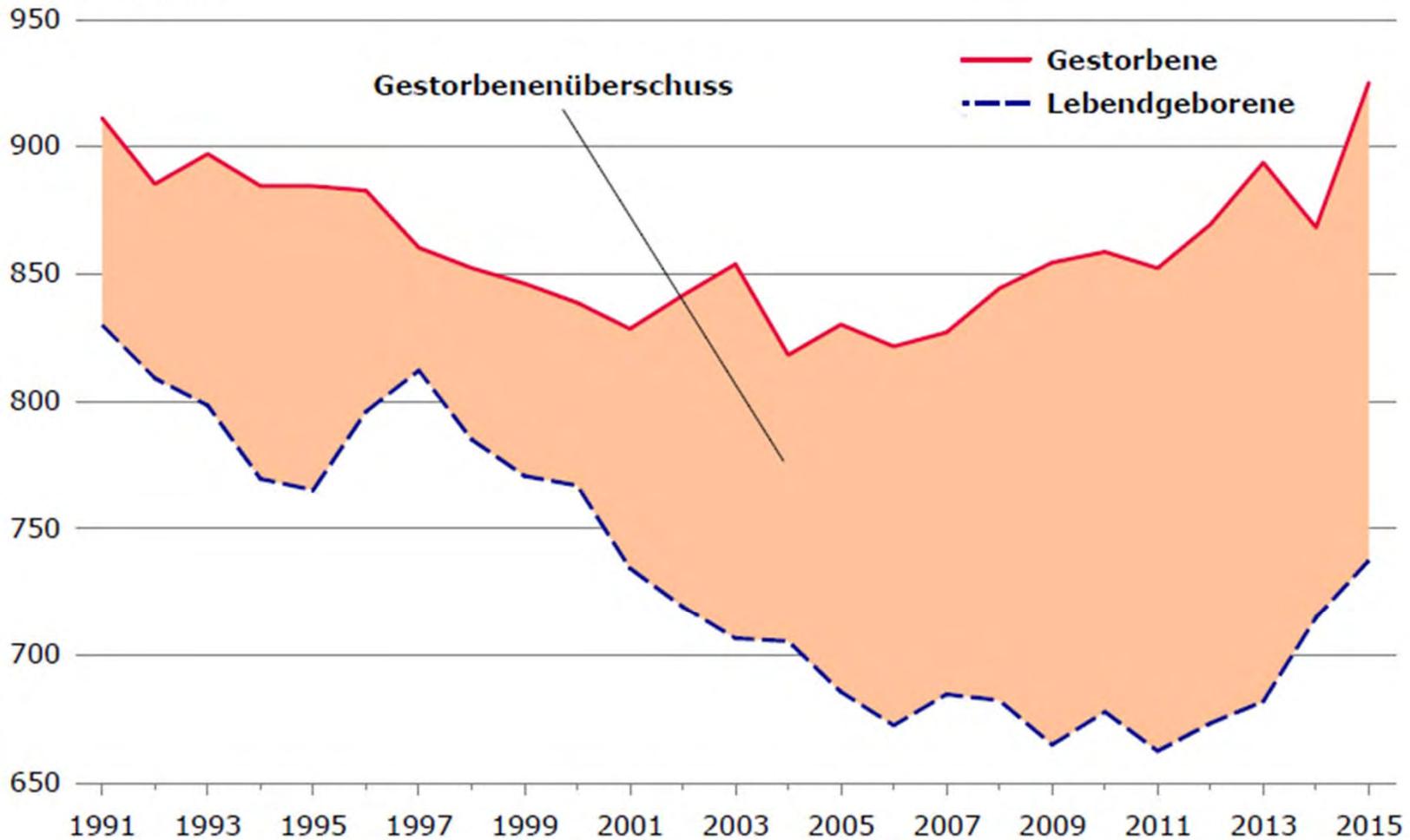
Interpretation der Abbildung

- Entwicklung bis heute
 - Anstieg in den 1960ern: Baby-Boom und Zuzug der „Gastarbeiter“
 - Dann Rückgang ab 1974: „Pillenknick“ und Anwerbestopp
 - Dann wieder Anstieg 1987-95: Immigration ab 1990
 - Aussiedler, Ex-Jugoslawien
 - Stagnation 1995 – 2010
 - Seitdem wieder Anstieg durch Immigration
- Prognose
 - Beide Varianten nehmen eine konstante Geburtenrate von 1,4 und eine steigende Lebenserwartung um ca. 6 Jahre an
 - Beide Varianten nehmen an, dass das Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei + 500 Tsd. liegt und dann wieder zurückgeht
 - Variante 2: auf 200 Tsd.
 - Variante 1: auf 100 Tsd.
 - Nach dieser Prognose wird die Bevölkerung erst noch wachsen und dann ab ca. 2020 schrumpfen, auf ca. 73 Mio. in 2060

Bilanz der Geburten und Sterbefälle

Bilanz der Lebendgeborenen und Gestorbenen in Deutschland, 1991 bis 2015

Anzahl in 1.000



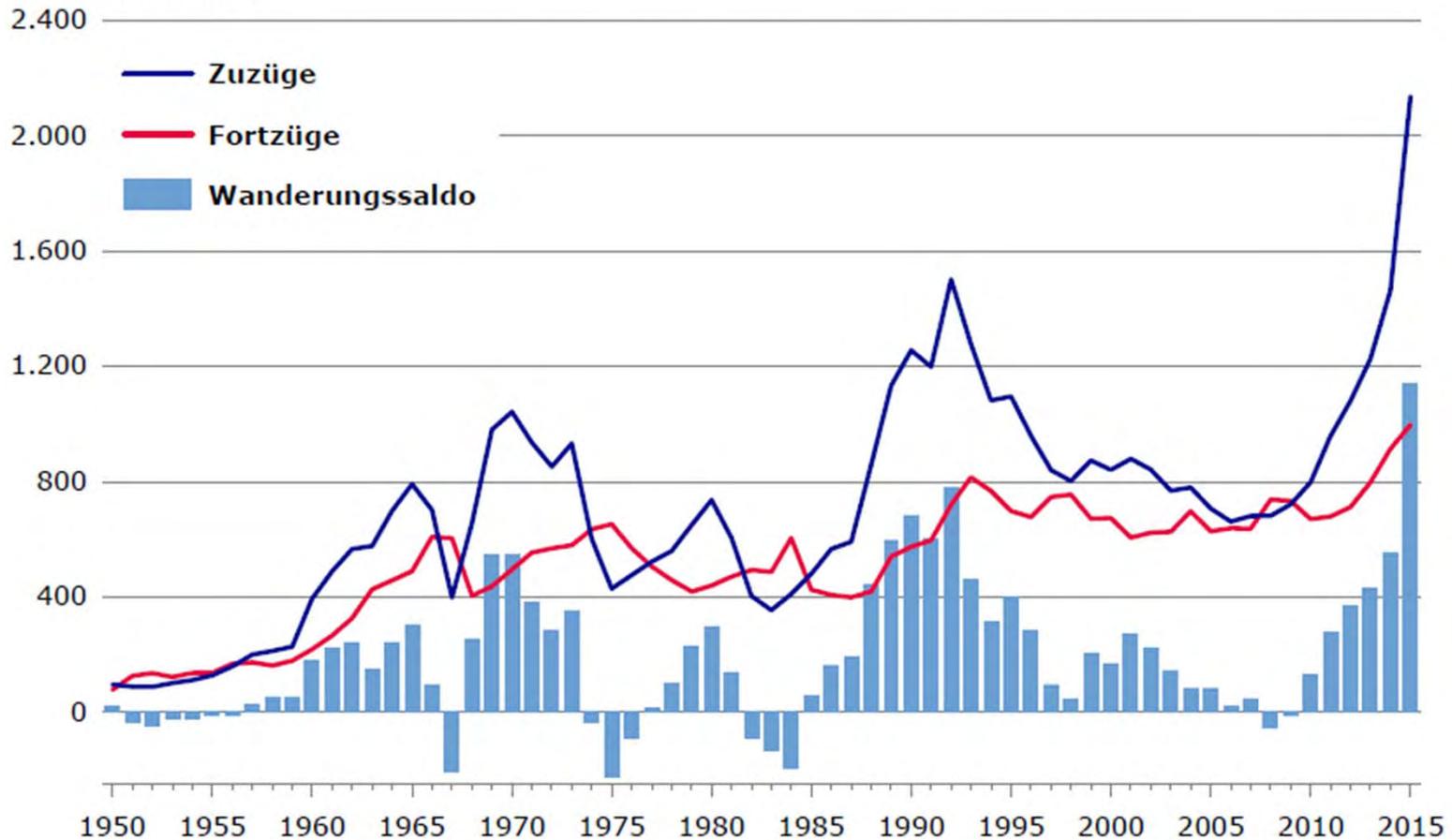
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2017

Bilanz der Zu- und Fortzüge

Zu- und Fortzüge über die Außengrenzen Deutschlands*, 1950 bis 2015

Personen in 1.000



* bis 1990 Früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

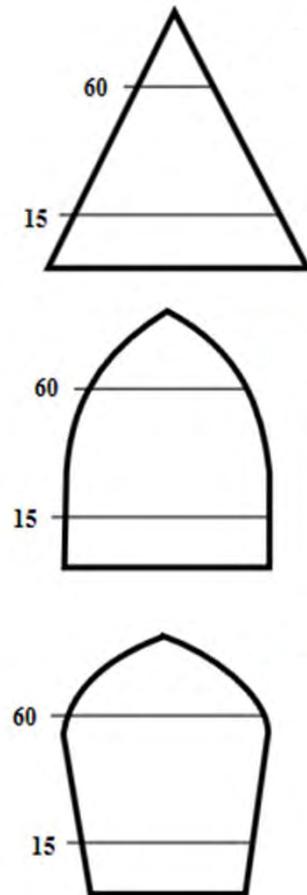
© BiB 2017

Exkurs: Wie viele Einwohner hat D?

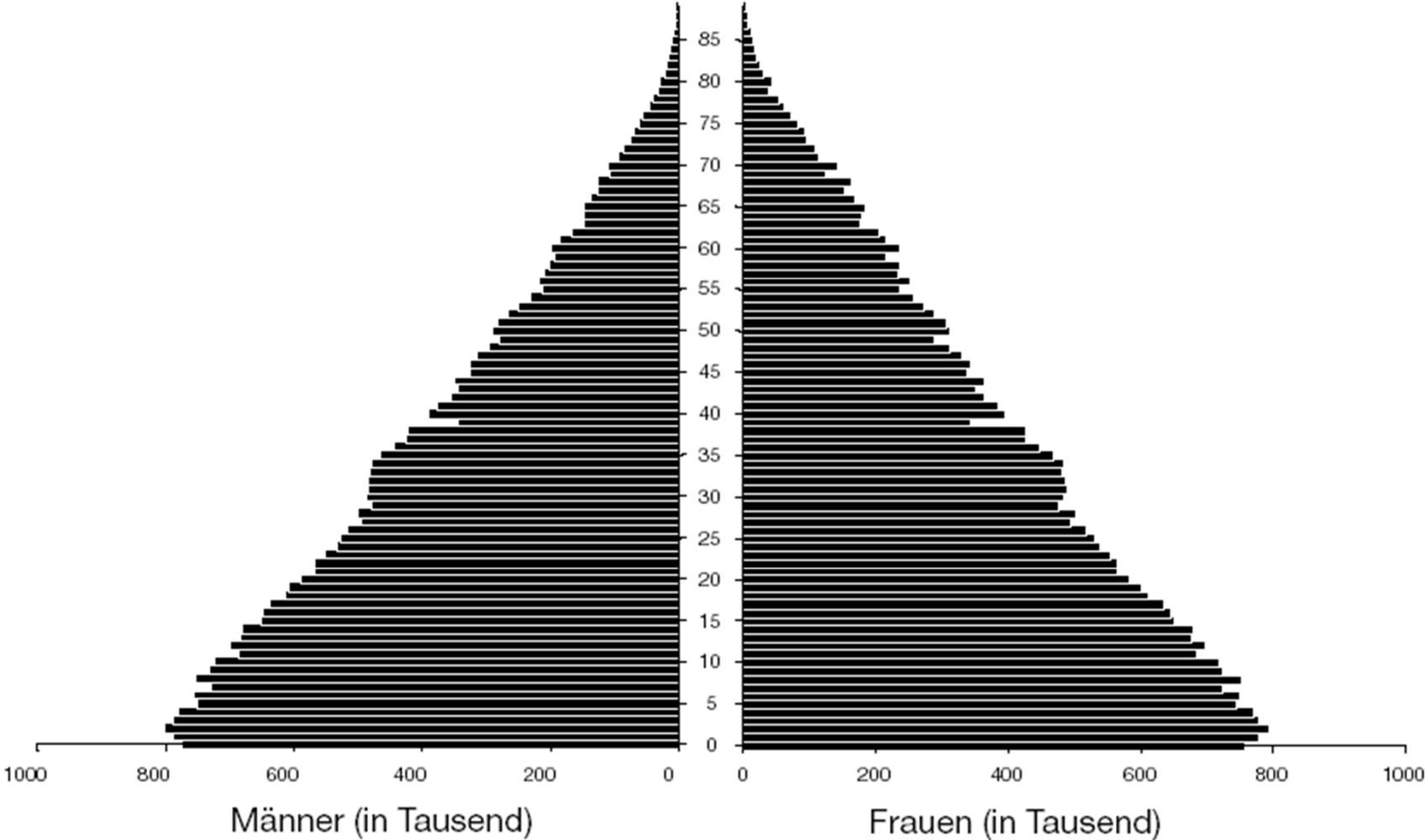
- Die Bevölkerungszahl ist wichtig für
 - Steueraufteilung, Länderfinanzausgleich, Wahlkreiszuschnitte, ...
- Volkszählungen (Zensus)
 - UN Empfehlung: Volkszählung alle 10 Jahre
 - Letzte Volkszählung in BRD 1987 (DDR 1981)
 - War ungenau wegen Boykott vieler Bürger
 - Fortschreibung erfolgte anhand der Einwohnermelderegister
 - Melderegister sind ungenau, in manchen Städten 20% „Karteileichen“
 - Zensus 2011
 - Keine „echte“ Volkszählung, sondern „registergestützt“:
Melderegister, Arbeitnehmerregister der BA
 - 10% Bevölkerungs-Stichprobe (→ Korrektur der Register)
- Ergebnis des Zensus 2011 (Mai 2013 bekanntgegeben)
 - Einwohnerzahl bisher um 1,5 Mio. überschätzt!
 - Aber ob die Korrektur der Register funktioniert hat, ist unklar

Altersstruktur der Bevölkerung

- Altersstruktur ist die Verteilung der Altersgruppen in der Bevölkerung (meist 0-95)
- Makroeffekt der demographischen Prozesse der letzten 100 Jahre
 - Geburten, Sterbefälle und Wanderungen
- Drei Grundtypen der Altersstruktur
 - Wachsende Bevölkerung (Pyramide)
 - Es werden mehr Kinder geboren, als für die Reproduktion erforderlich
 - Bei geringer Säuglingssterblichkeit, sonst „Pagodenform“
 - Stationäre Bevölkerung (Bienenstock)
 - Jeder Jahrgang reproduziert sich gerade selbst
 - Bevölkerungszahl bleibt gleich
 - Schrumpfende Bevölkerung (Pilz)
 - Es werden weniger Kinder geboren, als für die Reproduktion erforderlich



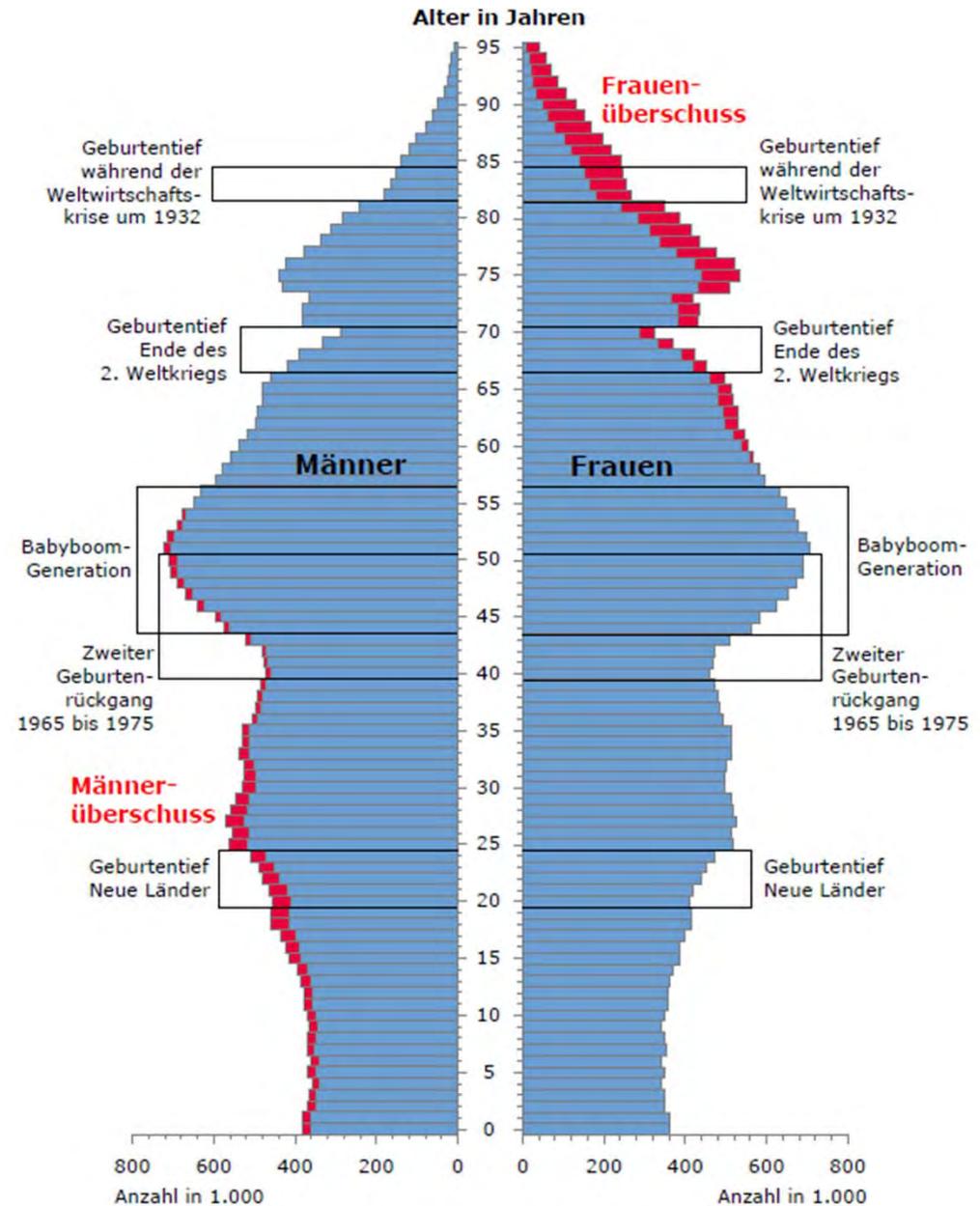
Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands 1910



Quelle: Thomas Klein: Sozialstrukturanalyse, S. 46

Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands 2015

- Das wechselvolle 20. Jhd. spiegelt sich in der Altersstruktur wider!
- Typ
 - Tannenbaum (wg. Baby-Boom) auf dem Weg zum Pilz
- Sex-Ratio bei Geburt
 - 1,05
 - 105 Buben auf 100 Mädls



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2017

Effekte der Altersstruktur I

- „Echo-Effekte“ eine Generation später
 - Baby-Boomer erzeugten ca. 1990 einen zweiten (kleineren) Boom
 - Und aktuell einen dritten (noch kleineren) Boom
- Effekt der Kohortengröße
 - Stark besetzte Kohorten (Baby-Boomer) haben in Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt „crowding“ Probleme
 - Schrumpfende Kohorten haben entsprechend Vorteile
 - Easterlin (1973) Hypothese
 - Kleine Kohorten profitieren auf dem Arbeitsmarkt und können sich wieder mehr Kinder leisten (Folge: Baby Boom), und vice versa
 - Allerdings empirisch falsch

Effekte der Altersstruktur II

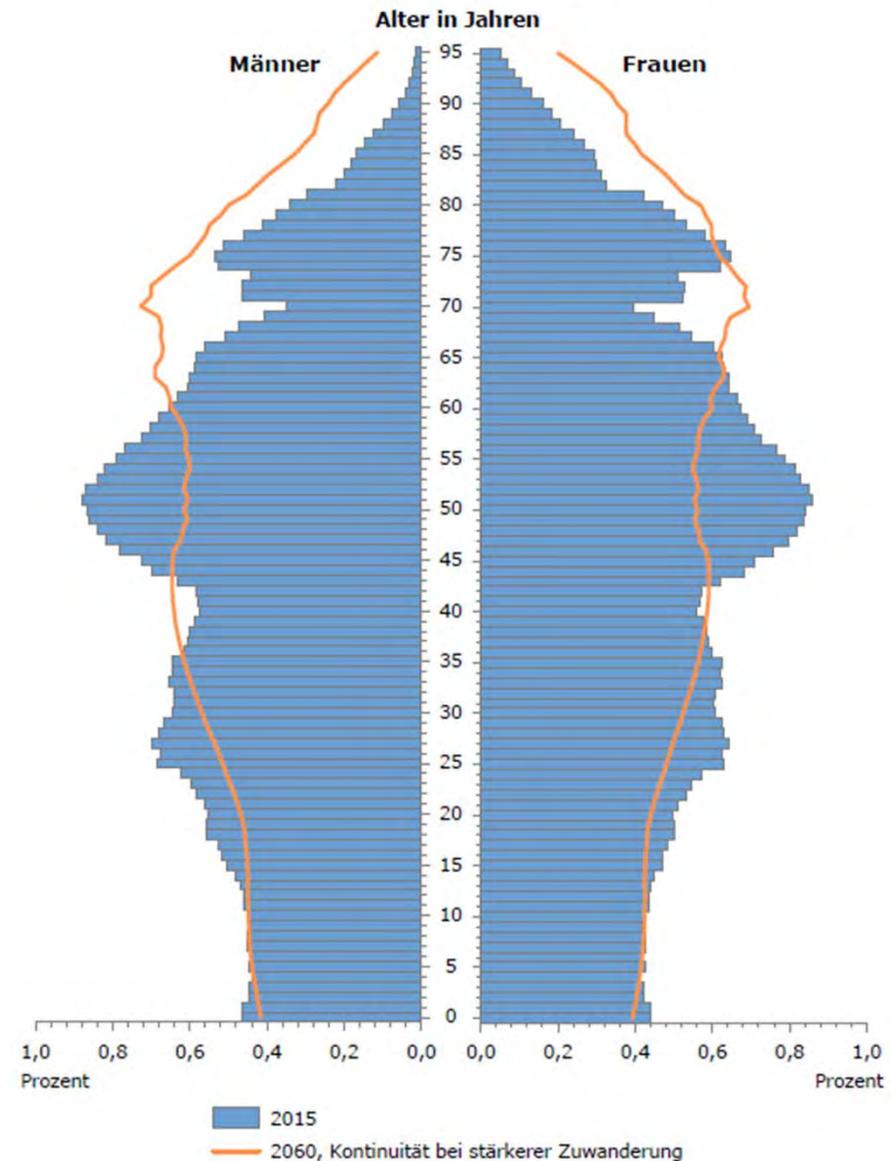
- Effekte der Altersstruktur im Partnermarkt
 - Annahme: „Rückzug“ aus dem inländischen, heterosexuellen Partnermarkt bei Männern und Frauen gleich häufig
 - Singles, ausländische Partner, gleichgeschlechtliche Partnerschaften bei Männern und Frauen gleich häufig
 - Altersabstand bei Paaren: Frau im Schnitt 2-3 Jahre jünger
 - Bei wachsender Bevölkerung ist der Partnermarkt tendenziell ausgeglichen
 - Bsp.: 5% Wachstum, dann werden im folgenden Jahr 105 Mädchen geboren, bei einem Jahr Altersabstand erfolgt der Ausgleich
 - Bei konstanter/schrumpfender Bevölkerung gibt es ein Ungleichgewicht
 - Nicht alle Männer finden eine Partnerin

Alterung der Gesellschaft

- Vergleich der Altersstruktur 2015 und 2060
 - Beide Graphen relativ!
 - Annahmen für 2060
 - Anhaltend niedrige Geburtenrate
 - Steigende Lebenserwartung
 - 200 Tsd. Immigration
- „perfekter“ Pilz
→ Weniger Junge, mehr Alte (relativ gesehen)

- [Animation bei Destatis](#)

Unterschiede im Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland, 31.12.2015 und 31.12.2060*



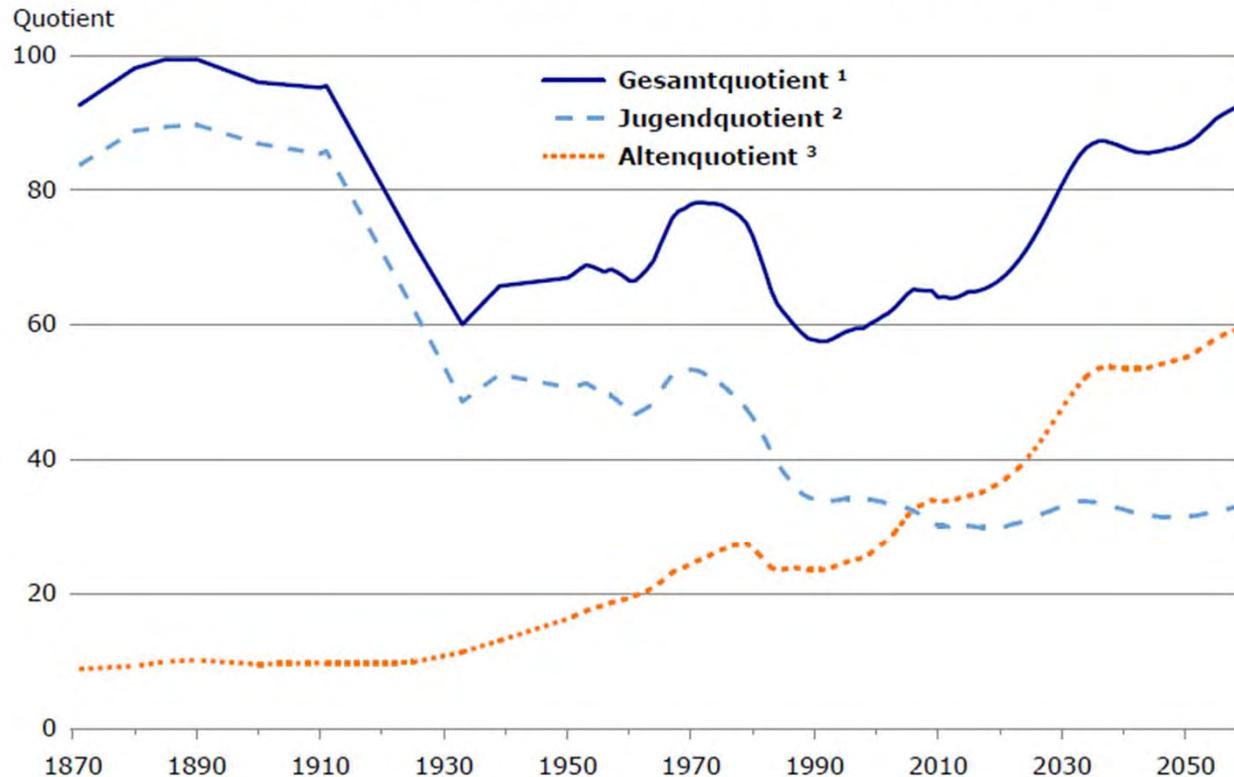
* 2060: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Aktualisierte Rechnung auf Basis 2015, Variante 2A: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung (langfristiger Wanderungssaldo: 200.000 jährlich).

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

Folgen der Alterung: Unterstützungsquotienten

Jugend-, Alten- und Gesamtquotient in Deutschland, 1871 bis 2060*



¹ Unter 20-Jährige + 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige

² Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige

³ 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige

* Ab 2016: Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Aktualisierte Rechnung auf Basis 2015, Variante 2A: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung (langfristiger Wanderungssaldo: 200.000 jährlich).

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

Folgen der Alterung

- Alterung der verfügbaren Erwerbspersonen bremst den technischen Fortschritt, denn Ältere sind weniger innovativ
 - Aber: Es gibt Studien, die zeigen, dass Ältere sorgfältiger arbeiten
- Anstieg des Altenquotienten gefährdet die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme
 - Leistungen der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung an die Alten werden von den gegenwärtig Erwerbstätigen finanziert
 - Aber: Finanzierbarkeit der Sozialsysteme hängt auch von Produktivität ab
 - Steigt die Produktivität synchron mit dem Altenquotient, dann müssen die Beitragssätze nicht steigen (bei konstantem Rentenniveau)
 - Steigt die Produktivität langsamer, dann kann z.B. durch eine längere Lebensarbeitszeit gegengesteuert werden



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 2: Bevölkerung

2.2 Fertilität

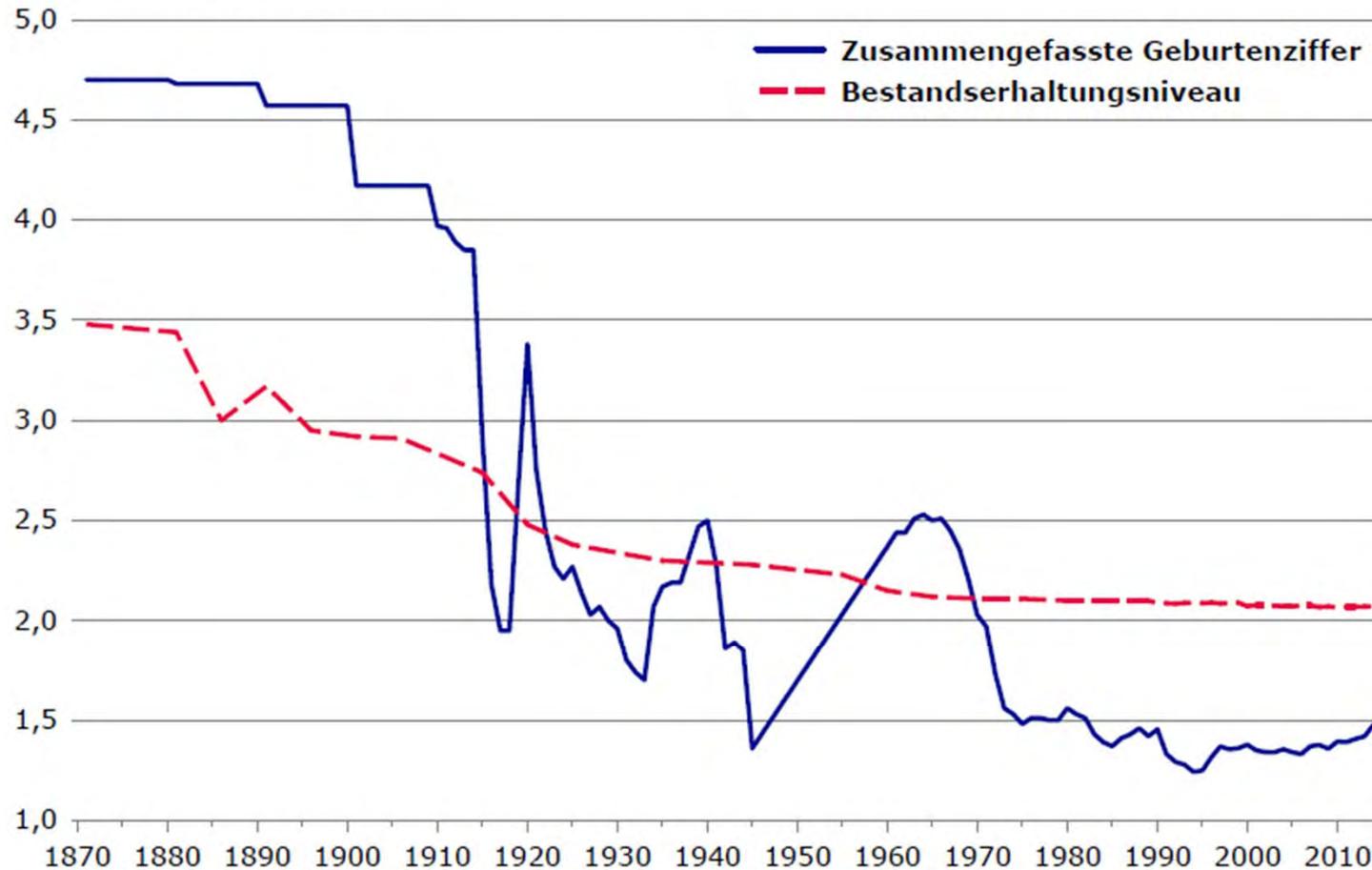
Josef Brüderl
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Fertilität: Die Veränderung der Geburtenrate

Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland, 1871 bis 2015

Zusammengefasste Geburtenziffer



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Europarat, Berechnungen verschiedener Autoren © BiB 2017

Fertilität: Die Veränderung der Geburtenrate

- Zusammengefasste Geburtenziffer (total fertility rate, TFR)

- Perioden-Kennziffer:

Summe der altersspezifischen Geburtenziffern eines Jahres

$$\text{TFR}_{45} = \sum_{x=15}^{45} g_x$$

- Durchschnittliche Kinderzahl einer fiktiven Frauenkohorte, wenn sie sich so verhielte, wie die Frauen des aktuellen Jahres

- Der Geburtenrückgang

- Einige leicht erklärbare Periodeneffekte

- Die beiden Weltkriege mit anschließenden Nachholeffekten
- Die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er
- Die Baby-Booms im Dritten-Reich und um 1960

- Trend sinkender Geburtenziffern (Erklärung folgt)

- 1. Geburtenrückgang Anfang des 20. Jhd.: von 5 auf 2
- 2. Geburtenrückgang in den 1970ern: von 2 auf 1,4

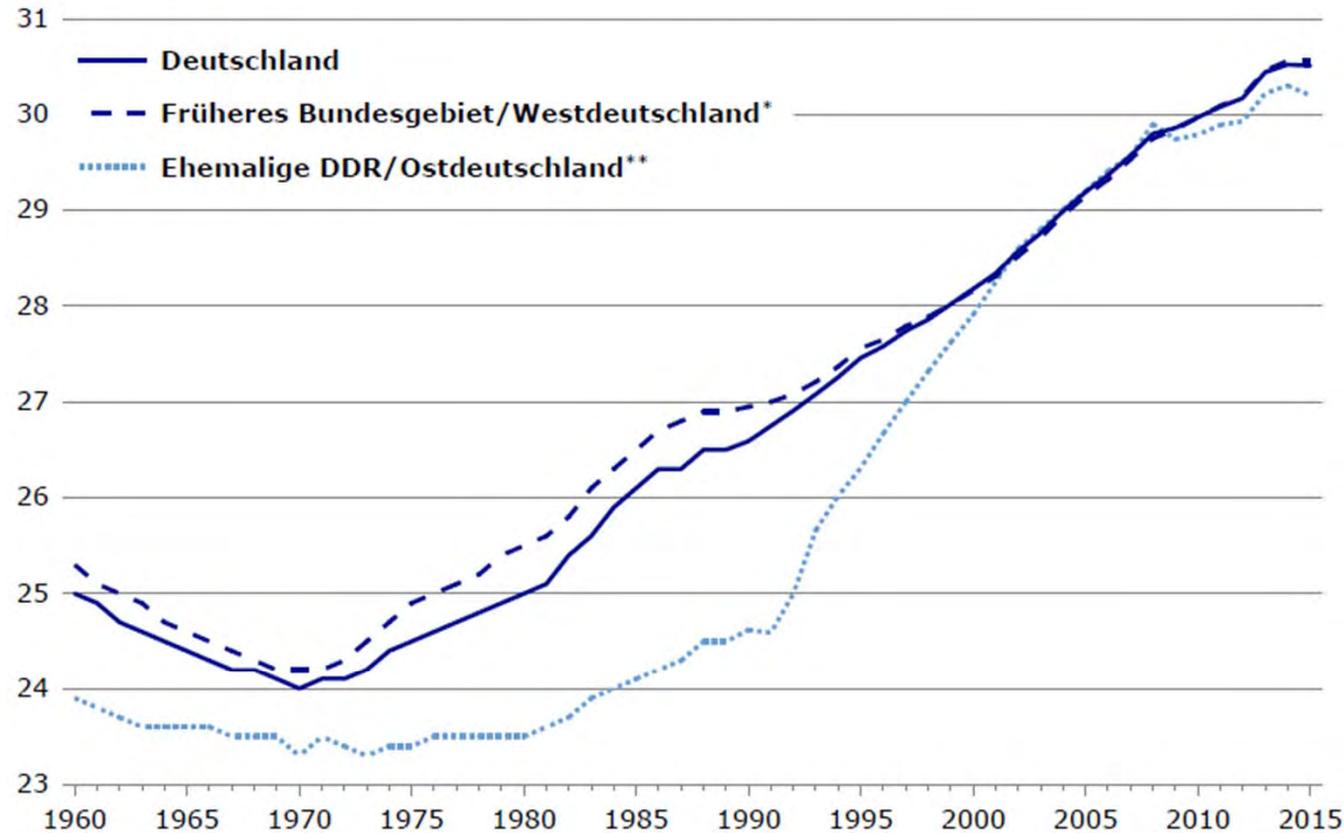
Die Veränderung der endgültigen Kinderzahl

- TFR ist eine Perioden-Kennziffer
 - Reagiert auf „Tempo-Effekte“: Wenn sich z.B. das Alter bei Geburt erhöht, wird die „wahre“ Geburtenziffer unterschätzt
 - In den meisten Industrienationen stieg das Geburtsalter abrupt an (s. nächste Folie) → TFR fällt, obwohl evtl. nur Timing-Änderung
 - TFR ist ein „unbrauchbare“ Kennziffer, die in die Irre führen kann
- Besser ist die Kohorten-Kennziffer „endgültige Kinderzahl“ (completed fertility rate, CFR)
 - Summe der altersspezifischen Geburtenziffern einer Kohorte bis 45
 - Durchschnittliche Kinderzahl, die die Kohorte tatsächlich bekommen hat
 - Nachteil: Erst bekannt, wenn Kohorte 45 ist
 - Wichtigste Ergebnisse (s. übernächste Folie)
 - 1. Geburtenrückgang : von 5 auf 2
 - 2. Geburtenrückgang : von 2 auf **1,6**

Timing der Geburten in Deutschland

Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt des 1. Kindes in der bestehenden Ehe in Deutschland, West- und Ostdeutschland, 1960 bis 2015

Alter in Jahren



* bis 2000 früheres Bundesgebiet, ab 2001 Westdeutschland ohne Berlin

** bis 2000 Gebiet der ehemaligen DDR, ab 2001 Ostdeutschland einschl. Berlin

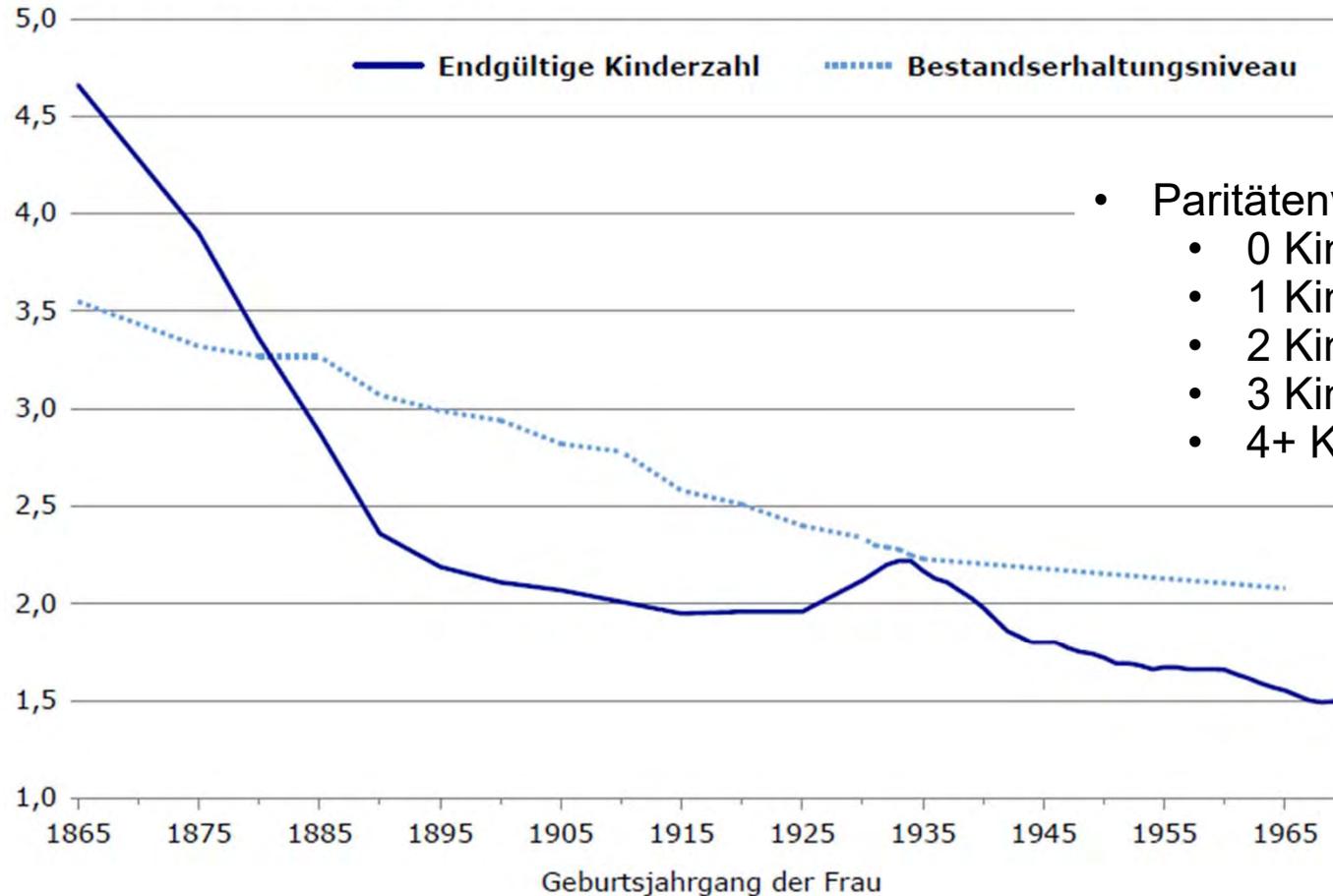
Datenquelle: 1960 bis 1989: Eurostat, ab 1990: Berechnungen BiB

© BiB 2017

Die Veränderung der endgültigen Kinderzahl

Endgültige Kinderzahl je Frau der Geburtsjahrgänge 1865 bis 1970 in Deutschland (Stand: 2015)

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau



- Paritätenverteilung Jg. 1960
 - 0 Kinder: 18 %
 - 1 Kind: 24 %
 - 2 Kinder: 40 %
 - 3 Kinder: 13 %
 - 4+ Kinder: 5 %

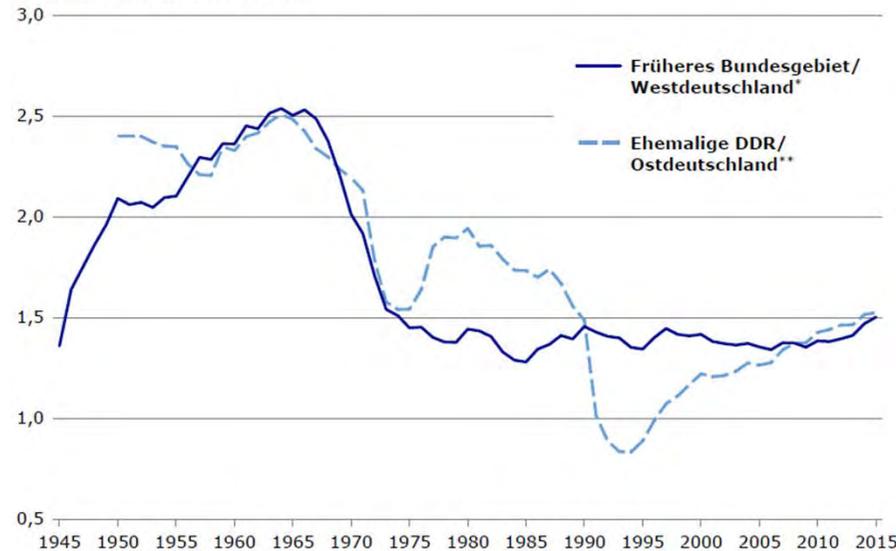
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen verschiedener Autoren

© BiB 2017

West-Ost Vergleich

Zusammengefasste Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland, 1945 bis 2015

Zusammengefasste Geburtenziffer



* ab 1990 ohne Berlin

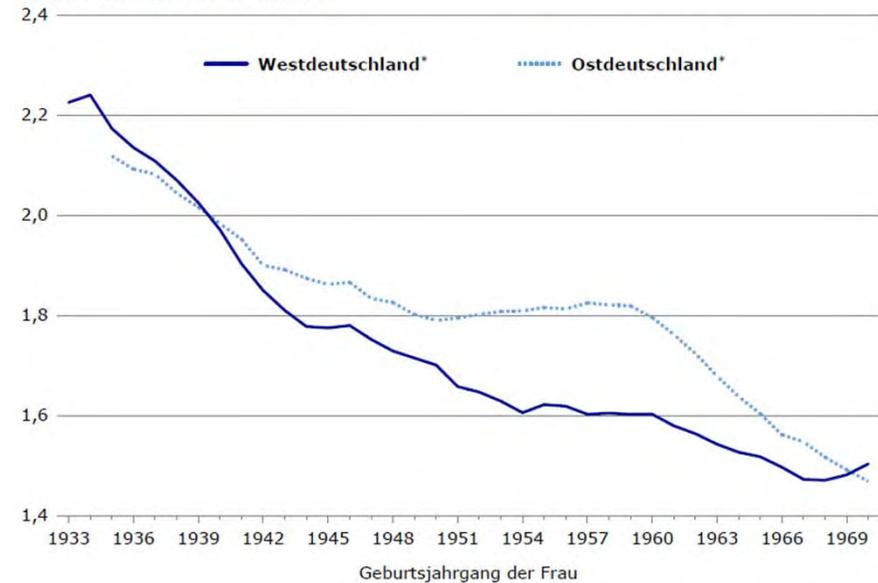
** ab 1990 einschließlich Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

Endgültige Kinderzahl je Frau in West- und Ostdeutschland, Geburtsjahrgänge 1933 bis 1970 (Stand: 2015)

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau



* jeweils ohne Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik

© BiB 2017

- Entwicklung TFR
 - Bis 1970 recht ähnlich (trotz Mauer!)
 - Baby-Boom 1975-1990 („Honecker-Berg“)
 - Geburteneinbruch 1990 („Wende-Schock“)
- Entwicklung CFR
 - „Honecker-Berg“ ist real, nicht nur Timing-Effekt (Erklärung folgt)
 - „Wende-Schock“ nur Periodeneffekt, Anpassung an West-Verhalten

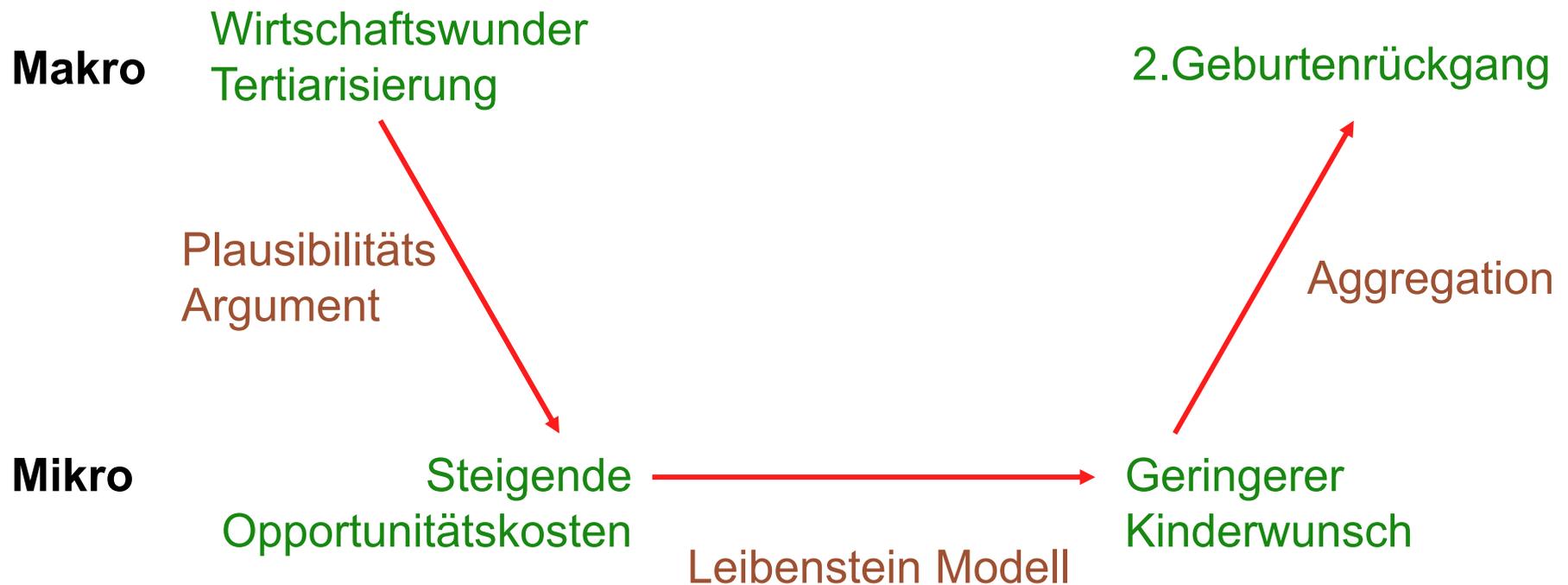
Eine familienökonomische Handlungstheorie: Nutzen und Kosten von Kindern

- Systematik von Harvey Leibenstein (1957)
 - Nutzen
 - Konsumnutzen
 - Affektiver Nutzen von Kindern (Kinderliebe)
 - Einkommensnutzen
 - Wert von Kindern als Arbeitskraft
 - Versicherungsnutzen
 - Alterssicherung durch die eigenen Kinder
 - Kosten
 - Direkte Kosten
 - Monetäre Kosten für Nahrung, Kleidung, Ausbildung, etc.
 - Opportunitätskosten: Kinder kosten Zeit
 - Einschränkung der Erwerbstätigkeit
 - Konsum- und Freizeitverzicht
[„Konkurrenz der Genüsse“, Lujo Brentano 1909]

Erklärungen der Trends

- 1. Geburtenrückgang
 - Von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft
 - Bauern wurden zu Arbeitern und Angestellten
 - Einführung von Sozialversicherung, insb. Rentenversicherung
 - Der Nutzen von Kindern sank, weil Arbeits- und Versicherungsnutzen aufgrund der strukturellen Änderungen zurückgingen
 - Analoge Erklärung: Türkische Migrantinnen in Deutschland
- 2. Geburtenrückgang
 - Von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs-, Freizeit-, Konsumgesellschaft
 - Frauen haben auch „tolle“ Jobs
 - Männer und Frauen haben Konsum- und Freizeitmöglichkeiten
 - Die Opportunitätskosten steigen
 - Frauen: Kinder nur schwer mit Karriere vereinbar
 - Männer und Frauen: Kinder schränken die Konsum- und Freizeitmöglichkeiten stark ein

Die Struktur des Opportunitätskosten-Arguments



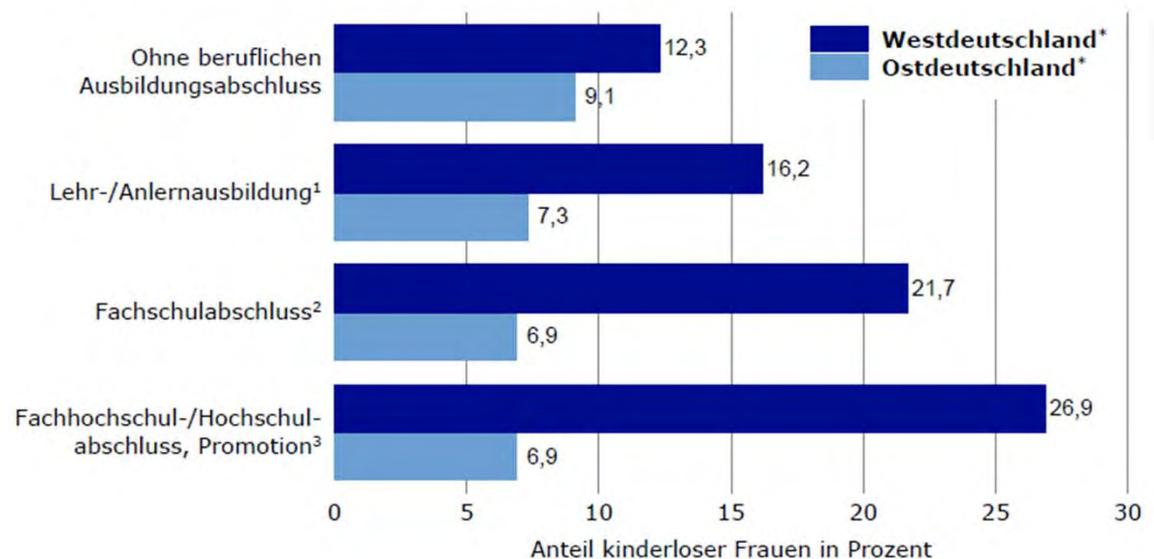
Was kann das Opportunitätskosten-Argument noch erklären?

- Den niedrigen Kinderwunsch von Männern
 - Kinderwunsch Männer: 26% wollen keine Kinder (PPAS 2003)
 - Erklärung: Auch Männer haben heute hohe Opportunitätskosten
- Unterschiedliche Fertilität in Ländern
 - Länder mit besserer (staatlicher) Kinderbetreuung haben höhere Geburtenraten, da die Opportunitätskosten niedrig sind
 - Schweden und Frankreich passen zu diesem Argument
 - Ebenso der Honecker-Berg in der DDR: in den 1970ern wurden Kitas ausgebaut
 - Eine Anomalie: Ein Land ohne jegliche pronatalistische Familienpolitik (USA) hat hohe Geburtenraten

Sozial differenzielle Fertilität

- Frauen mit höherer Bildung sind häufiger kinderlos
 - Opportunitätskosten steigen mit Bildung
- In Ostdeutschland ist kein Zusammenhang zu sehen!
 - Opportunitätskosten gering durch Kinderbetreuung

Kinderlose Frauen von 45 Jahren und älter nach Ausbildungsabschluss in West- und Ostdeutschland (Stand: 2012)



¹ Einschließlich berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfach-/Kollegsche, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung.

² Einschließlich Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Fach- oder Berufsakademie bzw. Abschluss einer Fachschule der ehemaligen DDR.

³ Auch Ingenieurschulabschluss, Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule, Abschluss einer Universität (wissenschaftlichen Hochschule, auch Kunsthochschule).

* jeweils ohne Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012; Berechnungen: BiB

© BiB 2017

Familienpolitik

- Die Deutschen sollten wieder mehr Kinder bekommen?
 - Normative Forderung: wissenschaftlich nicht begründbar
 - Alles eine Frage des persönlichen Standpunktes
 - Chauvinist: Deutschland sollte nicht schrumpfen
 - Öko-Aktivist: Die Öko-Bilanz wird durch weniger Bevölkerung besser
- Wissenschaft kann allerdings die Wirksamkeit von Maßnahmen – gegeben ein Ziel – beurteilen (Politikberatung)
 - Bsp.: Die Politik will eine höhere Geburtenrate
 - Mit welchen Maßnahmen kann man dieses Ziel erreichen?
 - Das Opportunitätskosten-Argument sagt, dass heutzutage die Opportunitätskosten von Kindern der entscheidende Faktor sind
 - Eine Erhöhung des Kinder- bzw. Elterngeldes wird die Geburtenrate nicht erhöhen, weil finanzielle Anreize eher nicht wirken
 - Kinderkrippenausbau dagegen sollte wirken, weil dadurch die Opportunitätskosten (von Frauen) sinken



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 2: Bevölkerung

2.3 Mortalität

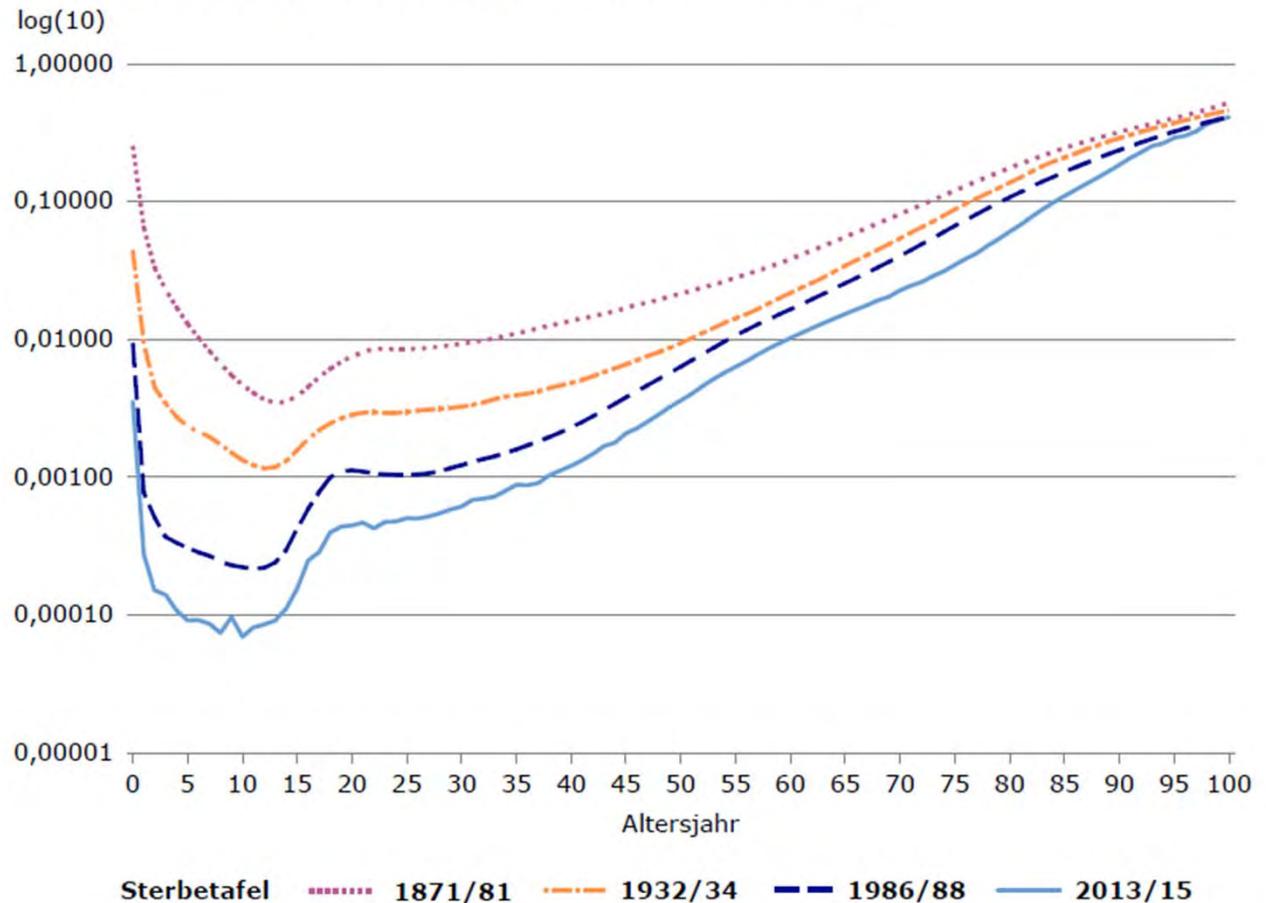
Josef Brüderl
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Mortalität: Sterbewahrscheinlichkeit

- Sterbewahrscheinlichkeit verläuft U-förmig
 - Wks. im nächsten Jahr zu sterben
 - Logarithmierte Skala!
 - Säuglingssterblichkeit heute 0,4 %
 - „Motorradgipfel“ ab 18
- Mortalität sinkt mit Kalenderzeit
- Frauen haben geringere Mortalität
 - „Motorradgipfel“ weniger ausgeprägt

Altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten* der Männer in Deutschland**, Sterbetafel 1871/81, 1932/34, 1986/88 und 2013/15



* Um die Unterschiede der Sterblichkeitsentwicklung speziell in den jungen und mittleren Altersstufen sichtbar zu machen, wird die y-Achse logarithmisch dargestellt.

** jeweiliger Gebietsstand

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2017

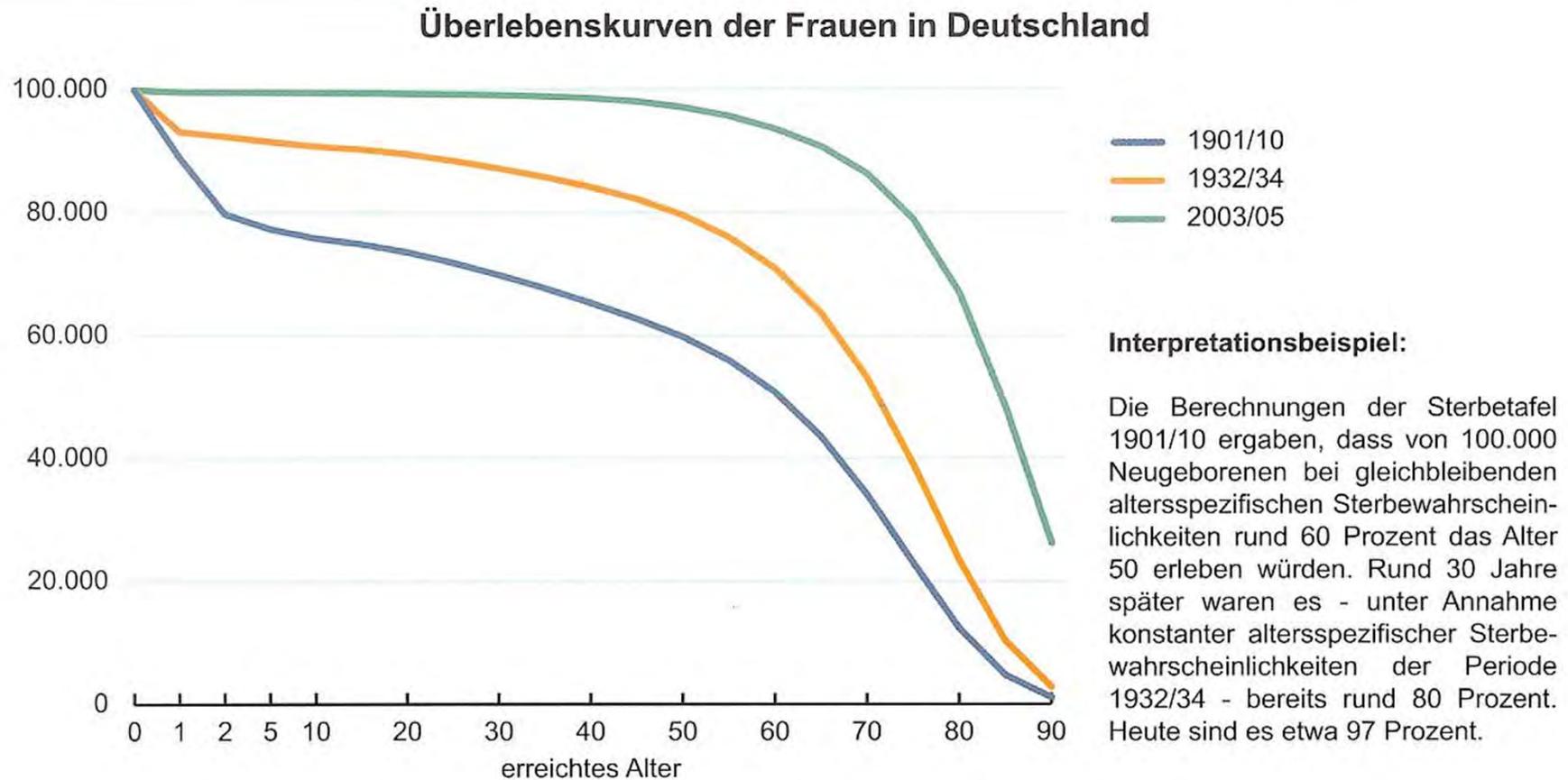
Lebenserwartung

- Aus den Sterbewahrscheinlichkeiten (q_t) ergibt sich die Überlebenswahrscheinlichkeit (l_x) bis Alter x

$$l_x = \prod_{t=0}^{x-1} (1 - q_t)$$

- l_x nach Alter aufgetragen: Überlebenskurve
 - s. nächste Folie: „Rektangularisierung“ der Überlebenskurve
 - Whs. mind. 50 zu werden heute: 97% (Frauen), 95% (Männer)
 - Hohe Planbarkeit des Lebens (keine „Risikogesellschaft“!)
- Lebenserwartung e_x (erwartete, noch zu lebende Jahre)
 - e_0 (Lebenserwartung bei Geburt): Fläche unter Überlebenskurve
 - e_x (fernere Lebenserwartung im Alter x): Fläche unter Überlebenskurve rechts von x , geteilt durch l_x
 - q_x , l_x und e_x : Sterbetafel
 - Edmund Halley (1693) für Breslau

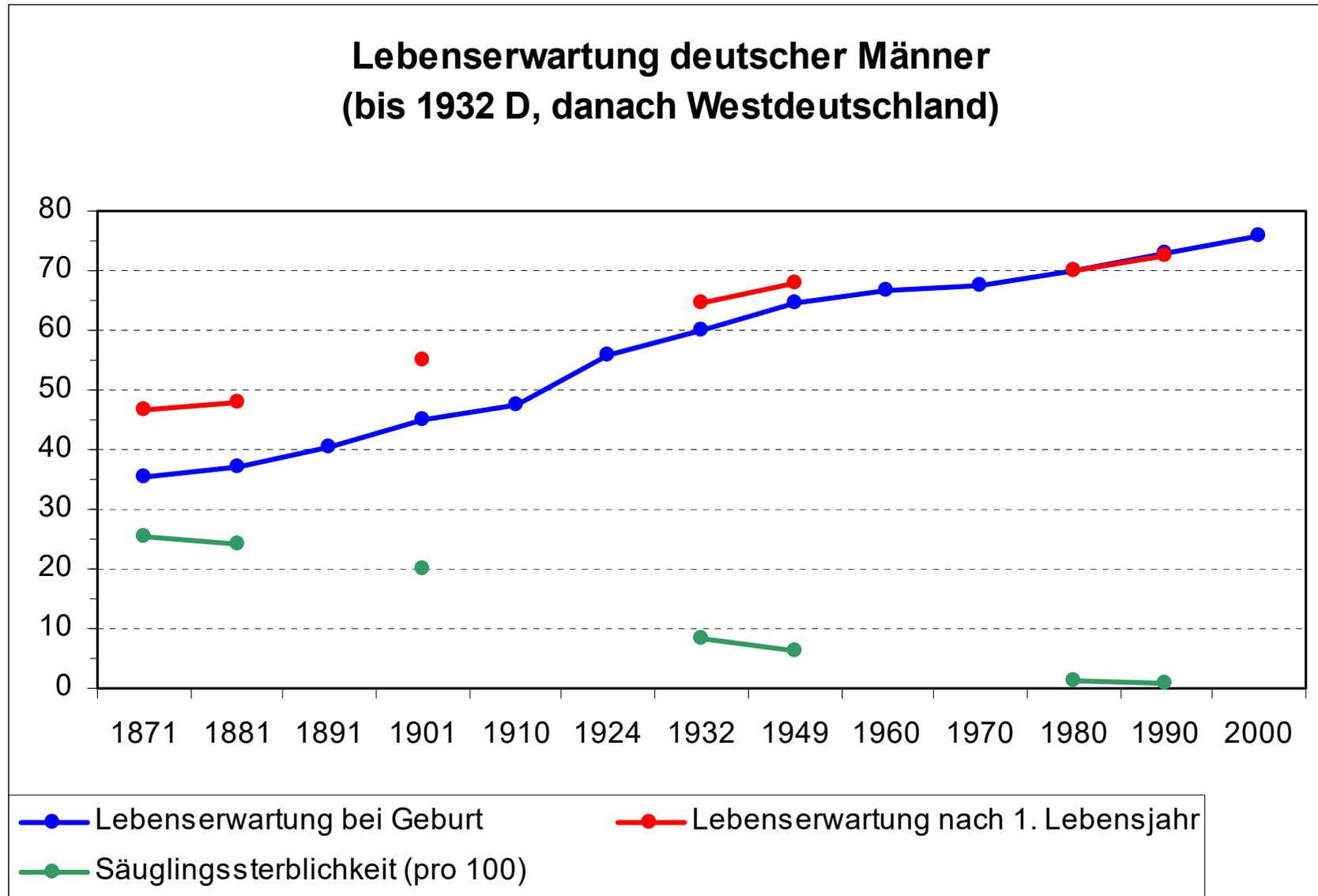
Rektangularisierung der Überlebenskurven



RZ-Grafik / Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Quelle: Rostocker Zentrum (2007) „Deutschland im Demografischen Wandel“

Trend: steigende Lebenserwartung



Lebenserwartung: Achtung Irrtum!

- Lebenserwartung bei Geburt
 - 1871: Jungen 36, Mädchen 39
 - 2013: Jungen 78, Mädchen 83
- Achtung: Lebenserwartung ist ein Mittelwert
 - 1871 bimodale Verteilung der Sterbefälle
 - 40% starben vor 10, 40% nach 60
 - Die Lebenserwartung führt hier in die Irre!!
(Allgemein: bei bimodalen Verteilungen sind Mittelwerte nicht sinnvoll)
 - Es ist falsch, zu denken, 1871 wurde der mittlere Deutsche nur 36
 - Richtig: Wer 10 Jahre alt wurde, hatte gute Chancen, noch 60 zu werden.
Es gab also auch früher viele alte Menschen!
 - Heute unimodale Verteilung der Sterbefälle
 - Lebenserwartung als Maßzahl sinnvoll
- Achtung: Sterbetafel beruht auf Periodendaten (3 Jahre)
 - Bei sinkender Mortalität wird die Lebenserwartung unterschätzt
 - Kohorten-Lebenserwartung 2000 geborener Mädchen
 - 50% werden ihren 100. Geburtstag erleben! (Prognose RZ)

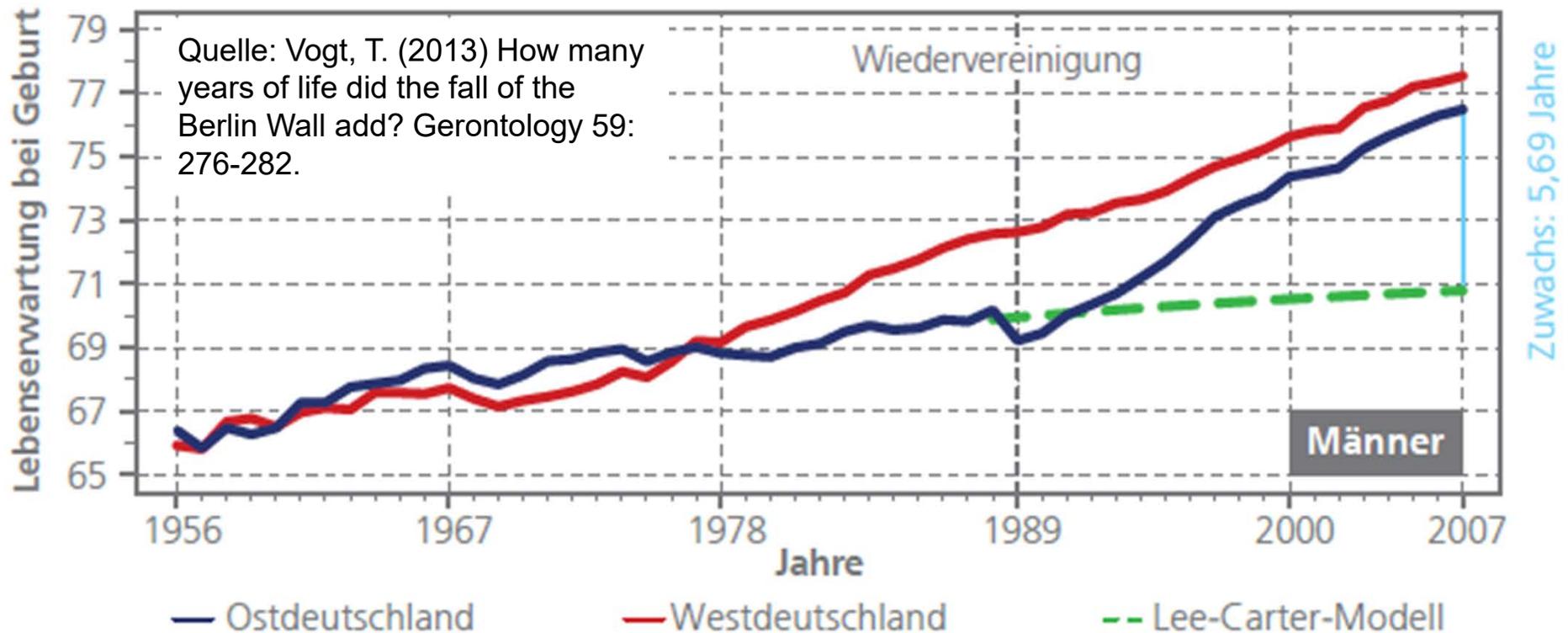
Gründe für steigende Lebenserwartung

- Anstieg ab Ende des 19. Jahrhunderts: ca. 40 Jahre
 - Davon ca. 30 Jahre gewonnen durch Reduktion der Säuglings- und Kindersterblichkeit
 - Ca. 10 Jahre gewonnen durch den medizinisch-technischen Fortschritt (seit Mitte 20. Jhd.)
- Epidemiologischer Übergang
 - Früher starben hauptsächlich Kinder an Infektionen, heute Ältere an Herzinfarkt, Krebs und Alzheimer



Quelle: BiB, 2008, Broschüre Bevölkerung

Auch eine Folge der Wiedervereinigung



In der DDR stagnierte die Lebenserwartung seit 1975!

- Aufwendige medizinische Versorgung der Alten zu teuer
- Seit der Wiedervereinigung findet eine Angleichung statt

➤ Die Ostdeutschen haben durch die Wiedervereinigung 6 Lebensjahre gewonnen!



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 2: Bevölkerung

2.4 Migration

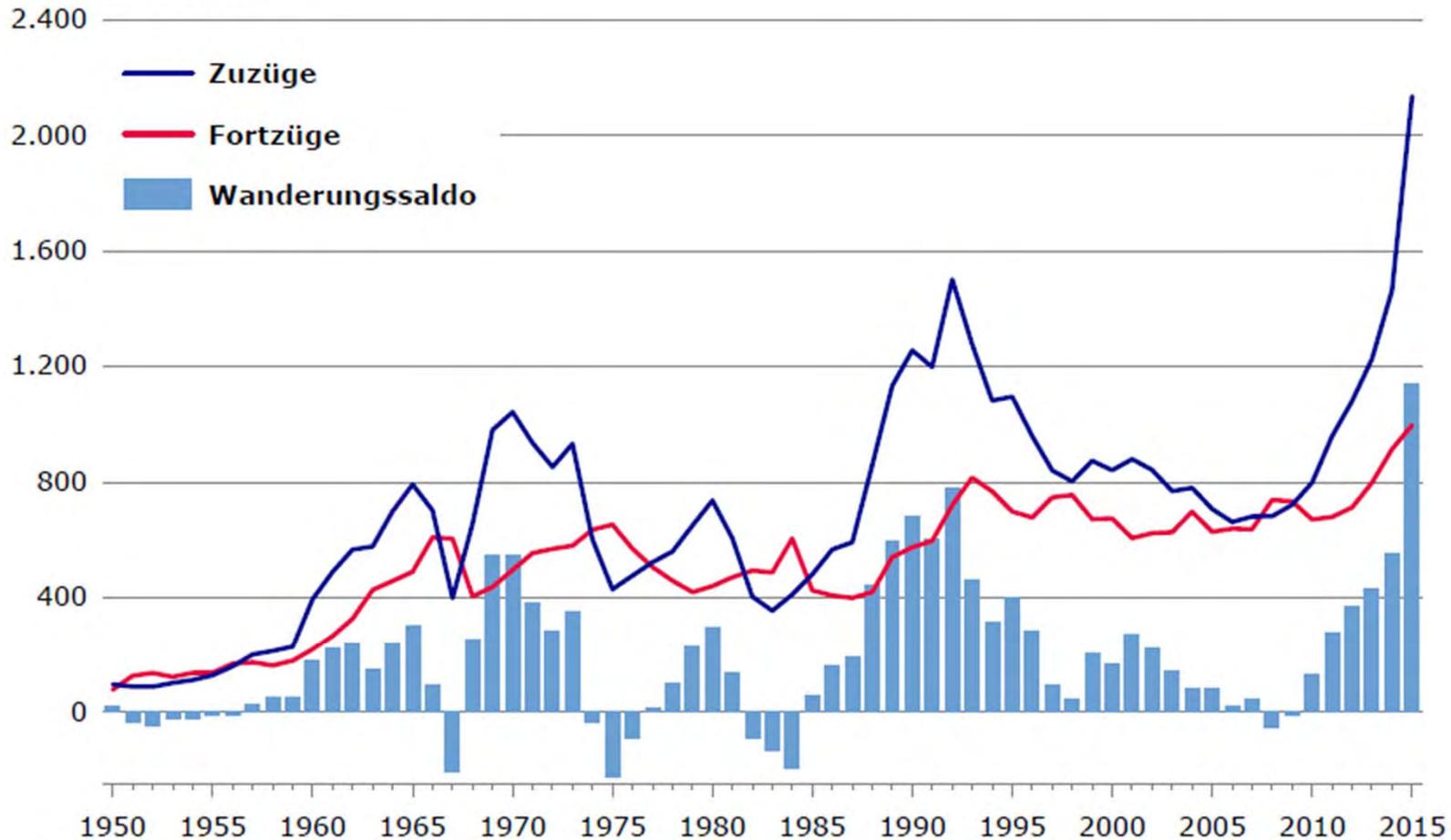
Josef Brüderl
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Außenwanderung

Zu- und Fortzüge über die Außengrenzen Deutschlands*, 1950 bis 2015

Personen in 1.000



* bis 1990 Früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2017

Die deutsche Migrationsgeschichte

- Vertriebene nach dem 2. Weltkrieg
 - 1944 - 50 ca. 8 Millionen in die Westzone/BRD, 4 Mio. in DDR
- DDR-Flüchtlinge bis zum Mauerbau 1961
 - 1949 - 61 ca. 3 Millionen (aber auch ca. 500 Tsd. nach DDR)
- „Gastarbeiter“ bis Anwerbestopp 1973
 - 1961 – 74 ca. 14 Millionen kamen, 11 Millionen gingen wieder
 - Danach überwiegend Familiennachzug: Saldo insg. ca. 8 Mio.
- Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien 1990ff
- Kriegsflüchtlinge aus dem Nahen/Mittleren Osten 2015
- Wirtschaftsmigration ab ca. 1995
 - Deutschland wird Einwanderungsland: ca. 600 Tsd. pro Jahr
 - EU-Bürger (ca. 50%), Asylsuchende, „Green-Card“
 - Aber auch Fortzug von etwa 500 Tsd. pro Jahr
- Migration von Deutschen
 - Emigration nach Übersee nach dem 2. Weltkrieg (ca. 2 Mio.)
 - Immigration Spätaussiedler seit Zusammenbruch UdSSR (ca. 4 Mio.)
 - Steigender Trend bei Fortzügen Deutscher (ca. 200 Tsd. pro Jahr)

Ausländeranteil

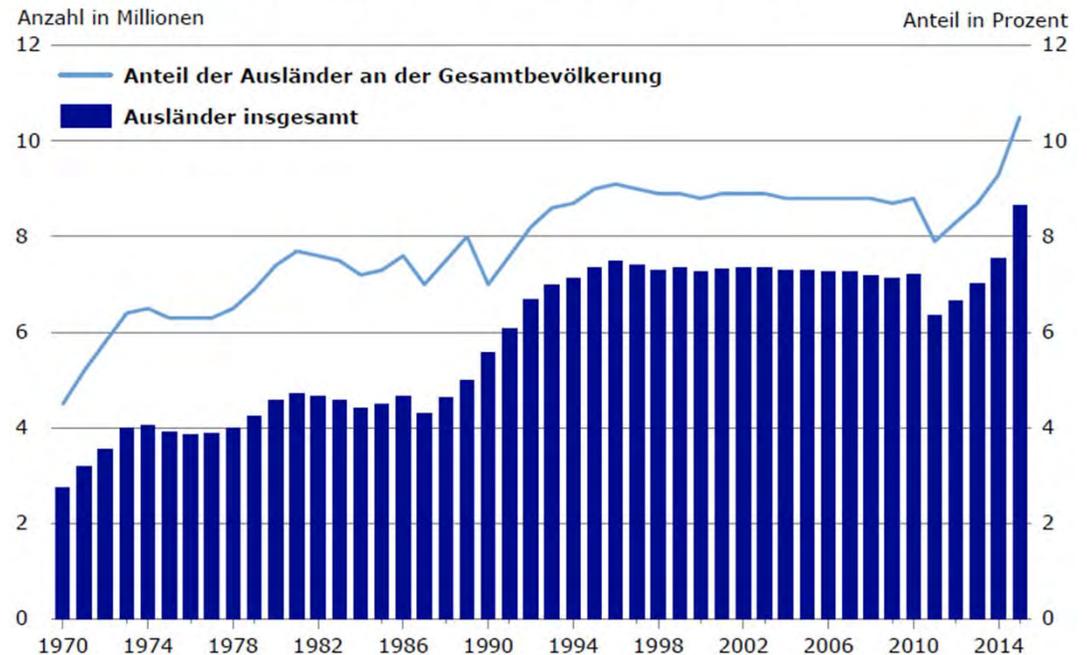
- Ausländeranteil 2015: 10,5 %

- Ost 4%, West 12%
- Sank bis 2010, da Zuwanderungssaldo gering und zunehmende Einbürgerung
- 2011 „verschwand“ über eine halbe Million durch den Zensus
- Steigt gegenwärtig wieder durch die starke Immigration

- Migrationshintergrund

- Definition: Ausländer + Deutsche mit eigener Zuwanderung, oder Zuwanderung mind. eines Elternteils
- Heute ca. 20%

Ausländische Bevölkerung in Deutschland*, 1970 bis 2015



* Von 1970 bis 1989 Früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

© BiB 2017

Theorien der Migration

- Mikro-Modell: Migration als „rationale“ Entscheidung
 - Push-Faktoren: Krieg, Verfolgung, Katastrophen
 - Haupt Pull-Faktor: Arbeitsmarktchancen
 - $P(\text{Migration } A \rightarrow B) = f(W_B - W_A, p(W_B))$
 - $W_B - W_A$: Lohngefälle; $p(W_B)$: Whs. in B Job zu finden
 - Dieses Modell kann im Großen und Ganzen die beobachtbaren Migrationsströme erklären
- Warum wandern dennoch nur Wenige?
 - Arbeitsmarktchancen individuell unterschiedlich
 - Oft gibt es gar Migrationsströme in beide Richtungen
 - Hohe Migrationskosten für die meisten
 - Aufgabe Status Quo (materiell und sozial), Reisekosten
 - Hohe Unsicherheit über Chancen am Zielort

Einige empirische Phänomene

- Warum eher kurze Distanzen?
 - Zunehmende Kosten und Unsicherheit
 - „Intervening opportunities“ bei großen Distanzen (über Land)
- Warum gibt es bevorzugte Zielorte?
 - Hohe Unsicherheit über Zielort kann durch „Migrationspioniere“ abgebaut werden
 - Folge: Kettenmigration
- Warum wandern eher Junge?
 - Junge sind risikofreudiger
 - Geringeres materielles und soziales Kapital, das zurückgelassen werden müsste
 - Humankapitalinvestitionen lohnen eher am Beginn des Erwerbslebens
 - Verlust des spezifischen Humankapitals am Herkunftsort
 - Aufbau neuen Humankapitals am Zielort (Sprache, Kultur, etc.)

Folgen der Migration

- Demographische Folgen (bei positivem Wanderungssaldo)
 - Abbremsen des Bevölkerungsrückgangs
 - + 500 Tsd. pro Jahr, dann gäbe es keinen Rückgang
 - „Verjüngung“ der Zielländer, aber „Vergreisung“ der Herkunftsländer
- Wirtschaftliche Folgen: hängt vom Bedarf ab
 - Zuwanderung bei Arbeitskräftemangel fördert das Wachstum
 - Bremst es im Herkunftsland, falls Hochqualifizierte abwandern („brain drain“)
 - Zuwanderung bei schlechter Konjunktur führt zu „Migration in die Sozialhilfe“
- Sozialstrukturelle Folgen: hängen von der Qualifikation ab
 - Zuwanderung Geringqualifizierter
 - „Fahrstuhleffekt“ für Einheimische
 - Migranten in niedrigeren sozialen Positionen (ethnische Ungleichheit)
 - Zuwanderung Hochqualifizierter: Verdrängungswettbewerb
 - Evtl. Integrationsprobleme im Zielland



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 3: Private Lebensformen

3.1 Verteilung und Wandel der Lebensformen

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Lebensformen

- (Privater) Haushalt
 - Personen, die zusammenleben und gemeinsam wirtschaften
- Lebensform
 - Beziehungsmuster des alltäglichen Zusammenlebens
 - Verschiedene Unterscheidungsmerkmale sind möglich:
 - Haushaltsgröße
 - Ein- bzw. Mehr-Personen Haushalte
 - Zahl der Generationen
 - Ein-, Zwei-, Drei-Generationen Haushalt
 - Institutionalierungsgrad des Zusammenlebens
 - Partnerlos, Living-Apart-Together (LAT), Nichteheleiche Lebensgemeinschaft (NEL), (Lebenspartnerschaft), Ehe
 - Vorhandensein von Kindern
 - Alle Lebensformen mit mindestens einem Erwachsenen und mindestens einem Kind nennt man „Familie“

Wandel der Lebensformen

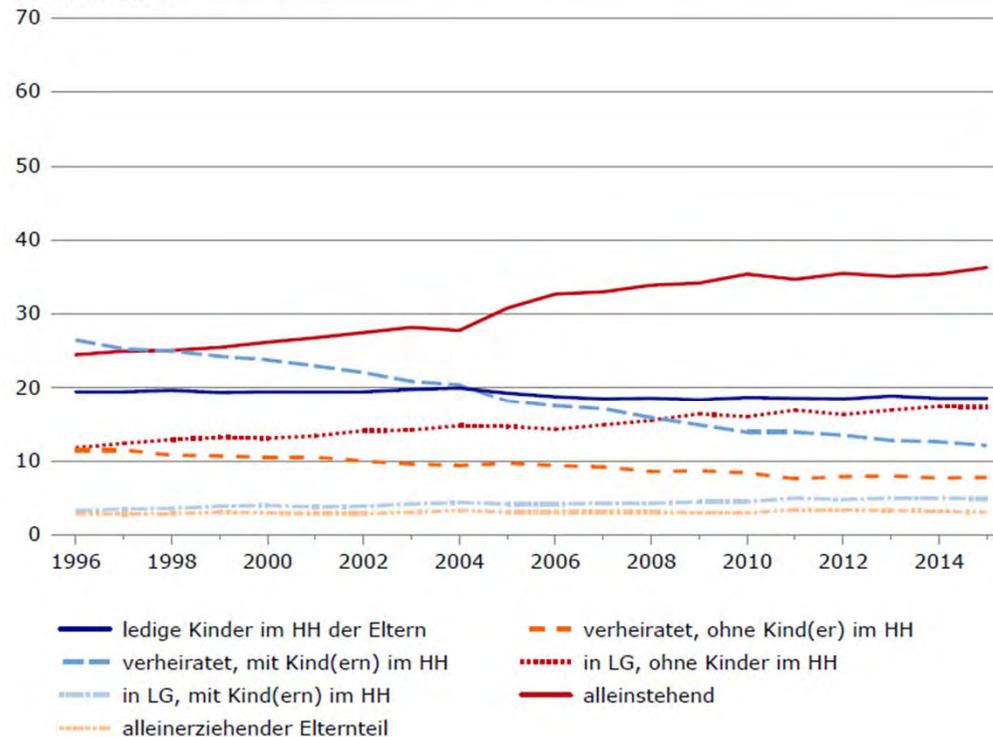
- Erster Demographischer Übergang
 - Rückgang der Fertilität, Schrumpfung der Familien (Kernfamilie)
- „Golden Age of Marriage“ (1950er)
 - Höhepunkt der Institutionalisierung der Kernfamilie
 - 95% heirateten, 90% bekamen Kinder, nur 10% Scheidungen, 90% der Kinder unter 6 wachsen mit beiden Eltern auf, nur 5% unehelich
- Zweiter Demographischer Übergang
 - Rapider weiterer demographischen Wandel seit den 1970ern
 - Weiterer Geburtenrückgang
 - Statt Ehe, häufiger NEL bzw. Alleinerziehend
 - Zunahme der Einpersonenhaushalte (2011: 40% der Haushalte)
 - Deinstitutionalisierung der Kernfamilie

Wandel der Lebensformen

- Lebensformkonzept Statistisches Bundesamt
 - Ehe ja/nein, Kinder ja/nein
 - 6 Lebensformen: Alleinstehende oder Alleinerziehende, NEL mit oder ohne Kinder, Ehepaare mit oder ohne Kinder

Lebensformen von Personen in der Altersgruppe 25 bis 29 Jahre in Deutschland*, 1996 bis 2015

Anteil in Prozent



* Privathaushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz

Datenquelle: Statistisches Bundesamt Mikrozensus (Lebensformenkonzept),
Berechnungen: BiB

© BiB 2017

Pluralisierung der Lebensformen?

- Unpräzise Begrifflichkeit
- Präzisierung: Was ist Pluralisierung?
 - Zunahme der Vielfalt der Lebensformen. Zwei Varianten:
 - Strukturelle Vielfalt
 - Damit meint man das Auftauchen historisch neuer Lebensformen
 - Distributive Vielfalt
 - Bei konstanter Zahl der Lebensformen zunehmende Heterogenität der Lebensformen
 - Distributive Vielfalt misst man mit einem Maß der qualitativen Varianz, z.B. dem Entropiemaß (E):
 - Minimale Vielfalt, falls alle in einer Lebensform leben (E=0)
 - Maximale Vielfalt bei Gleichverteilung auf Lebensformen (E=1)

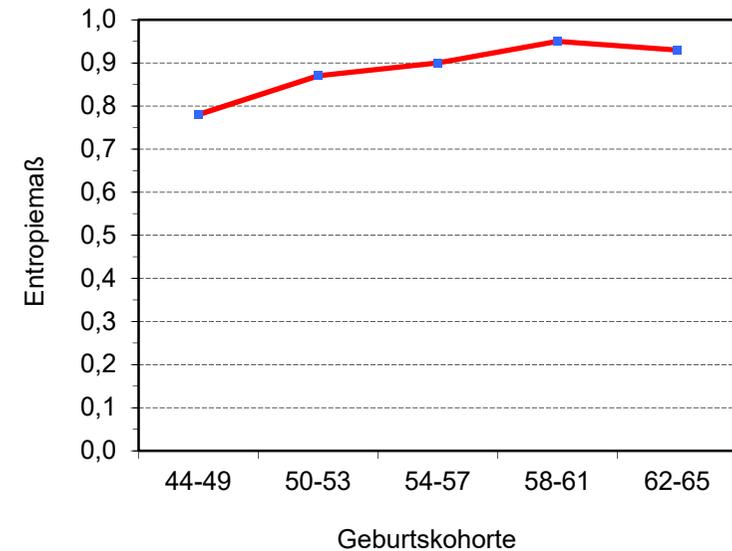
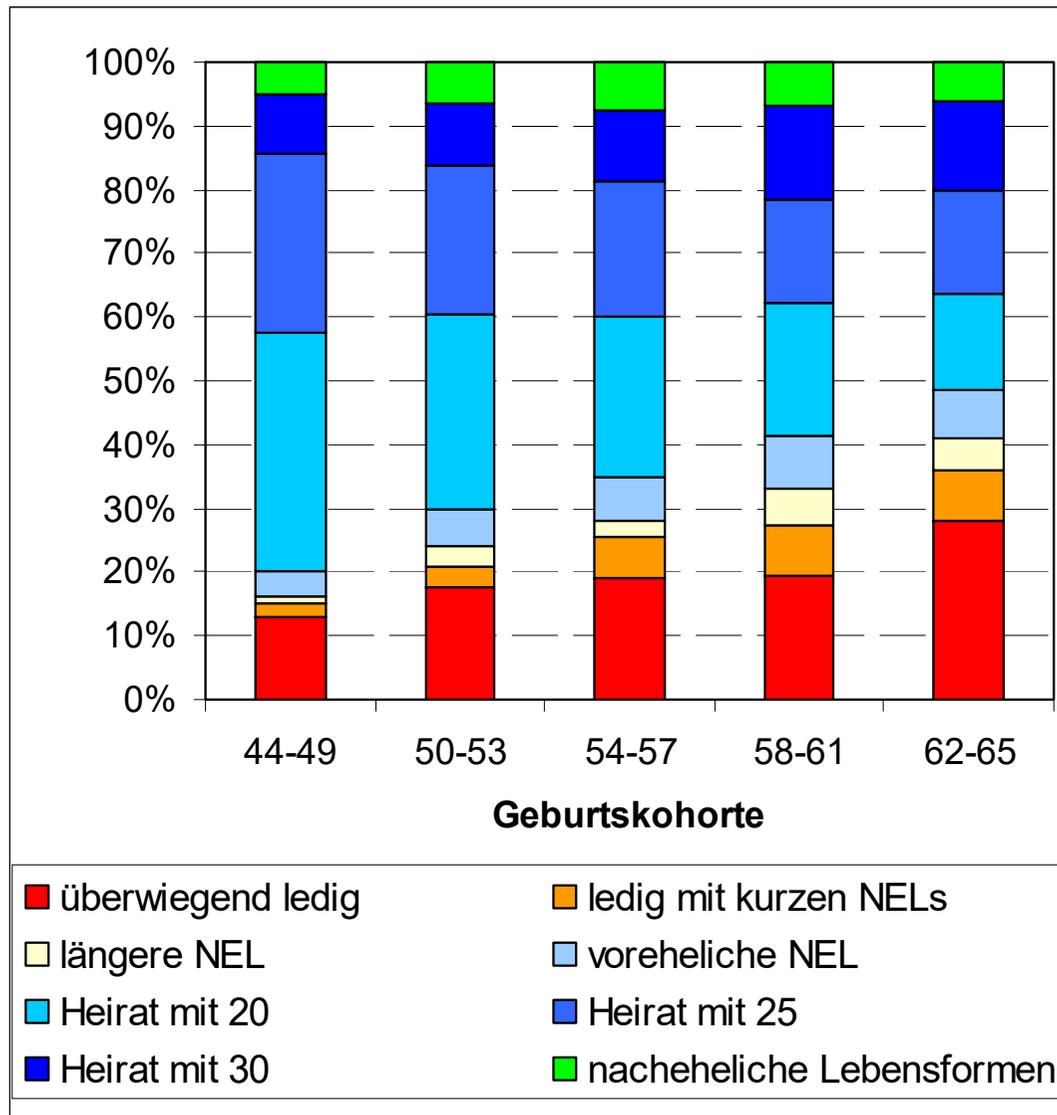
Strukturelle Pluralisierung: neue Lebensformen?

- Zwei-Karriere Partnerschaften
 - Ohne Kinder, „Double Income no Kids“ (DINKS)
 - Oft als LAT (bei großen Distanzen: „Commuter-Partnerschaften“)
- Scheidungsfamilie
 - Familie über zwei Haushalte verteilt
- Entkoppelung von biologischer und sozialer Elternschaft
 - Adoptivfamilien (auch früher häufig)
 - Stieffamilien (auch früher häufig)
 - Komplexe Stieffamilien (Patchwork-Familie)
 - Inseminationsfamilien
 - Mann nicht biologisch, aber sozialer Vater
- Gleichgeschlechtliche Paare
 - Auch mit Kindern (Regenbogenfamilien)
- Datenlage schlecht, deshalb quantitatives Ausmaß unklar

Distributive Pluralisierung: steigende Heterogenität?

- Nimmt die Heterogenität zu?
 - Viele Studien untersuchen nur die querschnittliche Verteilung der Lebensformen (z.B. Wagner 2008)
 - Aber nimmt auch die „Buntheit“ der Lebensverläufe zu?
- Brüderl (2004) untersucht Lebensverläufe
 - Familiensurvey 2000
 - Vergleich der typischen Lebensläufe (bis 35) von Geburtskohorten
 - Ergebnis: die distributive Vielfalt (Entropie) ist angestiegen
 - Aber kein monotoner Trend!
 - Durch die zunehmende Dominanz der „Ledigen“ Abnahme am Ende
 - Probleme
 - Eingeschränkte Zahl an Lebensformen (keine LAT, keine Kinder)
 - Lebensverläufe nur bis zum Alter 35

Verteilung der Lebenslauftypen über die Kohorten



Quelle: Brüderl (2004) Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte B 19: 3-10.*

Erklärungen des Wandels der Lebensformen I

- Funktionalismus: Theorie funktionaler Differenzierung
 - Es herrscht die Lebensform vor, die am besten die Bestandserhaltung des Systems Gesellschaft sichert
 - Familie ist ein Teilsystem der Gesellschaft
 - Funktionen: Integration (Sozialisation) und Reproduktion
 - Agrargesellschaft
 - Produktion und Reproduktion vereint
 - Das „Ganze Haus“ war am besten für die agrarische Produktionsweise
 - Industriegesellschaft
 - Durkheims Kontraktionsgesetz: es kommt zu funktionaler Differenzierung (Trennung von Produktion und Reproduktion), weshalb sich die „Großfamilie“ reduziert auf die Kernfamilie
 - Dienstleistungsgesellschaft
 - Weiter steigende Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen erfordern eine weitere Differenzierung/Reduktion der Familie: NEL, DINK, LAT, Single
- Kritik an der funktionalistischen Theorie
 - Erklärung immer nur „ex-post“, funktionale Äquivalente aus dem Blick
 - Makroansatz: Menschen als „Marionetten“ des Systems

Erklärungen des Wandels der Lebensformen II

- Individualisierungstheorie (Ulrich Beck, 1983)
 - Durch zunehmende Individualisierung kommt es zu Pluralisierung
 - Was ist „Individualisierung“?
 - Wertewandel: weniger soziale und normative Einbindung des Einzelnen
 - Sozialstruktureller Wandel: wachsende Optionsvielfalt
 - Die „Theorie“ ist aber unpräzise, muss expliziert werden
 - Wertewandel Argument: Individualisierung als Wertewandel
 - Informationsgehalt gering: Die Leute wollen nicht mehr heiraten
 - Unvollständig: Warum haben sich die Werte geändert?
 - Kaum überprüfbar: Was sind das genau für Werte?
 - Sozialstrukturelle Erklärung: Die Umstände haben sich geändert
 - Prinzipiell ein Makro-Mikro-Makro Argument
 - Aber die Handlungstheorie, die hier verwendet wird, ist nicht explizit

Erklärungen des Wandels der Lebensformen III

- Bei der Individualisierungstheorie fehlen präzise Mikrotheorien der lebensformbildenden Entscheidungen
- Solche liefert die ökonomische Handlungstheorie
 - Fertilität: steigende Opportunitätskosten reduzieren Fertilität (s.o.)
 - Institutionalisierungsgrad: deshalb nimmt der Ehegewinn ab (s.u.)
- Eingebettet in ein Makro-Mikro-Makro Schema, liefert dies eine Erklärung des Wandels der Lebensformen
 - Die sozialstrukturellen Veränderungen führen zu geringerem Kinderwunsch und geringerer Heiratsneigung
 - Dies führt im Aggregat weg von der bürgerlichen Kernfamilie und erhöhen die Vielfalt der Lebensformen



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 3: Private Lebensformen

3.2 Partnerwahl, Heirat, Scheidung

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse

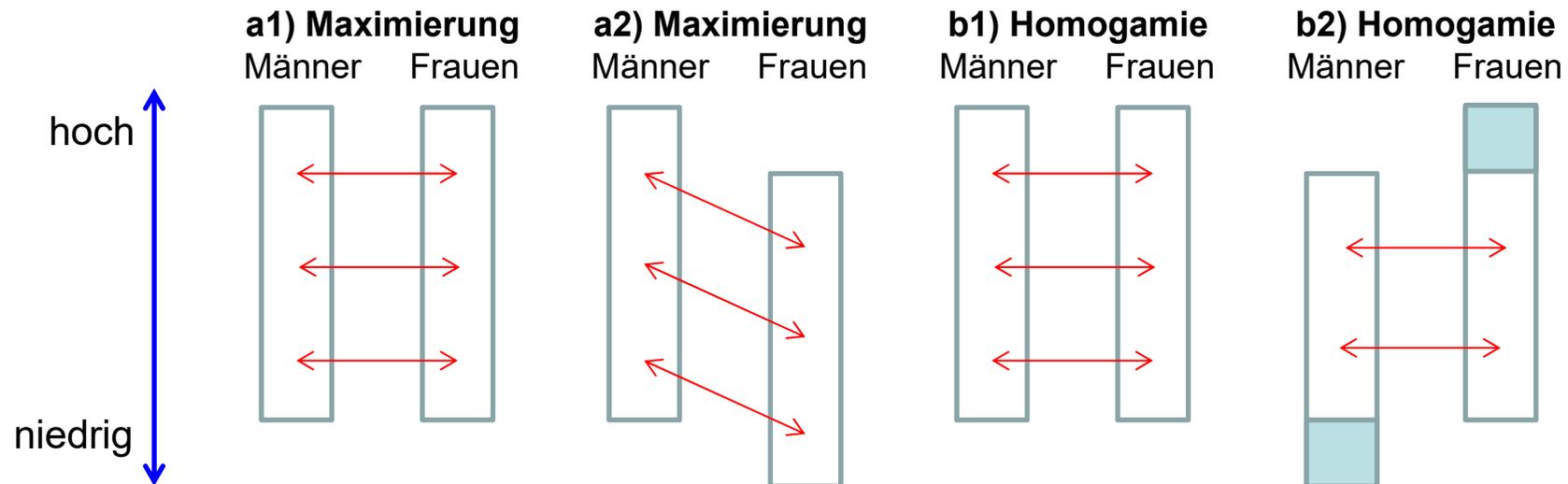


Partnerwahl: Wer mit wem?

- Liebe ist unberechenbar, dennoch gibt es Regelmäßigkeiten
 - „Gleich und Gleich gesellt sich gern“ (Homogamie)
oder
 - „Gegensätze ziehen sich an“ (Heterogamie)
- Ergebnisse der Familienforschung
 - Altersabstand: Männer im Schnitt 3 Jahre älter
 - Meist aber Homogamie: Größe, Attraktivität, Persönlichkeit, etc.
 - Konfession
 - Früher homogam (90%), heute abnehmende Homogamie (eher bei 50%)
 - Bildung
 - Früher oft heterogam (Aufwärtsheirat der Frauen), heute eher homogam (ca. 80 % der Paare bildungshomogam)
 - Nationalität
 - Binationale Ehen zunehmend (heute ca. 10%)
 - Männer: Polinnen, Asiatinnen, Frauen: (Ex-)Jugoslawen, Türken
- Folgen der Homogamie
 - Bildungshomogamie verstärkt die soziale Ungleichheit

Erklärungen der Homogamie

- Familienökonomische Erklärung
 - Wähle den besten verfügbaren (!) Partner
 - Vollkommener Partnermarkt (Wettbewerb bei voller Information)
- Verhaltensmaxime abhängig von Art des Merkmals
 - „The more the better“: Maximierungsprinzip (Bsp. Einkommen)
 - Verteilung M und F gleich: perfekte Homogamie **(a1)**
 - Verteilung M und F unterschiedlich: Heterogamie (aber: perfekte Korr.) **(a2)**
 - Gleich und Gleich am Besten: Homogamieprinzip (Bsp. Bildung)
 - Verteilung M und F gleich: perfekte Homogamie **(b1)**
 - Verteilung M und F unterschiedlich: Partnermarktungleichgewicht **(b2)**

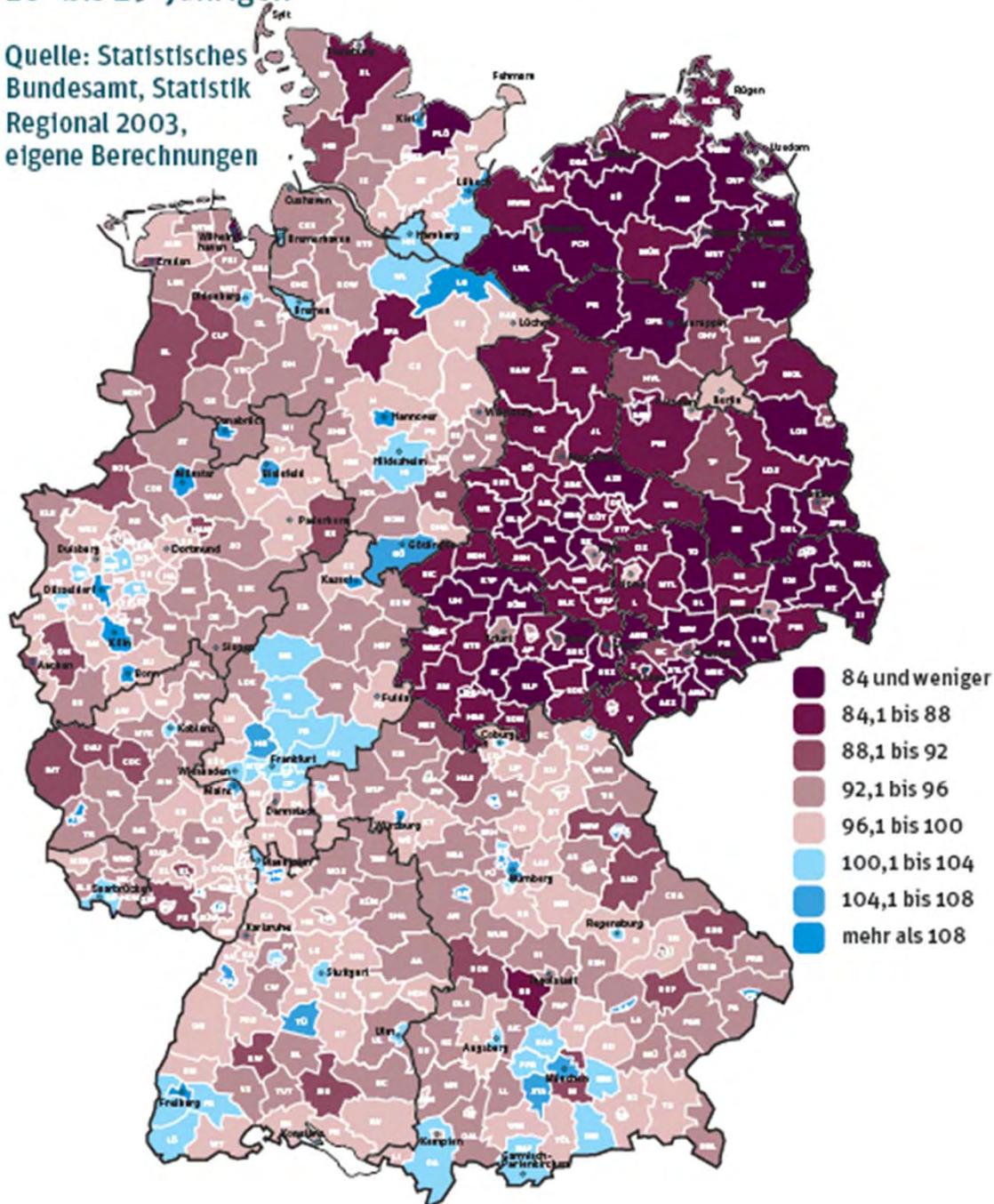


Erklärungen der Homogamie

- Meeting-and-Mating These
 - „Who does not meet, does not mate“
 - Menschen, die sich treffen, bilden eher ein Paar
 - Treffpunkte (Foki) sind sozial strukturiert (nach Bildung, Herkunft, Religion, Ethnizität, etc.)
 - Foki: Arbeitsplätze, Schulen, Clubs, Vereine, Wohngebiete, etc.
 - Deshalb sind Partnerschaften eher homogam
 - Nicht Präferenzen (familienök. Ansatz), sondern Gelegenheitsstrukturen erzeugen Homogamie
- Bedeutung des Internet-Partnermarktes (Partnerbörsen)
 - Funktionsweise:
 - Man erstellt das eigene Profil und das Wunschprofil des Partners
 - Ein Matching-Algorithmus sucht „optimale“ Paare
 - Falls die Partnerbörse sozial nicht strukturiert ist
 - weniger Homogamie
 - Wunschprofile bzw. die Matching-Algorithmen sind aber häufig sozial strukturiert. Zusätzlich ist der Partnermarkt transparenter.
 - mehr Homogamie

Anzahl Frauen je 100 Männer in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik Regional 2003, eigene Berechnungen



Die Sex-Ratio ist eine bedeutsame Randbedingung des Partnermarktes

- Im Osten deutlicher Männerüberschuss
- Im Großraum München deutlicher Frauenüberschuss

Quelle: Kröhnert, van Olst und Klingholz (2005: 13)

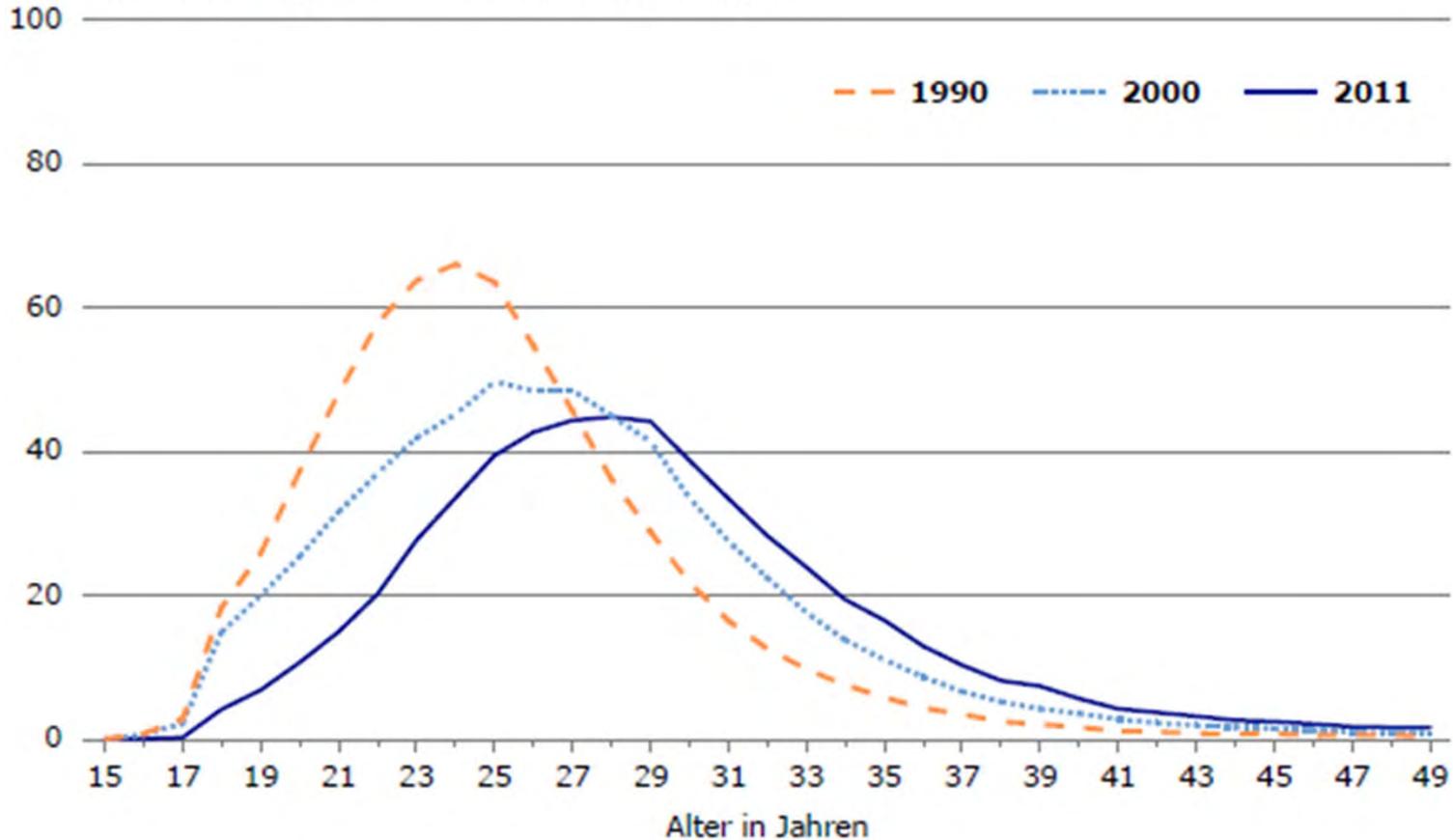
Veränderungen beim Heiratsverhalten

- Vorverlagerung und häufigeres Heiraten bis in die 1960er
 - „Golden Age of Marriage“
 - Rückgang des mittleren Erstheiratsalters
 - Ende 1960er: Frauen 23, Männer 26
 - Dauerhafte Ledigenquote sank auf Rekordniveau
 - Frauen 5%, Männer 10%
- Rückgang der Heiratsneigung seit ca. 1970
 - Anstieg des mittleren Erstheiratsalters
 - Heute: Frauen 29, Männer 32
 - Dauerhafte Ledigenquote steigt
 - Prognosen für Geburtskohorte 1970: Frauen 25%, Männer 33%
- Rapider Wandel in Ostdeutschland
 - Frühes und häufiges Heiraten in DDR (Wohnungen!)
 - Mittleres Erstheiratsalter: Frauen 21, Männer 23
 - Seit der Wende rapide Angleichung an das Westverhalten

Altersspezifische Erstheiratsraten

Erstheiratsziffer der Frauen in Westdeutschland* nach dem Alter, 1990, 2000 und 2011**

Eheschließende Ledige je 1.000 Personen im jeweiligen Alter



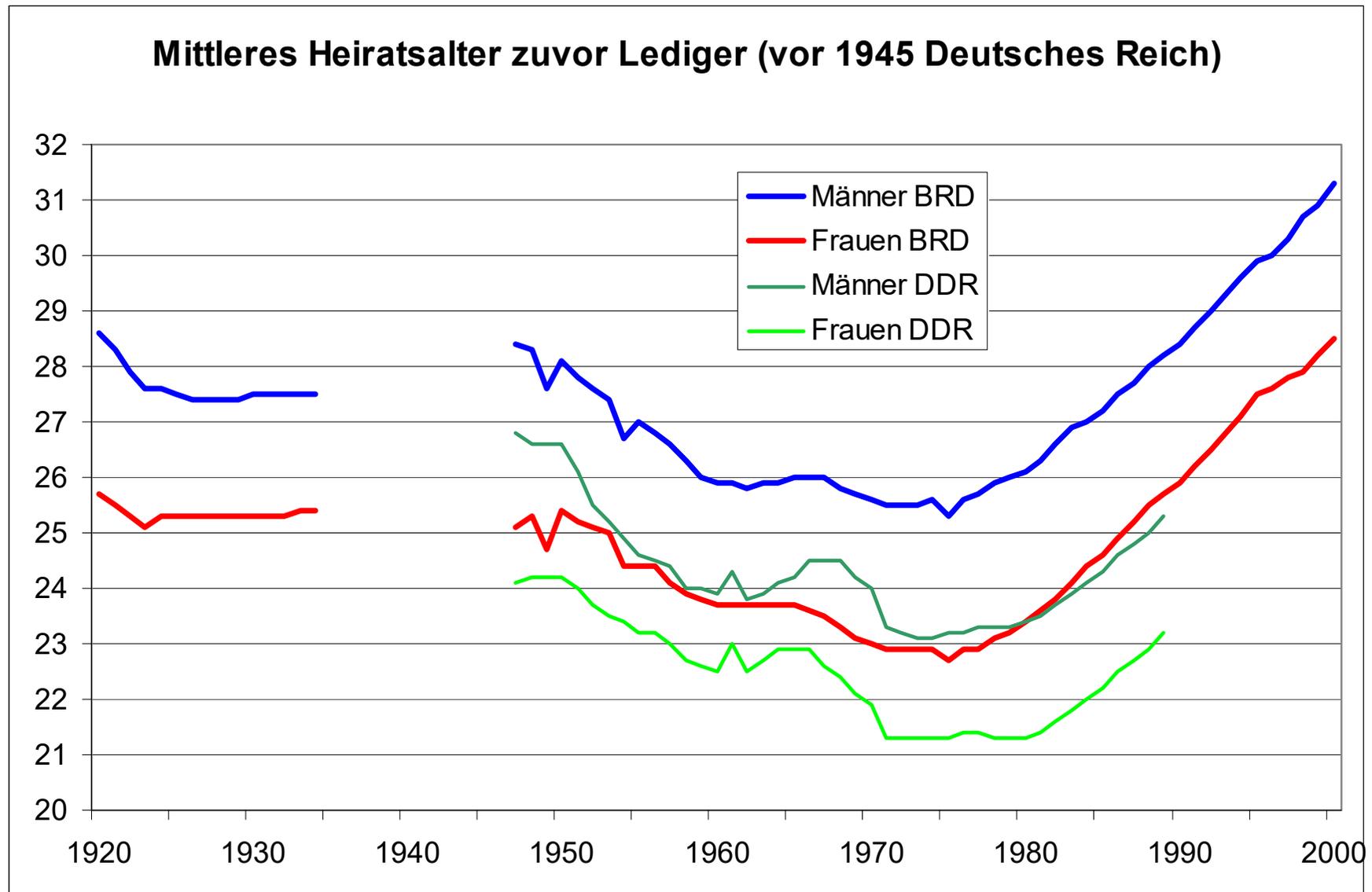
* ohne Berlin

** Die Berechnungen für 2011 beruhen noch auf den alten Bevölkerungszahlen aus der Fortschreibung früherer Volkszählungen.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2013

Erstheiratsalter in Deutschland



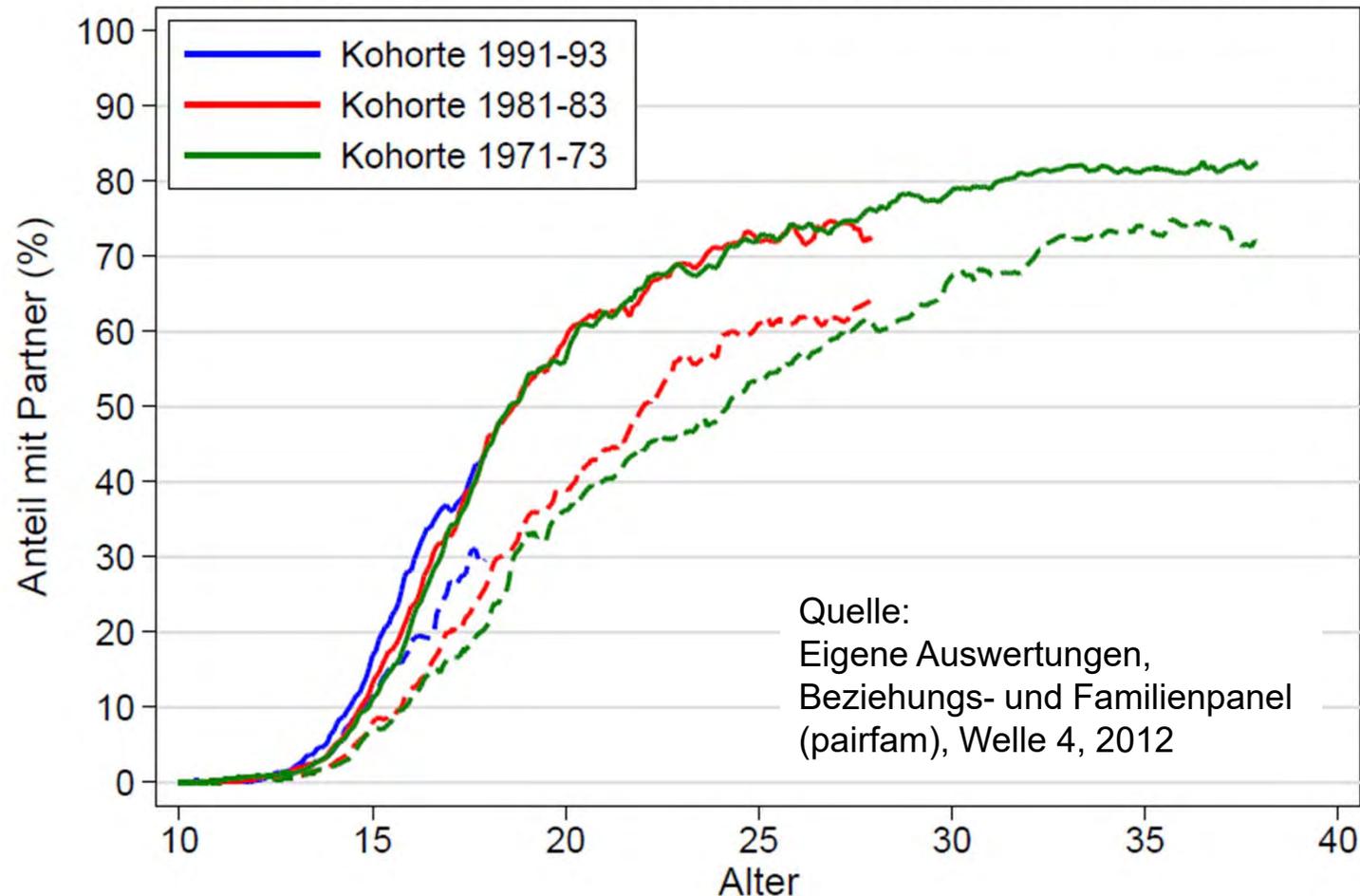
Eigene Darstellung Quelle: Rothenbacher, The European Population, 2004

Erklärung des Rückgangs der Heiratsneigung

- Handlungstheorie der Lebensformwahl: Familienökonomie
 - Paarbildung
 - Anthropologische Naturkonstante (kein Rückgang, s. nächste Folie)
 - Haushaltsbildung: LAT oder NEL?
 - Kostenersparnis aus Produktionsgemeinschaft
 - Nutzen aus Interaktionsverdichtung
 - Man spart Kosten der Organisation der Zweisamkeit
 - Aber: Verlust an Flexibilität
 - Heiraten: warum Ehe?
 - Vorteile der Arbeitsteilung realisierbar (Spezialisierungsgewinne), da die Hausfrau (-mann) über Unterhaltsregelungen abgesichert ist
 - Aber: hohe Trennungskosten
- Warum Trend weg von der Ehe, hin zur NEL?
 - Rechtliche Absicherung wird unnötig, weil
 - Zunahme qualifizierter Frauenerwerbstätigkeit
 - Rückgang der Fertilität
 - Anstieg der Scheidungsraten: Trennungskosten wahrscheinlicher

Zunehmende Partnerlosigkeit?

Bindungsquoten westdeutscher Männer und Frauen



- Bisher sahen wir mehrfach Evidenz, dass die Partnerlosigkeit steigt (Singularisierungstrend)
- Problem war aber, dass die LATs nicht berücksichtigt wurden
- Pairfam enthält alle Partnerschaften incl. LAT
- Ergebnis: keine zunehmende Singularisierung erkennbar (bei Männern steigt die B.quote)!

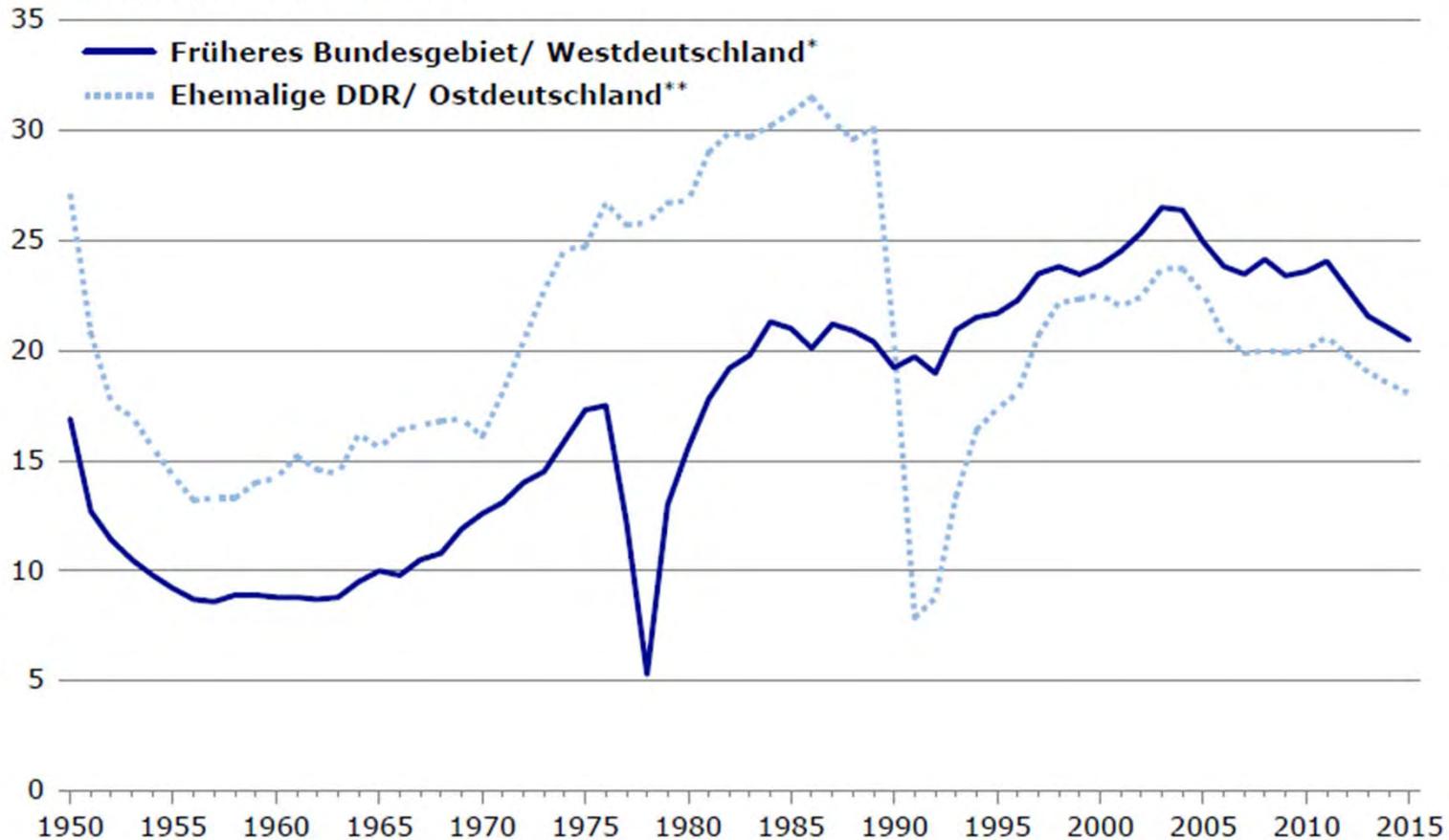
Trends in der Beziehungsstabilität

- Seit 100 Jahren steigt die Scheidungsrate
 - Bis ins 19. Jhd. kaum Scheidungen (waren auch nicht legal)
 - Seit ca. 1900 monotoner Anstieg
 - Unterbrochen von Periodeneffekten
 - 1. und 2. WW mit anschließendem Nachholeffekt (Kriegsheimkehrer)
 - 1977: Umstellung vom „Verursacherprinzip“ auf das „Zerrüttungsprinzip“ in der BRD (Trennungsjahr)
 - 1990: Umstellung im Osten auf das Westrecht, danach Anpassung an Westverhalten
 - Seit 2002 Abnahme der rohen Ehescheidungsrate
 - Kompositionseffekt: weniger Ehen in der Bevölkerung
 - Aber: auch der Anstieg der Scheidungsrate kam zum Stillstand
 - Prognose: ca. 40% der Ehen werden geschieden
- In der DDR höhere Scheidungsraten
- Ähnlicher Trend (auf höherem Niveau) bei NEL

Der langfristige Trend bei den Scheidungen

Rohe Ehescheidungsnummer für West- und Ostdeutschland, 1950 bis 2015

Scheidungen je 10.000 Einwohner



* ab 1990 ohne Berlin

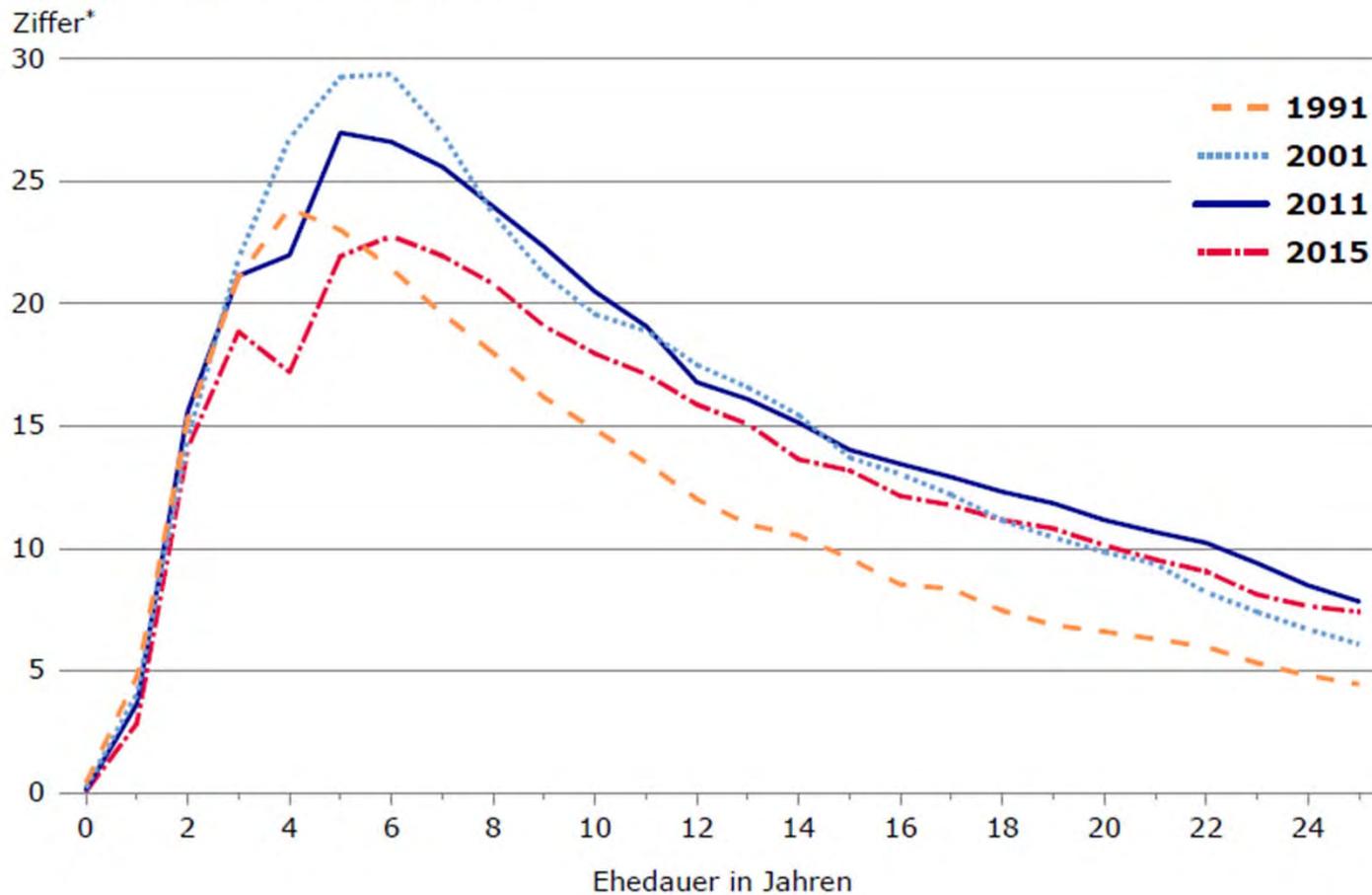
** ab 1990 einschließlich Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

Scheidungsrate

Ehedauerspezifische Scheidungsziffern in Westdeutschland (ohne Berlin), 1991, 2001, 2011 und 2015



* Geschiedene Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1.000 geschlossene Ehen desselben Heiratsjahrgangs.

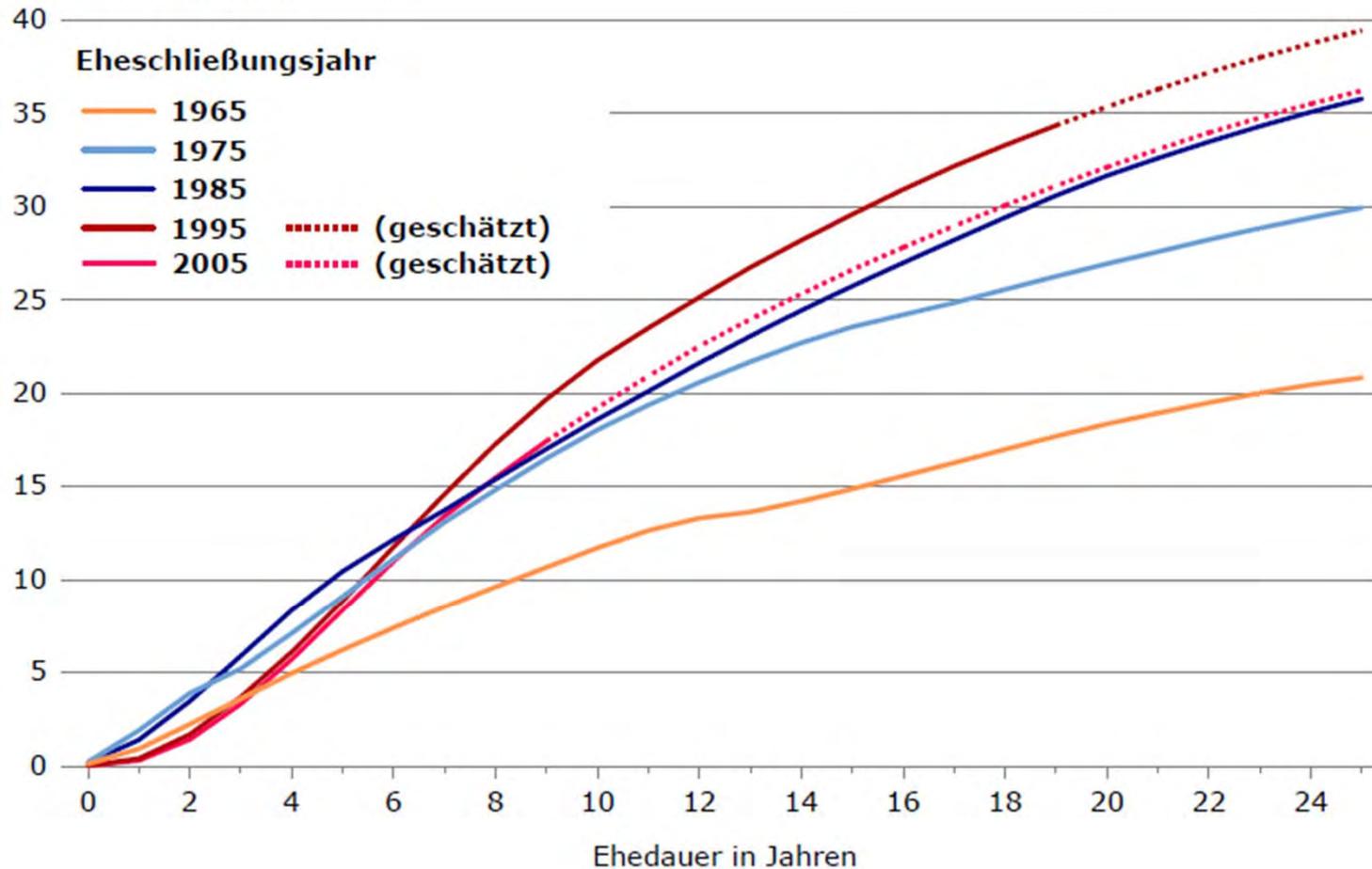
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

Anteil der geschiedenen Ehen

Anteile der geschiedenen Ehen der Eheschließungsjahrgänge 1965, 1975, 1985, 1995 und 2005 nach der Ehedauer in Deutschland (Stand: 2015)

kumulierte Anteile in Prozent



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2017

Erklärung des Anstiegs der Scheidungsraten

- Standarderklärungen
 - Anstieg der Lebenserwartung
 - Ist Quatsch: Fehlinterpretation der Lebenserwartung (s.o.)
 - Zunehmende Emotionalisierung von Partnerschaften
 - Die Gefühle waren früher auch nicht stabiler
 - Wegfall ökonomischer Funktionen (s. Folgendes)
- Familienökonomische Handlungstheorie
 - Scheidung, wenn Alternativen besser (Single, neuer Partner)
 - Die Alternative „Single“ war früher unmöglich
 - Außerhalb eines Familienverbundes war Überleben schwierig
 - Alternative „neuer Partner“ war sozial geächtet
 - Hohe Kosten einer Trennung/Scheidung
 - Selbstverstärkende Prozesse (Scheidungsspirale)
 - Hohe Scheidungszahlen vergrößern den Partnermarkt für Ältere
 - Hohe Scheidungszahlen verringern die Stigmatisierung
 - Hohe Scheidungszahlen verringern „Investitionen“



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.1 Grundlegendes

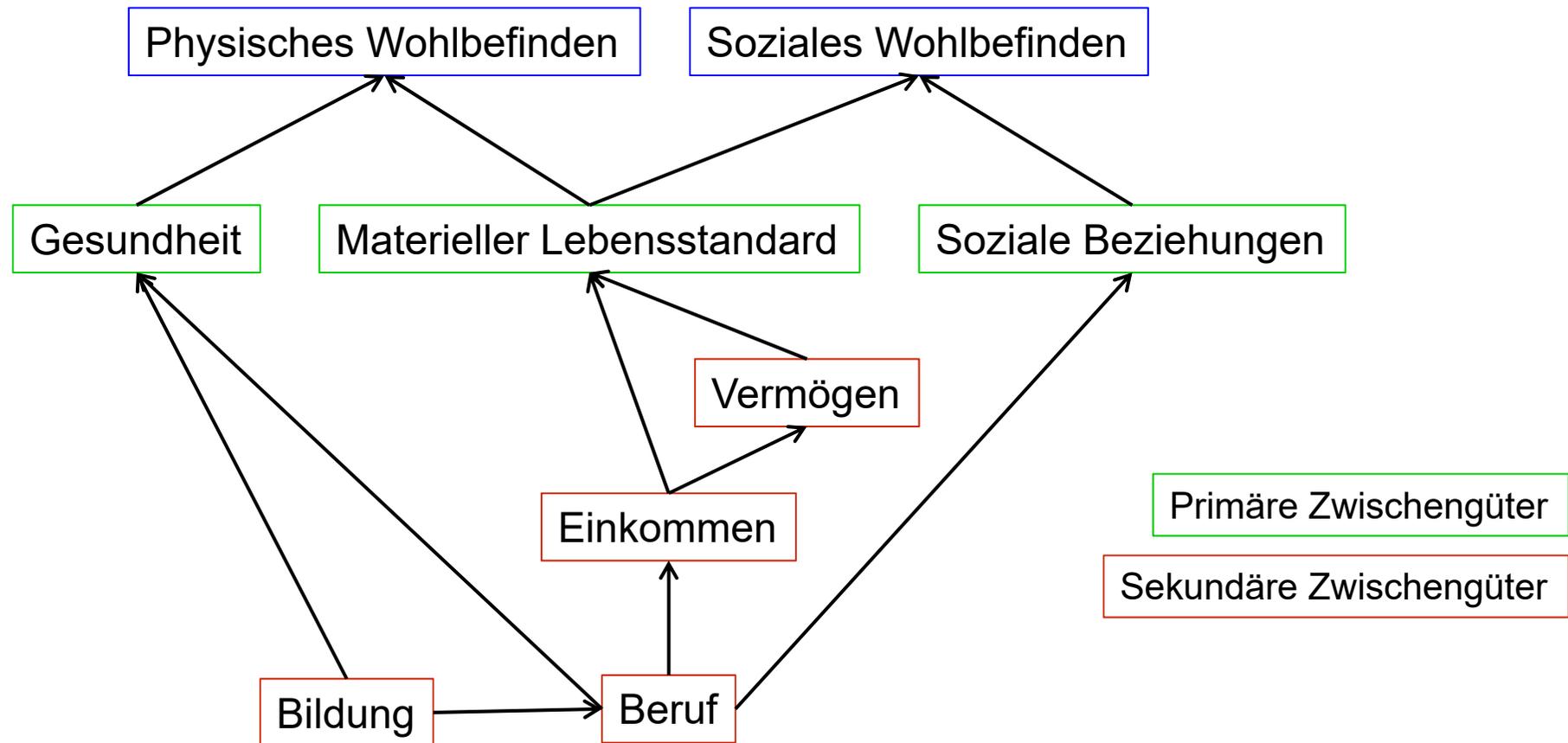
Josef Brüderl
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Soziale Produktionsfunktionen

- Theorie sozialer Produktionsfunktionen
(Adam Smith 1776, Hartmut Esser 1993)
 - Allgemeine Theorie menschlicher Bedürfnisse
 - Grundannahme: Alle Menschen streben nach „Wohlbefinden“
 - Zwei Arten von Wohlbefinden
 - Physisches Wohlbefinden
 - Soziales Wohlbefinden (soziale Anerkennung)
- Wohlbefinden wird erzeugt durch „Zwischengüter“
 - Primäre Zwischengüter
 - Sind universelle Mittel zur Erzeugung von Wohlbefinden
 - Sekundäre Zwischengüter
 - Sind historisch und gesellschaftlich bedingte Mittel zur Erzeugung von Wohlbefinden
 - Wirken nur indirekt über die primären Zwischengüter auf das Wohlbefinden

Die „Produktion“ von Wohlbefinden



- Die Pfeile stehen für „erhöht/verbessert“
 - Hier sind nicht alle empirisch gesicherten Pfeile eingezeichnet!

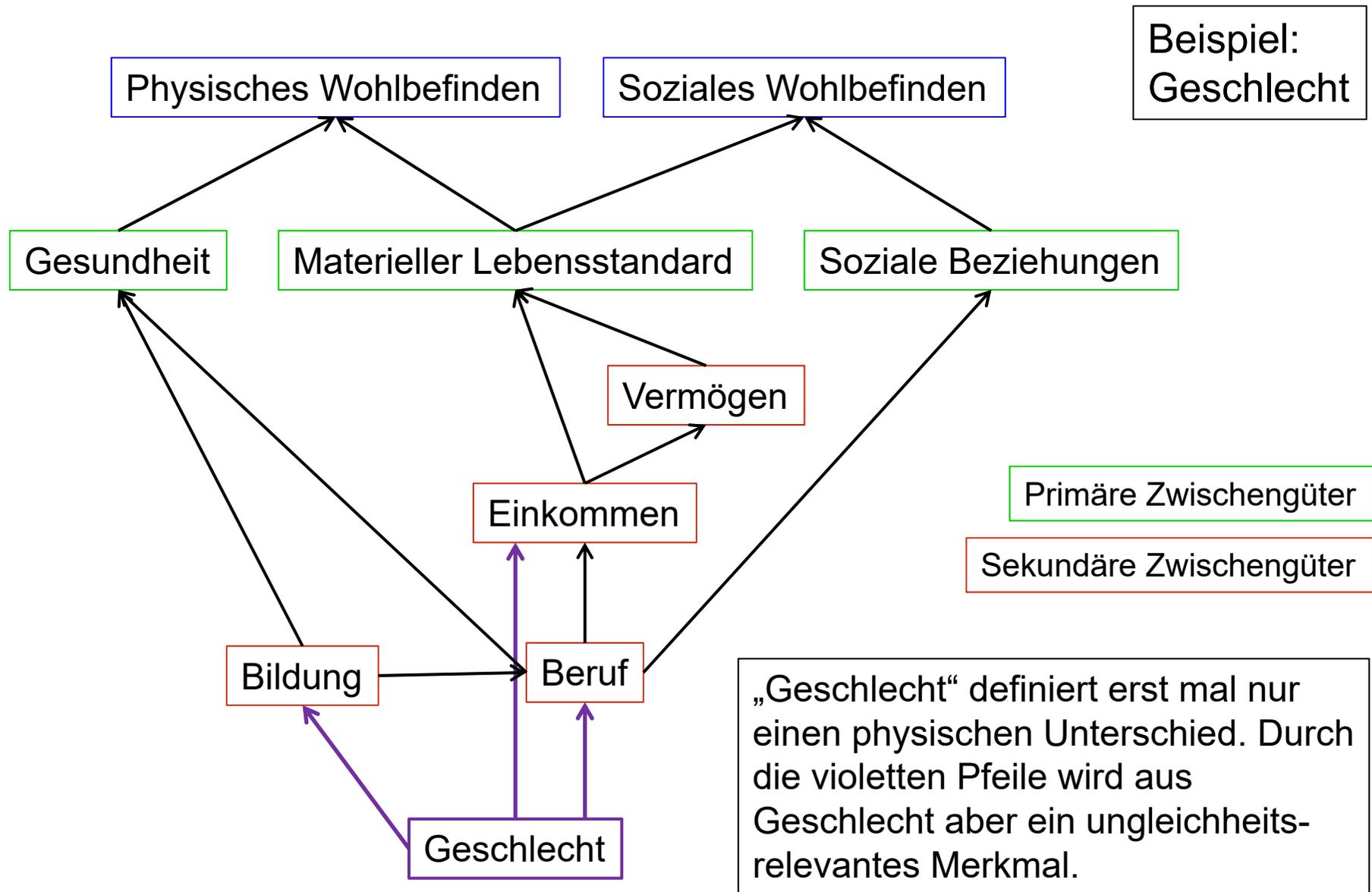
Soziale Ungleichheit

- **Definition I:** Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Menschen unterschiedliches Wohlbefinden haben
 - Wird in der Ungleichheitsforschung eher selten verwendet, da
 - a) Ungleichheit dann sehr „subjektiv“ wäre und
 - b) „Wohlbefinden“ schwer messbar ist
- **Definition II:** Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Menschen über ein unterschiedliches Ausmaß an primären/sekundären Zwischengütern verfügen
 - Annahme: Mehr/bessere Zwischengüter erhöhen das Wohlbefinden
 - Zwischengüter sind die „**Dimensionen sozialer Ungleichheit**“
- Der Begriff ist wertfrei gemeint! Ob Ungleichheit „gerecht“ oder „ungerecht“ ist, ist eine andere Frage (s.u.)

Korrelate sozialer Ungleichheit

- Menschen unterscheiden sich auf vielen Merkmalen
 - Erworbene Merkmale: Beruf, Bildung, Einkommen, Vermögen, etc.
 - Zugeschriebene (askriptive) Merkmale: Herkunft, Alter, Geschlecht, Ethnizität, Blutgruppe, Haarfarbe, etc.
- Annahme: askriptive Merkmale beeinflussen das Wohlbefinden nicht direkt, sondern allenfalls indirekt über Zwischengüter
 - Manche askriptive Merkmale sind mit einem Mehr oder Weniger bei Zwischengütern (also sozialer Ungleichheit) verbunden
 - Herkunft (sozial/regional)
 - Physische Unterschiede (Alter, Geschlecht, Ethnizität)
 - Andere askriptive Merkmale beeinflussen die Zwischengüter nicht, erzeugen also keine soziale Ungleichheit
 - Blutgruppe, Haarfarbe
 - Zumindest sind mir bezüglich dieser Merkmale keine Studien bekannt, die Ungleichheiten nachweisen

Korrelate sozialer Ungleichheit



Die drei zentralen Fragen

- Das **Ausmaß der sozialen Ungleichheit?**
 1. Wie groß ist die Ungleichheit?
 - **Dimensionen sozialer Ungleichheit**
 - In dieser Vorlesung: Bildung, Beschäftigung / Beruf, Einkommen / Vermögen, Gesundheit
- Die **Ursachen der sozialen Ungleichheit?**
 2. Welche Zusammenhänge gibt es zwischen askriptiven Merkmalen und sozialer Ungleichheit?
 - **Korrelate sozialer Ungleichheit**



3. Wie entsteht soziale Ungleichheit?
 - **Ungleichheitsgenerierende Mechanismen**



Eine 4. Frage: Ist soziale Ungleichheit gerecht?

- Ist es legitim/gerecht, wenn Menschen ungleiche Mengen an Zwischengütern haben, oder nicht?
 - Gerecht: entspricht normativen Gerechtigkeitsvorstellungen
 - Legitim: akzeptabel, weil vorteilhaft für die Gesellschaft
 - Man kann z.B. Einkommensungleichheit als ungerecht bewerten (weil alle Menschen gleich sein sollten), sie aber gleichzeitig als legitim akzeptieren (weil sie die Wohlfahrt aller fördert)
- Dies ist offensichtlich eine normative Frage
 - Antworten darauf sind letztlich wissenschaftlich nicht begründbar
 - Aber Wissenschaft kann die Gerechtigkeitsargumente systematisieren und die im Begründungsdiskurs verwendeten empirischen Sätze analysieren

Drei Gerechtigkeitsdimensionen

- Startbedingungen
 - Voraussetzungen zum Erwerb von Zwischengütern
 - Die Natur bzw. die Herkunft erzeugen ungleiche Startbedingungen
 - Ist Ungleichheit in den Startbedingungen gerecht/legitim?
- Zuweisungsprinzip
 - Es gibt unterschiedliche Prinzipien, nach denen Zwischengüter zugewiesen/erworben werden können
 - Welches Zuweisungsprinzip ist gerecht/legitim?
- Das Ergebnis
 - Startbedingungen und Zuweisungsprinzip erzeugen ein bestimmtes Ausmaß an Ungleichheit
 - Welches Ausmaß an Ungleichheit ist gerecht/legitim?

Startbedingungen

- Die Startbedingungen von Menschen sind unterschiedlich
 - Sie unterscheiden sich in ihrer genetischen Ausstattung (kognitive und nicht-kognitive Fähigkeiten, Talent, Gesundheit)
 - Sie werden unterschiedlich erzogen (Sozialisation)
 - Sie erhalten unterschiedliches Startkapital (Erbe)
- Alle diese Unterschiede sind familial bedingt
 - Die Familie ist eine zentrale „Ungleichheitsmaschine“
- Normative Positionen bzgl. Startbedingungen
 - Ungleiche Startbedingungen sind unvermeidbar und deshalb legitim (**natürliche Ungleichheit**)
 - Ungleiche Startbedingungen sind unverdient, weshalb man versuchen sollte, die Startbedingungen anzugleichen (**Startchancengleichheit**)
 - Wo dies nicht geht, sollte der Zuweisungsmechanismus zugunsten der Schwachen „gebiast“ sein (**Nachteilsausgleich**)

Zuweisungsprinzipien

- Gleichheitsprinzip
 - „Jedem das Gleiche“
- Statusprinzip
 - „Jedem nach seinem (angeborenen) Status“
- Bedarfsprinzip
 - „Jedem nach seinen Bedürfnissen“
- Leistungsprinzip
 - „Jedem nach seiner Leistung/Produktivität“
- In modernen Gesellschaften werden je nach Feld durchaus unterschiedliche Zuweisungsmechanismen als legitim angesehen
 - Markt/Bildung: Leistungsprinzip
 - Familie: alle Prinzipien kommen in unterschiedlichen Situationen vor
 - Staat: Gleichheitsprinzip (aber auch andere Prinzipien)

Ergebnisungleichheit

- Bzgl. des Ergebnisses ist in modernen Gesellschaften im Prinzip Gleichheit die „Benchmark“
 - „Alle Menschen sind gleich“
- Es gibt allerdings Begründungen dafür, dass Ungleichheit in manchen Situationen doch legitim ist
 - Bedürfnisargument
 - Manche brauchen mehr, um auf das gleiche Wohlbefinden zu kommen
 - Fairnessargument
 - Es ist fair, dass Leute die mehr leisten, mehr Zwischengüter haben
 - Moralische Begründung des Leistungsprinzips
 - Wohlfahrtsargument
 - Aufgrund des Leistungsprinzips strengen sich die Menschen an und dadurch steigt der Wohlstand aller
 - „Rationale“ Begründung des Leistungsprinzips

Was ist „soziale Gerechtigkeit“?

- Darauf gibt es durchaus unterschiedliche Antworten. Im Prinzip versteht man unter „sozialer Gerechtigkeit“ ein Bündel normativer Forderungen bzgl. der drei Gerechtigkeitsdimensionen
 - Liberale Position: Leistungsgerechtigkeit
 - Natürliche Ungleichheit ist akzeptabel
 - Man sollte für Zuweisung nach dem Leistungsprinzip sorgen
 - Die dann resultierende Ungleichheit ist leistungsgerecht
 - Sozialdemokratische Position: „korrigierte“ Leistungsgerechtigkeit
 - Man sollte Startchancengleichheit herstellen (so gut es halt geht)
 - Man sollte für Zuweisung nach dem Leistungsprinzip sorgen
 - Die trotzdem resultierende Ungleichheit sollte durch Umverteilung in Richtung Ergebnisgerechtigkeit verkleinert werden

Sozialpolitik

- Moderne Sozialstaaten (der Wohlfahrtsstaat) setzen im Prinzip die sozialdemokratische Position um
 - Startchancengleichheit
 - Abbau familialer Unterschiede (Vorschule, Erbschaftssteuer)
 - Leistungsprinzip
 - Im Prinzip zählt die Leistung im freien Markt
 - Der Staat sorgt dafür, dass das Leistungsprinzip nicht eingeschränkt wird (Antidiskriminierungsgesetze)
 - Nachteile in den Startbedingungen können durch „positive“ Diskriminierung ausgeglichen werden (Nachteilsausgleich)
 - Umverteilung
 - Sind die Ergebnisse zu ungleich, greift der Staat umverteilend ein (progressive Besteuerung, Sozialhilfe, Quotenregelungen, Mindestlohn)
- Der zentrale Dissens der Sozialpolitik: Wohlfahrtsargument
 - Wo liegt das optimale Ausmaß der Ungleichheit?
 - Ab wann fördert die Ungleichheit nicht mehr die Wohlfahrt aller?

Chancengleichheit

- Normative Position in Bezug auf intragenerationale Mobilität
 - Zentral in der modernen Gerechtigkeitsdiskussion
 - Leider wird der Begriff meist nicht klar definiert
- Im Prinzip: Zuweisung nach dem Leistungsprinzip
 - Die Belohnung soll proportional zur Leistung sein. Oder blumiger:
 - „Jeder sollte die Chance haben, seine Talente zur Entfaltung zu bringen“
- Erweiterte Auffassung von Chancengleichheit
 - Zusätzlich soll jeder die gleichen Startbedingungen haben (Startchancengleichheit)
 - „Jeder sollte eine Chance haben, wenn er sich nur anstrengt“
 - „Jeder sollte die Chance haben, es vom Tellerwäscher zum Millionär zu bringen“
- Chancengleichheit ist also nicht mit Ergebnisgleichheit gleichzusetzen
 - Wer sich weniger anstrengt, der bekommt weniger

Was ist „Diskriminierung“?

- Diskriminierung meint die absichtliche Verletzung des legitimen Zuweisungsprinzips
 - „Benachteiligung“, falls man offen lassen will, ob absichtlich oder unabsichtlich ungerecht behandelt wird
 - In Bereichen, in denen das Gleichheitsprinzip herrscht (z.B. Justiz, Wahlen, persönlicher Umgang)
 - Jede Ungleichbehandlung wird als Diskriminierung angesehen
 - Z.B.: härtere Strafen für Ausländer, kein Wahlrecht für Frauen, Benachteiligung von Behinderten bei der Wohnungsvergabe
 - In Bereichen, in denen das Leistungsprinzip herrscht (Bildungssystem, Arbeitsmarkt)
 - Ungleichbehandlung bei Leistungsunterschieden ist legitimiert
 - Werden aber Personen bei gleicher Leistung ungleich behandelt, so ist das auch in diesen Bereichen Diskriminierung
 - Z.B.: systematisch schlechtere Noten für Jungs und Arbeiterkinder, geringerer Lohn für Frauen bei gleicher Arbeit und Leistung

Antidiskriminierungsgesetz

- Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz
 - „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz von 2006 (AGG)
 - § 1: „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“
 - § 2 Anwendungsbereich:
 - Einstellung, Lohn, beruflicher Aufstieg, Entlassung, Berufsbildung
 - Bildung
 - Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, Wohnraum
- Das GG verpflichtet den Staat, das AGG die Privatwirtschaft
 - Z.B. darf ein Makler Ausländer bei der Wohnungsvergabe nicht benachteiligen
 - In der Familie / im privaten Bereich ist Benachteiligung legitim
 - Z.B. darf ein privater Vermieter nur an Inländer vermieten

Die Messung von Benachteiligung I

- Vergleich des Bildungsaufstiegs zweier Gruppen A und B

N (Fallzahl)	A	B	P (Whs.) x 100	A	B
Hauptschule	100	70	Hauptschule	50	35
Gymnasium	100	130	Gymnasium	50	65
	200	200			

- Am einfachsten: Verhältnis der Aufstiegswahrscheinlichkeiten

$$\frac{P(\text{Aufstieg}|B)}{P(\text{Aufstieg}|A)} = \frac{65}{50} = 1,3$$

- Stattdessen werden häufig die Aufstiegschancen (odds) betrachtet

$$O_A = \frac{N(\text{Gym}|A)}{N(\text{Haupt}|A)} = \frac{100}{100} = 1, \quad O_B = \frac{N(\text{Gym}|B)}{N(\text{Haupt}|B)} = \frac{130}{70} = 1,86$$

- und das Aufstiegschancenverhältnis berechnet (Odds-Ratio, OR)

$$OR = \frac{O_B}{O_A} = 1,86 / 1 = 1,86$$

Die Messung von Benachteiligung II

- Interpretation von ORs
 - $OR < 1$ B hat kleinere Chancen (B benachteiligt)
 - $OR = 1$ A und B haben gleiche Chancen (keine Benacht.)
 - $OR > 1$ B hat größere Chancen (A benachteiligt)
- Beispiel: $OR = 1,86$
 - Die „Chance“ auf das Gymnasium zu gehen, ist in Gruppe B fast doppelt so hoch wie in Gruppe A
 - Gruppe A ist benachteiligt
- **Achtung: Odds-Ratios werden häufig falsch interpretiert!**
 - $OR = 1,86$ bedeutet nicht, dass die Aufstiegswahrscheinlichkeit in Gruppe B 1,86-mal so hoch ist wie in Gruppe A
 - Tatsächlich ist die Aufstiegswahrscheinlichkeit in Gruppe B nur 1,3-mal so hoch!

Die Messung von Benachteiligung III

- Die vorhin berechnete OR berücksichtigt keine Leistungsunterschiede (Brutto-OR)
 - Deswegen könnten die beobachteten Unterschiede auch auf unterschiedliche Leistung der Gruppen A und B zurückzuführen sein
 - Aus der Brutto-OR auf Benachteiligung zu schließen ist voreilig!
- Man muss für Leistung kontrollieren (Netto-OR)

N (Fallzahl)	Gruppe A		Gruppe B	
	Note 1-2	Note 3-4	Note 1-2	Note 3-4
Hauptschule	20	80	30	40
Gymnasium	80	20	120	10
	100	100	150	50

$$OR_{1-2} = \frac{120}{30} / \frac{80}{20} = 1 \qquad OR_{3-4} = \frac{10}{40} / \frac{20}{80} = 1$$

- Es liegt also tatsächlich **keine** Benachteiligung vor

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

4.2.1 Bildung

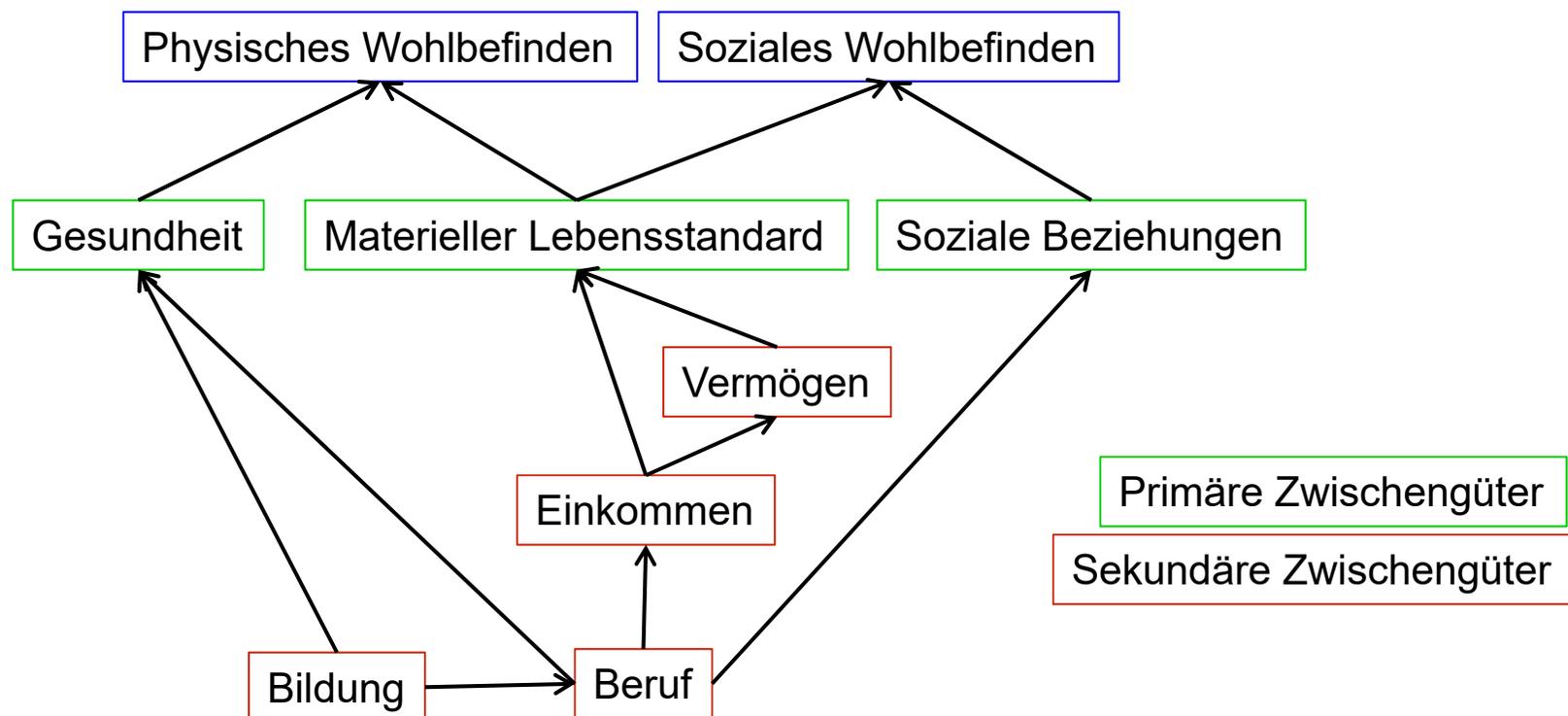
Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Meritokratie

- Die soziale Position beruht in modernen Gesellschaften auf eigenen Leistungen in Bildung und Beruf (Leistungsgesellschaft)
 - In meritokratischen Gesellschaften hat die Bildung eine Schlüsselfunktion im Prozess der Statuserreichung
 - Das Bildungssystem ist in meritokratischen Gesellschaften die zweite zentrale „Ungleichheitsmaschine“ (neben der Familie)

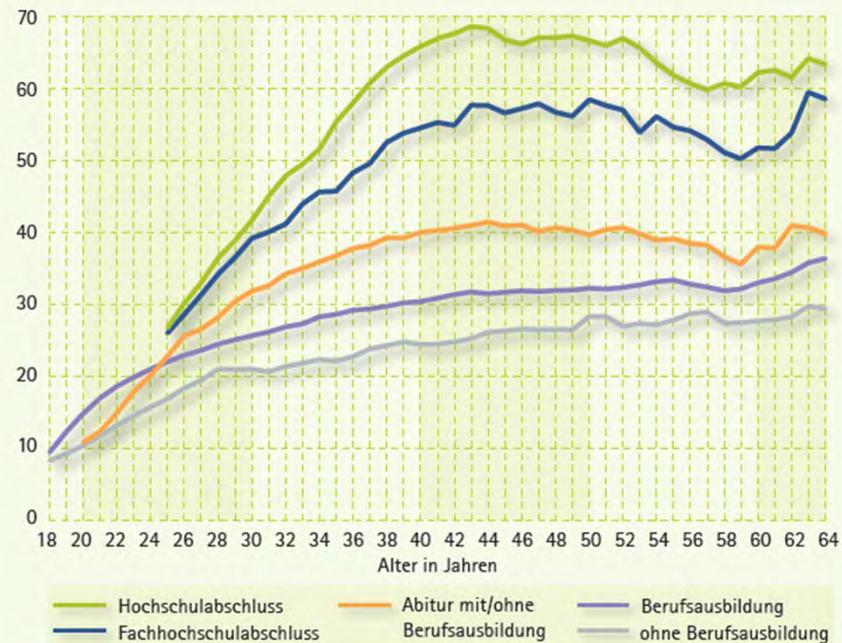


Bildung lohnt sich

Abbildung 2

Durchschnittliche Brutto-Jahresentgelte
nach Lebensalter und höchstem Bildungsabschluss

in 1.000 Euro



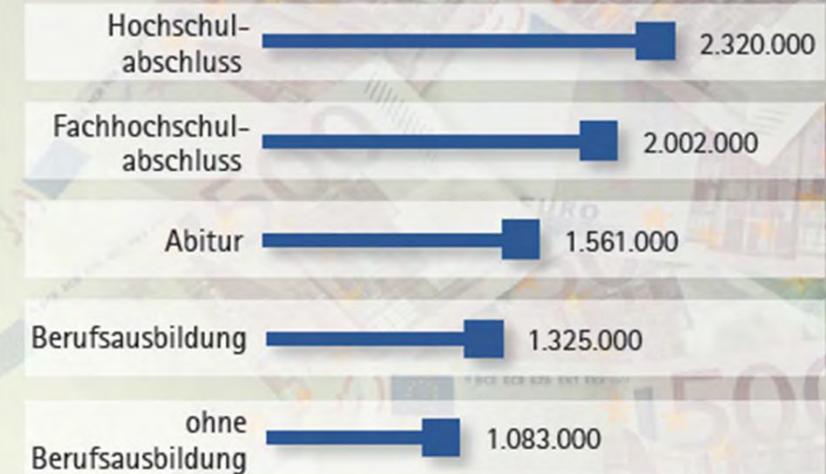
Quelle: IAB-Berechnungen auf Basis der Stichprobe
der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB).

© IAB

Abbildung 1

Durchschnittliche Lebensverdienste
nach höchstem Bildungsabschluss

in Euro



Quelle: IAB-Berechnungen auf Basis der Stichprobe
der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB).

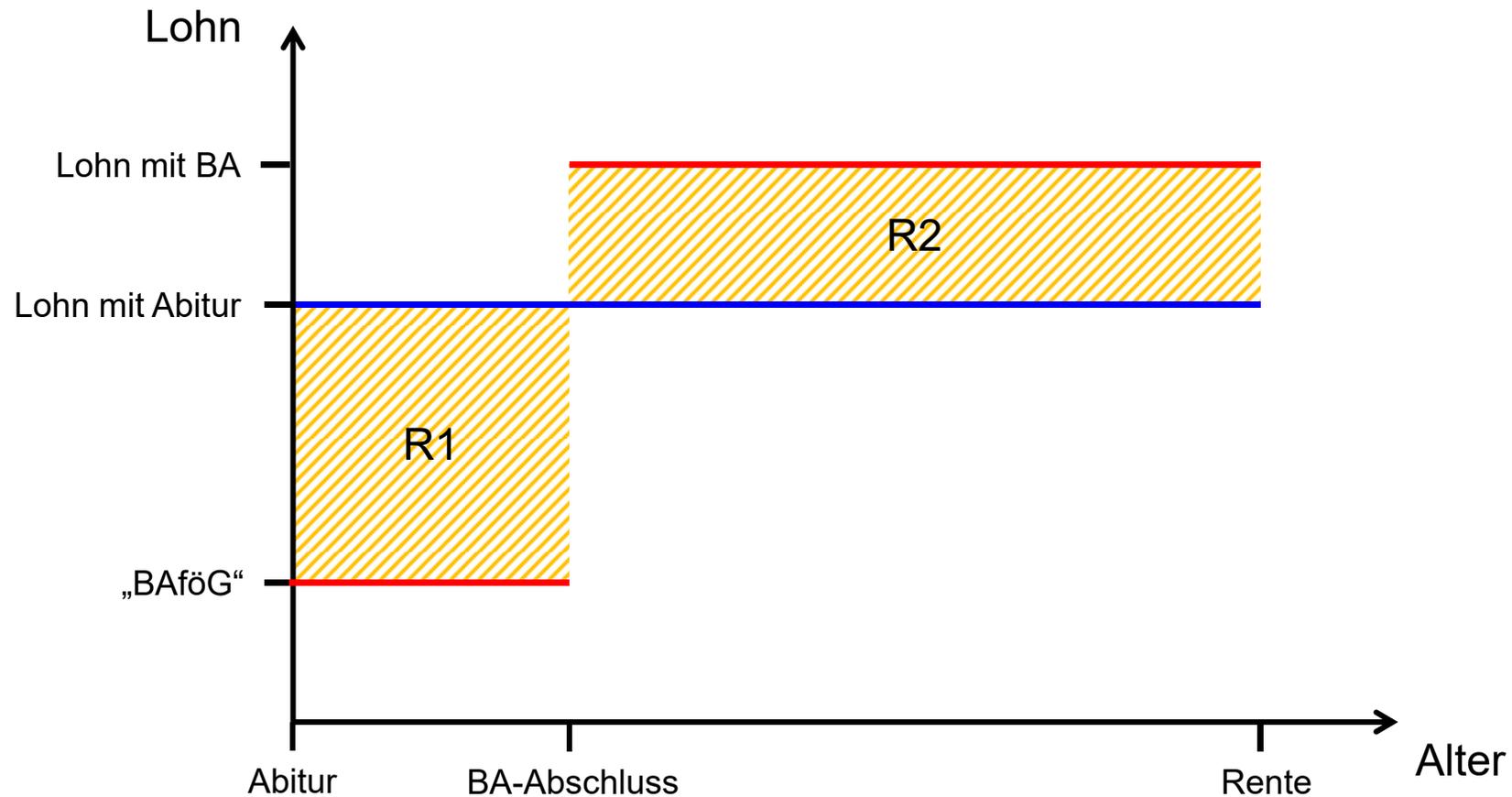
© IAB

Quelle: Schmillen/Stüber (2014)

Bildung als Investition

- Bildung ist ein Produktionsfaktor („Humankapital“)
 - Bildung liefert Wissen (Kompetenz)
 - Wissen steigert die Leistungsfähigkeit / Produktivität
 - Produktivere bekommen einen besseren Job / höhere Löhne
- Humankapitaltheorie (Gary Becker, 1964)
 - Heute anfallende Kosten (finanzieller Aufwand, physische Anstrengungen und Opportunitätskosten)
 - Zukünftig zu erwartender Nutzen: höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen
 - Gegeben seine Fähigkeiten und Restriktionen optimiert jeder Mensch den Umfang seiner Investitionen in Humankapital

Humankapitaltheorie



- Annahme hier: Diskontfaktor = 1
- Die Person wird in den B.A. Abschluss investieren, falls $R2 > R1$
- Dies ist hier der Fall

Die Bildungsexpansion

- 1950 war höhere Bildung die Ausnahme
 - 80% eines Jahrgangs hatten Volksschulabschluss
- Ab 1950: Expansion der beruflichen Ausbildung
 - Vor allem bei den Frauen
- Ab 1970: Expansion Sekundarstufe II und Hochschule
 - Anteil nur mit Hauptschule sank auf unter 30%
 - Werte für 2008
 - 45% des Altersjahrgangs mit (Fach-)Abitur
 - 40% begannen ein Studium
 - 26% mit Hochschulabschluss (Absolventenquote)
 - Prognose/Ziel für die Absolventenquote: 50%
- „Hartnäckiger“ Anteil ohne berufliche Bildung
 - Auch heute noch ca. 10%
 - Schlagworte: „Bildungsverweigerer“, „Bildungsarmut“

Erklärung der Bildungsexpansion

- Geringe Bildungsbeteiligung im internationalen Vergleich
 - Georg Picht (1964) „Die deutsche Bildungskatastrophe“
- Humankapitalerklärung
 - Wandel der Berufsstruktur hin zu wissensintensiven Tätigkeiten
- Bildung ist Signal
 - Wettbewerb um die höchsten Abschlüsse („rat race“)
- Bildungskatastrophe II: der „Akademisierungswahn“?
 - „B.A. für Haarschneiden“
 - Der dualen Berufsausbildung (ein deutsches Erfolgsmodell) gehen die Auszubildenden aus

Bildungsungleichheit: Geschlecht

- Früher (1950) hatten die Frauen weniger Bildung
 - 2/3 Frauen ohne berufliche Ausbildung, nur 1/3 der Männer
 - Nur ein Viertel der Abiturienten waren Frauen
- Inzwischen haben die Frauen die Männer überholt
 - Abiturientenquote 2008: Männer 41%, Frauen 49%
 - Absolventenquote 2008: Männer 25%, Frauen 28%
- Nach wie vor: „horizontale Ungleichheit“
 - Fächerwahl an der Hochschule ist noch ungleich
 - 50% der Männer studieren Natur-/Ingenieurwiss., 20% der Frauen
 - Bei den Frauen dominieren die Geisteswissenschaften
 - Auch in der beruflichen Ausbildung gibt es horizontale Ungleichheiten
 - Männer: Gewerbe/Handwerk
 - Frauen: Büro/Dienstleistungen

Mechanismen der Bildungsungleichheit

- Was sind die Mechanismen hinter Bildungsungleichheiten?
Mit Raymond Boudon (1974) unterscheidet man heute
 - Primäre Effekte: Leistungsunterschiede
 - Leistung im Bildungssystem hängt stark von den kognitiven und nicht-kognitiven Fähigkeiten ab (z.B. Intelligenz und Fleiß)
 - Zwischen Gruppen können sich die Fähigkeiten unterscheiden
 - Sekundäre Effekte: Benachteiligung bei gleicher Leistung
 - Leistungsbewertungen können „gebiast“ sein (Lehrer), Bildungsentscheidungen hängen von der Bildungsaspiration ab (Eltern)
- Ist Bildungsungleichheit ungerecht?
 - Unterschiede, die auf primäre Effekte zurückgehen, sind legitim, da im Bildungssystem das Leistungsprinzip gilt
 - Erweiterte Auffassung von Chancengleichheit: auch primäre Effekte sind ungerecht, wenn sie auf Startchancenungleichheit beruhen
 - Unterschiede, die auf sekundäre Effekte zurückgehen, sind ungerecht, da sie „leistungsfremd“ sind

Mechanismen geschlechtsspezifischer Bildungsungleichheit

- Primäre Effekte
 - Unterschiede in den kognitiven Fähigkeiten: Jungs sind in Mathe besser (14 Punkte, PISA 2012), Mädchen beim Lesen (44 Punkte)
 - Da Lesekompetenz Grundlage vieler schulischer Leistungen ist, haben Mädchen einen Leistungsvorsprung in vielen Fächern
 - Geringerer Fleiß mancher Jungs
 - „The problem with boys“: Maskulinität wird durch Anti-Schulhaltung konstruiert
- Sekundäre Effekte
 - Früher gab es explizite Barrieren für Frauen
 - Bis vor hundert Jahren durften Frauen nicht auf die Uni
 - Frauen waren Bäuerin bzw. Hausfrau und Bildung „lohnte“ nicht
 - Heute sind diese Barrieren für Frauen verschwunden
 - Aber umgekehrt: den „Problem-Boys“ (s.o.) wird es heute im Bildungssystem schwer gemacht („Die Jungen-Katastrophe“)

Bildungsungleichheit: soziale Herkunft

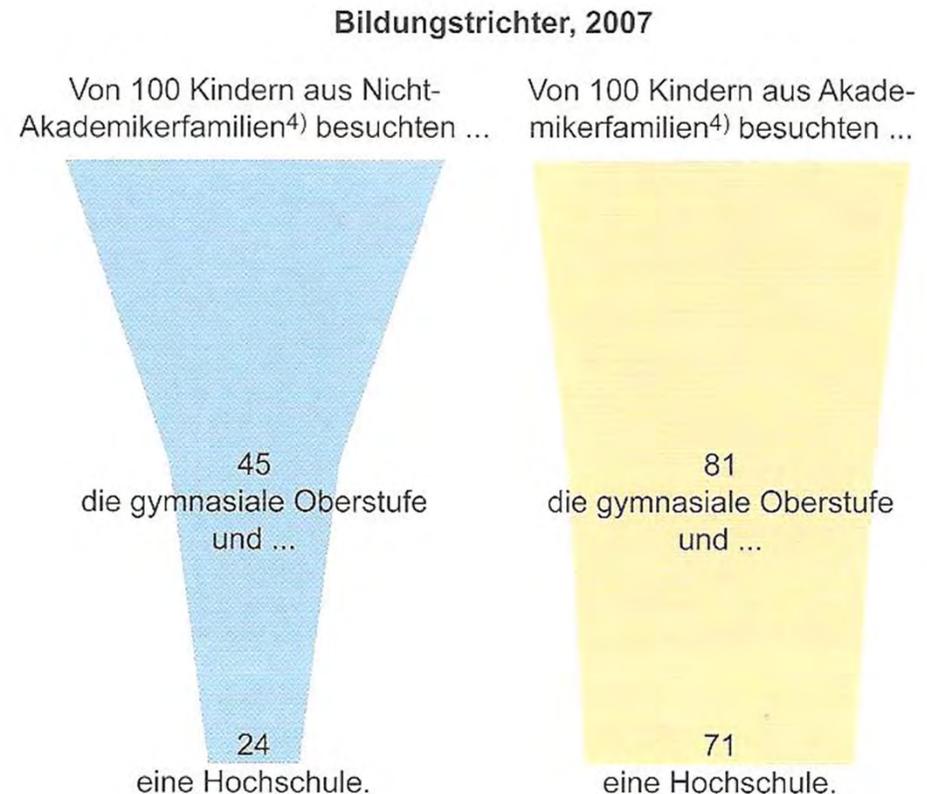
- Kinder höherer/bildungsnaher Herkunft haben mehr Bildung
 - Häufigerer Übergang ins Gymnasium
 - Häufigeres Studium

- Übergang zum Gymnasium
 - Gemessen durch das Chancenverhältnis (OR)

$$\begin{aligned} \text{OR} &= \frac{\frac{P(\text{Gym}|\text{Akademikerkind})}{P(\neg\text{Gym}|\text{Akademikerkind})}}{\frac{P(\text{Gym}|\neg\text{Akademikerkind})}{P(\neg\text{Gym}|\neg\text{Akademikerkind})}} \\ &= \frac{81/19}{45/55} = 5,21 \end{aligned}$$

- Übergang zum Studium

- $\text{OR} = \frac{71/29}{24/76} = 7,75$



Quelle: Rostocker Zentrum (2011)
„Deutschland im Demografischen Wandel“

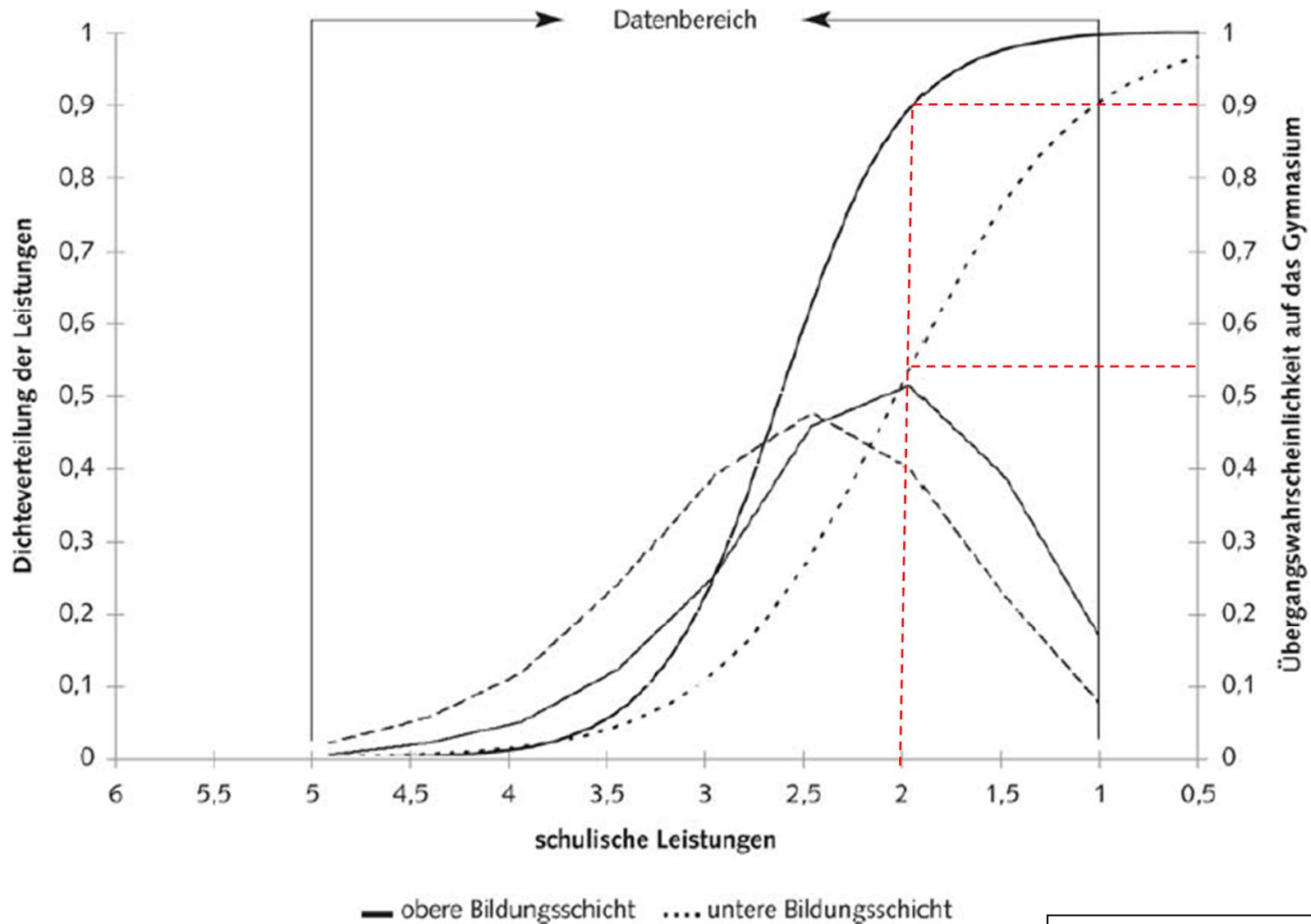
Mechanismen herkunftsspezifischer Bildungsungleichheit

- Häufig wird vermutet, der Mechanismus sei „Geld“
 - Kinder aus besserem Haus haben eher Privatschule, Nachhilfe, etc.
 - Aber das ist nicht der entscheidende Mechanismus
- Die empirische Bildungsforschung zeigt:
 - Primärer Effekt: Kinder höherer Schichten zeigen bessere Leistungen
 - Vererbung kognitiver/nicht-kognitiver Fähigkeiten von Eltern auf Kinder
 - Die Möglichkeiten des frühkindlichen Kompetenzerwerbs sind in Elternhäusern höherer Schichten besser (Sozialisation)
 - Sekundärer Effekt: Eltern/Kinder aus höheren Schichten entscheiden sich bei gleicher Leistung eher für den Besuch einer höheren Schule
 - Lehrer geben Kindern höherer Schichten eher Übertrittsempfehlung
 - Weil sie fehlende Unterstützung durch das Elternhaus antizipieren
 - Eltern aus höheren Schichten betreiben eher einen Übertritt
 - Stuserhaltungsmotiv: Kindern soll es mindestens gleich gut gehen
 - Humankapitalkalkül: Erträge/Erfolgswahrscheinlichkeit der Bildung werden höher eingeschätzt, Kosten der Bildung leichter zu tragen

Empirische Ergebnisse I

- Studie von Martin Neugebauer (2010) ZfS
- Daten: DJI-Kinderpanel 2002-2005 (N=538)
 - Übertritt auf das Gymnasium nach der 4. Klasse ja/nein
 - Schulische Leistung gemessen in Schulnoten (Durchschnitt Deutsch- und Mathenote 4. Klasse, Halbjahreszeugnis)
 - Soziale Herkunft dichotomisiert
 - Obere Bildungsschicht: mindestens ein Elternteil verfügt über die (Fach-) Hochschulreife
 - Untere Bildungsschicht: kein Elternteil hat (Fach-) Hochschulreife
- Ergebnisse (s. nächste Folie)
 - Primärer Effekt: Kinder der oberen Schicht haben bessere Noten
 - Sekundärer Effekt: insbesondere in der Mitte der Notenverteilung haben die Kinder der oberen Schicht höhere Übergangsraten
 - Z.B. Note 2: ca. 90% versus ca. 54%
 - Anteil der beiden Mechanismen an den Schichtunterschieden: Primärer Effekt 41%, Sekundärer Effekt 59%

Empirische Ergebnisse II



Quelle: Neugebauer (2010) ZfS

Soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem

- Oft als Gerechtigkeitsmaßstab verwendet: Brutto-OR = 1
 - Beispiel oben: Brutto-OR beim Übertritt ins Gymnasium = 5,21
 - Daraus wird oft gefolgert, dass das Bildungssystem ungerecht ist
 - Aber: die Brutto-OR berücksichtigt nicht eventuelle Leistungsunterschiede (primäre Effekte)
 - Deshalb ist es zu kurz gegriffen, für die Beurteilung der Gerechtigkeit des Bildungssystems nur auf die Brutto-OR zu schauen
 - Dennoch tun das viele Autoren und sprechen ständig von „Benachteiligung“, wenn eine Gruppe seltener höhere Bildungsabschlüsse hat
 - Dies ist typischer „Soziologie-Sprech“ und nicht durchdacht
- Man muss für die Leistungsunterschiede in den Gruppen kontrollieren (Netto-OR)
 - Die Netto-OR erfasst sekundäre Effekte
 - Erst falls Netto-OR \neq 1, sollte man von „Benachteiligung“ sprechen

Reduktion von Bildungsungleichheit

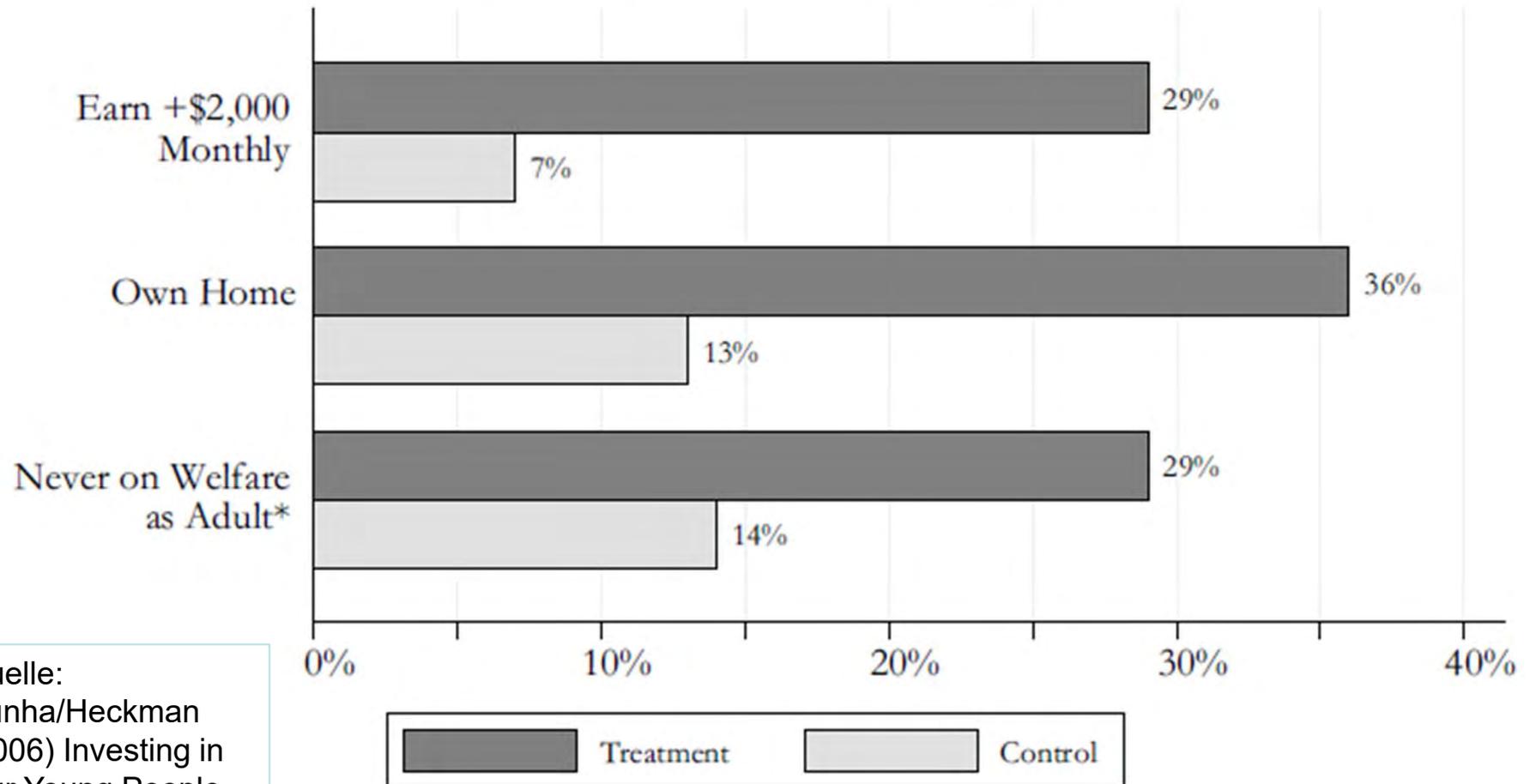
- Reduktion primärer Effekte durch frühe Beschulung
 - Indem man die frühkindliche Sozialisation aus der Familie in Kita/Kindergarten verlagert, werden Herkunftseffekte abgebaut
 - Problem: Kita-Besuch eher von Kindern aus bildungsnahen Familien (differentielle Inanspruchnahme)
 - Forschung diesbezüglich noch am Anfang
 - Effekte frühkindlicher Bildung aufgrund der differentiellen Inanspruchnahme schwer festzustellen
- Reduktion sekundärer Effekte
 - Lehrern keine Information über sozialen Status der Eltern geben
 - Übertrittsempfehlungen der Schulen bindend machen
 - Übertritt in höherem Alter (z.B. nach 9. Klasse)
 - Eltern über den Wert von Bildung aufklären

Investing in Our Young People

- In den USA gibt es Evidenz, dass frühkindliche Beschulung primäre Effekte reduziert
 - Insbesondere bei Kindern aus unteren Schichten scheint gute Betreuung (im Sinne einer Vorschule) zu helfen
 - „Rate of Return“ höher als bei Programmen für Jugendliche!
 - Anstatt in Programme für schwererziehbare Jugendliche zu investieren, sollte man in Vorschule investieren!
 - Mehr ErzieherInnen, statt SozialpädagogInnen
- Perry Preschool Experiment (s. nächste Folie)
 - Treatment im Alter 3-5: Unterschicht-Kinder, Vormittags Preschool, Nachmittags Besuch von Erziehern
 - Outcome: Schulleistungen, Jobs, Kriminalität

Investing in Our Young People

Perry Preschool Program: Economic Effects at Age 27, by Treatment Group



Source: Barnett (2004). *Updated through Age 40 using recent Perry Preschool Program data, derived from self-report and all available state records.

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

4.2.2 Beschäftigung und Beruf

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Beruf

- Die Einbindung in den Arbeitsmarkt ist heute für die meisten Menschen ein wichtiges Ziel (Arbeitsgesellschaft)
 - Beruf ist heute die zentrale Dimension sozialer Ungleichheit
- Der ausgeübte Beruf prägt die soziale Position
 - Physisches Wohlbefinden stark vom Beruf abhängig
 - Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit, Alterssicherung, Einkommen
 - Soziales Wohlbefinden stark vom Beruf abhängig
 - Berufsprestige, soziale Beziehungen
- Beruf hängt stark von Bildungszertifikaten (Humankapital) ab
 - In Deutschland durch die berufliche Ausbildung und das Laufbahnsystem im öffentlichen Dienst besonders enge Koppelung
 - Insbesondere daraus ergibt sich die Bedeutung von Bildungsungleichheit

Beruf und Wohlbefinden

Einkommen

- Bruttojahresverdienst von abhängig Vollzeitbeschäftigten in Euro
 - Durchschnitt ist ca. 45.000 €
- Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturen 2010

Beruf	Einkommen
Vorstandsvorsitz. DAX	0,6-16 Mio.
Fußballprofi	0,5-10 Mio.
Kanzlerin	210.000
Maschinenbauingenieur	74.000
Vermessungsingenieur	55.000
Geisteswissenschaftler	51.000
Hochschuldozent	51.000
Frisör	17.000

Beruf	SIOPS
Arzt	78
Richter	76
Soziologe	67
Parlamentarier	64
Sekretär	53
Bauarbeiter	36
Müllmann	13

Berufsprestige

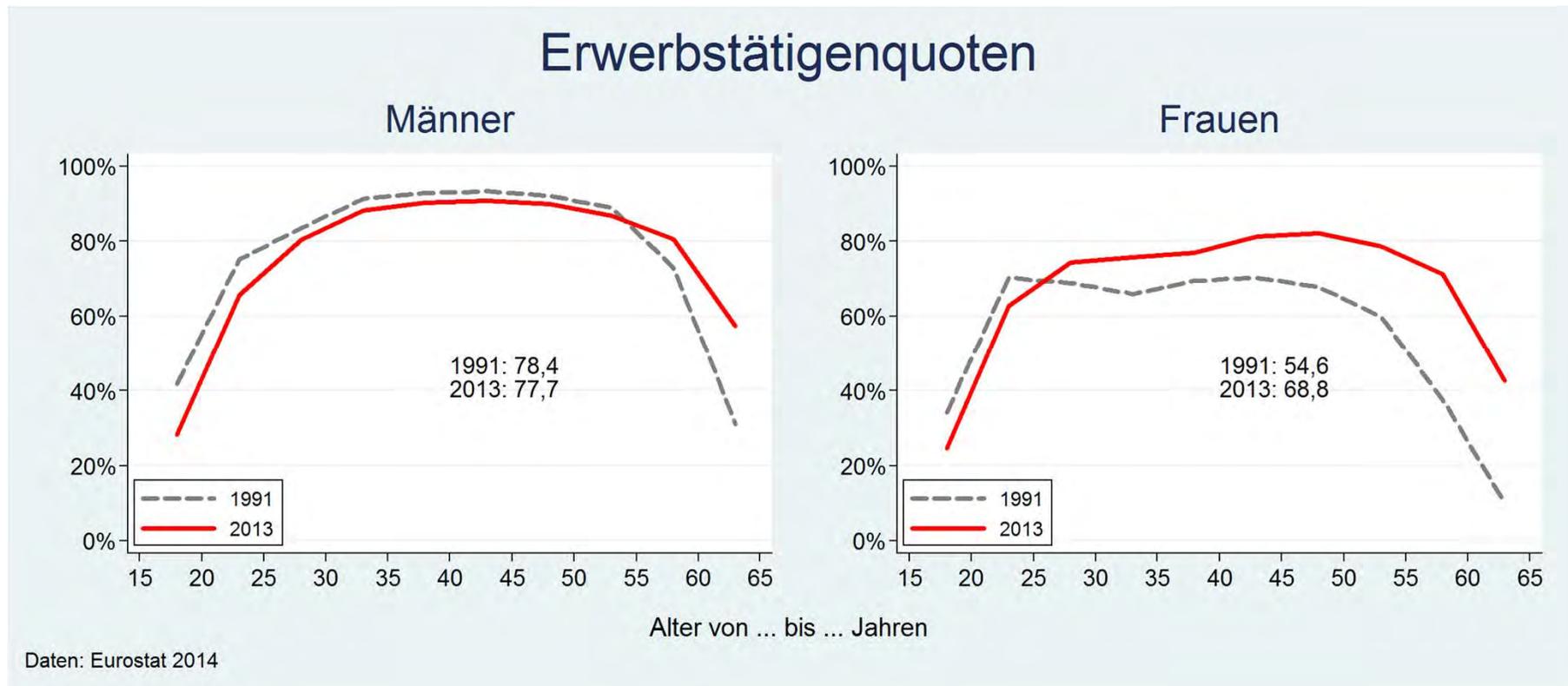
- SIOPS: Standard International Occupational Prestige Scale
- Befragte in 55 Ländern sollten Berufe in eine Rangreihe bringen (Treiman 1977)

Arbeitslosigkeit

- Arbeitslosigkeit ist eins der großen „sozialen Probleme“
 - Reduziert physisches, soziales und (!) psychisches Wohlbefinden
 - Lohnersatzquote < Einkommen, Arbeitslose haben weniger soziale Kontakte, Rückgang der Lebenszufriedenheit
- Definition der Bundesagentur für Arbeit (BA)
 - Alle Erwerbslosen, die bei der BA arbeitslos gemeldet sind
 - Geringfügige Beschäftigung ist erlaubt (<15 Std.)



Erwerbs“revolution“ bei den Frauen



- Männer: Rückgang im frühen Erwerbsleben, Zunahme im Alter
 - 15-30: längere Ausbildung
 - 55-65: spätere Verrentung
- Frauen: deutlicher Anstieg ab den mittleren Alter
 - 15-25: längere Ausbildung
 - 25-65: Aufschiebung Familiengründung, erwerbstätige Mütter
 - Vom 3 Phasen-Modell zum 1 Phasen-Modell der Männer?

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

4.2.3 Einkommen und Vermögen

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Einkommen

- Einkommen ist die am meisten erforschte Ungleichheitsdimension
- Einkommensarten
 - Erwerbseinkommen
 - Aus nicht-selbständiger Arbeit
 - Aus Unternehmertätigkeit
 - Kapitaleinkommen (Immobilien, Geldvermögen, Betriebsvermögen)
 - Mieteinnahmen, Zinsen, Dividenden
 - Transfereinkommen
 - Öffentliche Quelle: Kindergeld, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Rente, etc.
 - Nicht-öffentliche Quelle: Unterhaltszahlung, Betriebsrente

Einkommenskonzepte

- Analyseeinheit ist der Haushalt: Haushaltseinkommen
 - Annahme: Altruismus im Haushalt (alle partizipieren)
- Ungleichheit vor staatlichem Eingriff
 - Markteinkommen = Erwerbseinkommen + Kapitaleinkommen
- Ungleichheit nach staatlichem Eingriff
 - Verfügbares Einkommen =
Markteinkommen + Transfereinkommen
- direkte Steuern - Sozialbeiträge
 - Nettoeinkommen =
Erwerbseinkommen + Transfereinkommen
- direkte Steuern - Sozialbeiträge
- Idealerweise basieren Ungleichheitsanalysen auf dem verfügbaren Einkommen, denn genau dieses kann für die Produktion von Wohlfahrt eingesetzt werden
 - In vielen Datensätzen ist aber nur das Nettoeinkommen verfügbar

Äquivalenzeinkommen I

- Für Ungleichheitsanalysen kann man nicht einfach das Haushaltseinkommen benutzen
 - Man muss die unterschiedlichen Bedarfe berücksichtigen
 - Das macht das sogenannte „Äquivalenzeinkommen“
- Berechnung des Äquivalenzeinkommens
 - Bedarfsgewichtung nach Haushaltsgröße und -zusammensetzung
 - Wegen ökonomischer Vorteile von größeren Haushalten („economies of scale“)
 - Wegen geringerem Bedarf von Kindern
 - Die Bedarfsgewichte werden in sogenannten „Äquivalenzskalen“ festgelegt
 - Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich dann:

$$\text{Nettoäquivalenzeinkommen} = \frac{\text{Haushaltsnettoeinkommen}}{\text{Summe der Bedarfsgewichte}}$$

Äquivalenzeinkommen II

- Verschiedene solche „Äquivalenzskalen“ sind im Gebrauch
 - Naive Skala: jedes HHmitglied hat Bedarfsgewicht 1
 - Meistens: Bedarfsgewichte nach OECD-Skala

	Alte OECD-Skala	Modifizierte OECD-Skala
1. Erwachsener	1	1
Weitere Erwachsene	0,7	0,5
Kinder unter 16	0,5	0,3

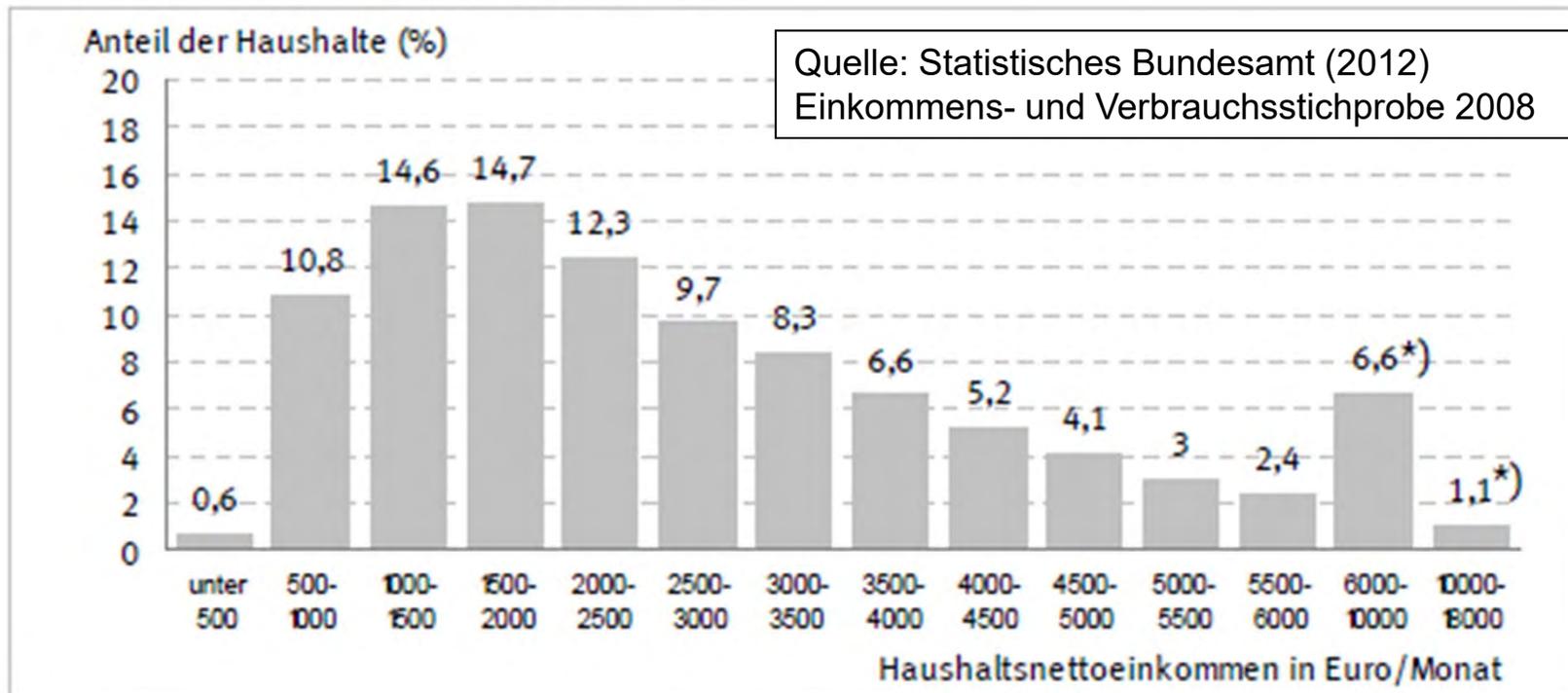
- Beispiel: HH mit 3000 Euro, zwei Erwachsene, drei Kinder

	Σ Bedarfsgewichte	Äquivalenzeinkommen
Naive Skala	5	600
Alte OECD-Skala	$1 + 0,7 + 3 \cdot 0,5 = 3,2$	938
Mod. OECD-Skala	$1 + 0,5 + 3 \cdot 0,3 = 2,4$	1.250

- Interpretation (mod. OECD-Skala): Jede Person in dem Fünf-Personen HH hat ein Wohlbefinden äquivalent zu 1.250 €
 - Oder: ein Ein-Personen-HH mit 1.250 € hat das gleiche Wohlbefinden

Die Einkommensverteilung

Abbildung 3: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland 2008
(Klassenbreite „500 Euro“)

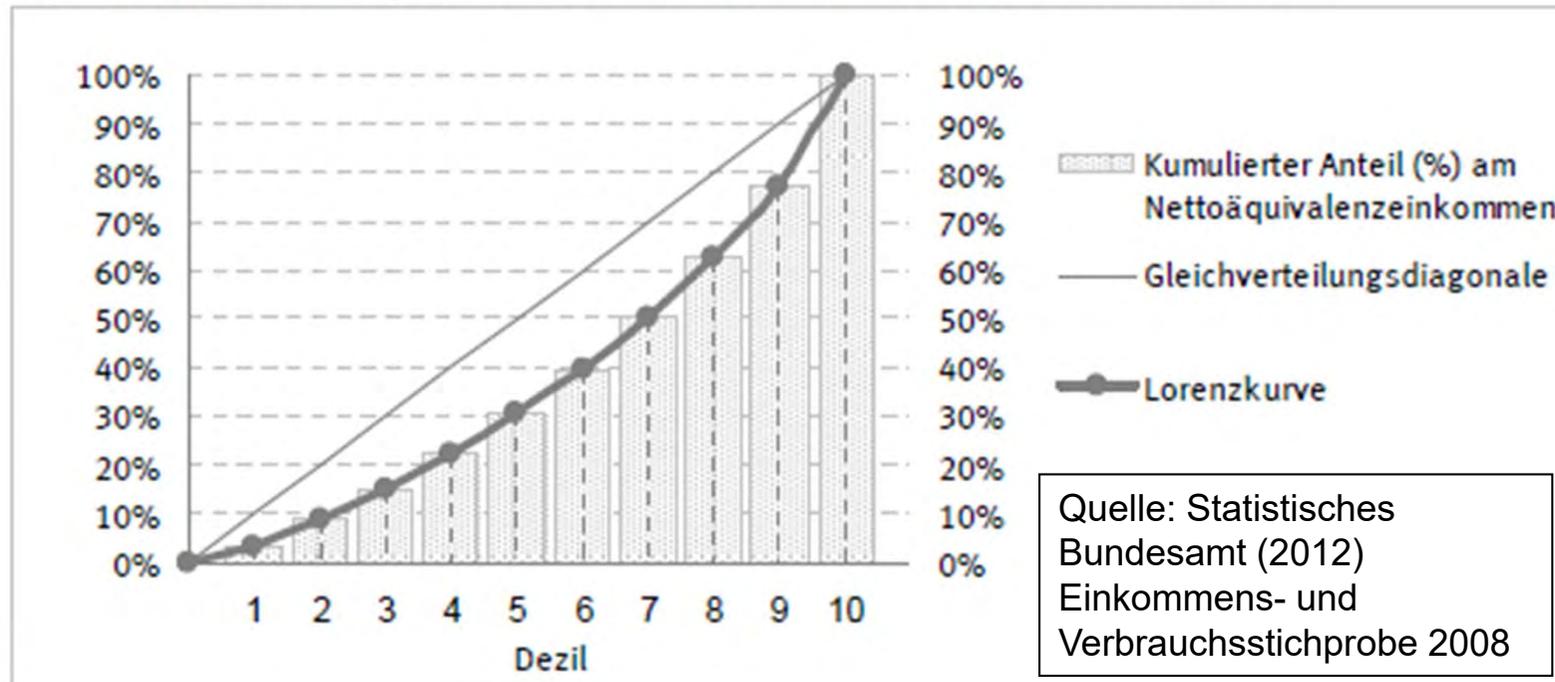


*) Ab 6 000 Euro wurden aus Darstellungsgründen größere Klassenbreiten gewählt.

- Die Einkommensverteilung ist typischerweise “rechtsschief”
 - Ca. 10% der HH liegen unter 1000 Euro
 - Ca. 50% der HH liegen im Bereich 1000-3000 Euro
 - Ca. 10 % der HH liegen über 5500 Euro

Einkommensungleichheit: die Lorenzkurve

Abbildung 6: Verteilung des Nettoäquivalenzeinkommens 2008 (Lorenzkurve)



- Kumulierter Anteil am Nettoäquivalenzeinkommen
 - X-Achse: kumulierter Anteil der nach ihrem Einkommen geordneten Personen (in Dezilen, jeweils 10 % der Bevölkerung)
 - Y-Achse: kumulierter Anteil am Gesamtäquivalenzeinkommen
 - Ablesebeispiel: die untere Hälfte hat nur etwa 30% des Einkommens
 - Je weiter die Kurve von der Gleichverteilungsdiagonale abweicht, desto größer ist die Ungleichheit

Maßzahl: Der Gini-Koeffizient

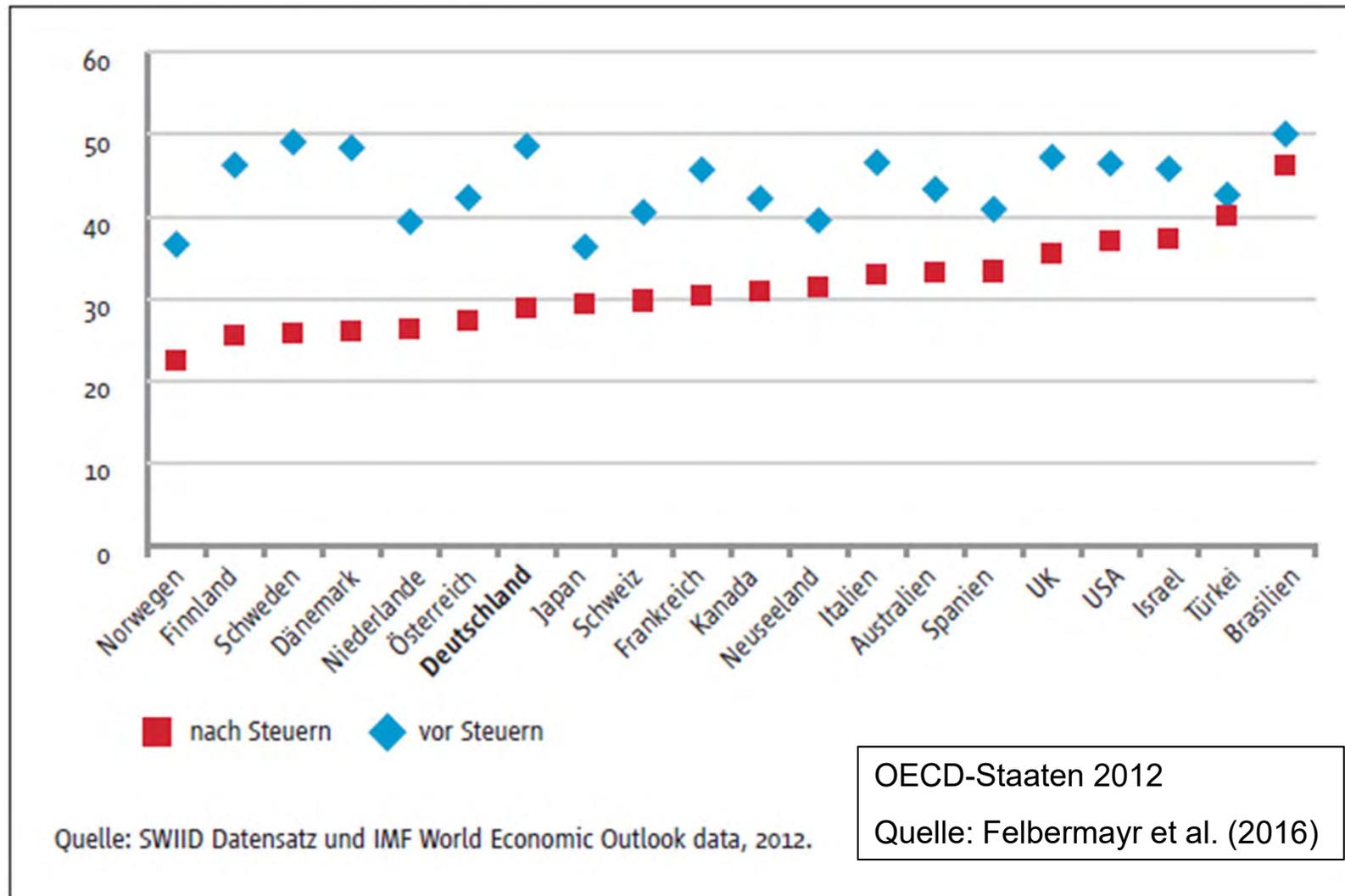
- Der Gini-Koeffizient (G) ist definiert als
 - Fläche zwischen Gleichverteilungsdiagonale und Lorenzkurve dividiert durch Gesamtfläche unter der Gleichverteilungsdiagonale

$$G = \frac{1/2 - \sum_{i=1}^{10} \left(\frac{(L_i + L_{i-1})}{2} \frac{1}{10} \right)}{1/2} = 1 - \frac{1}{10} \sum_{i=1}^{10} (L_i + L_{i-1})$$

- L_i Wert der Lorenzkurve am Ende eines Dezils, L_{i-1} am Anfang
 - $G = 0$: Gleichverteilung (jeder hat gleich viel)
 - $G = 1$: maximale Ungleichheit (einer hat alles)
- Einkommensungleichheit in Deutschland 2014 (Grabka/Göbel 2017)
 - Einkommenskonzept: verfügbares Haushaltseinkommen
 - Daten: SOEP, v32
 - Gini-Koeffizient: 0,29

Einkommensungleichheit international

Abbildung 21: Gini-Koeffizienten vor und nach Steuern, sortiert nach dem Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen



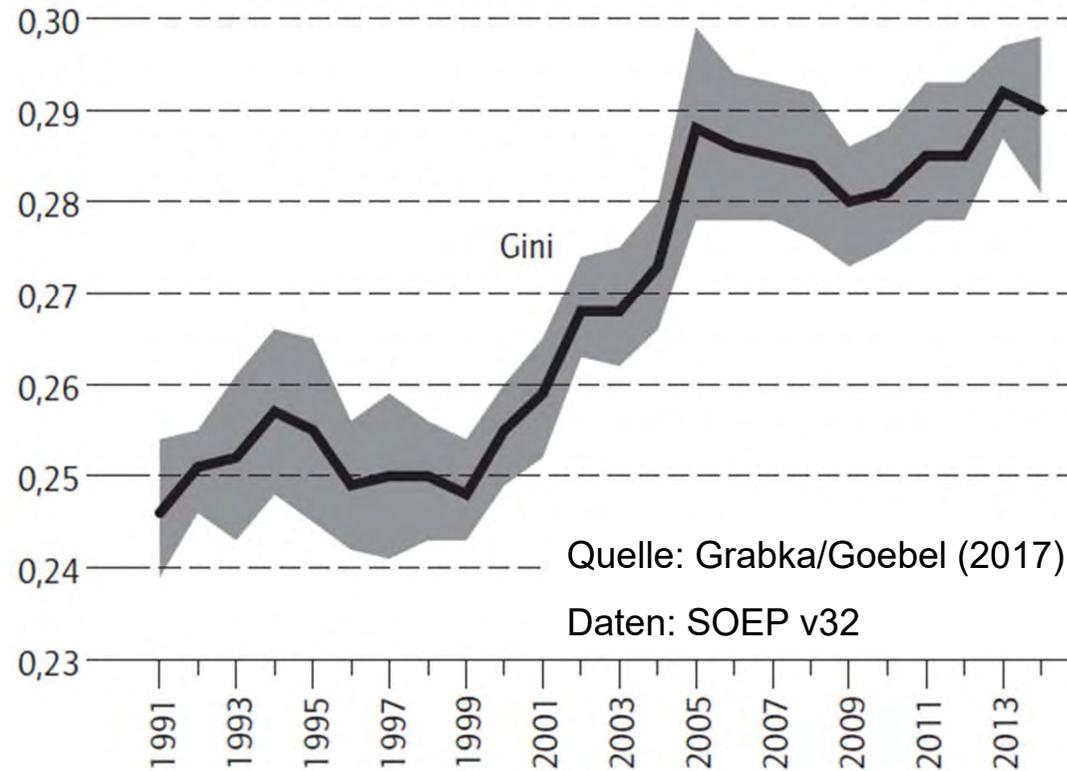
Die Wirkung staatlicher Umverteilung

- In Deutschland wird relativ stark umverteilt: von $G = 0,5$ der Markteinkommen, auf $G = 0,3$ der verfügbaren Einkommen
 - Progressive Besteuerung
 - Grundfreibetrag 9.000 EUR, Eingangssteuersatz 14%
 - ab 55.000 EUR Spitzensteuersatz 42% (45% ab 260.000)
 - Transfers für Geringverdiener
- Umverteilung wirkt in Richtung von Ergebnisgerechtigkeit
- Über das optimale Ausmaß der Umverteilung gibt es aber durchaus unterschiedliche Ansichten (Wohlfahrtsargument)
 - Marktungleichheit (Brasilien, Türkei): 0,5
 - Liberale Wohlfahrtsstaaten (GB, USA): 0,4
 - Konservative Wohlfahrtsstaaten (D, CH, F): 0,3
 - Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten (N, S): 0,25
 - Sozialismus (DDR zur Wendezeit): 0,19

Hat die Ungleichheit in D zugenommen?

Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen

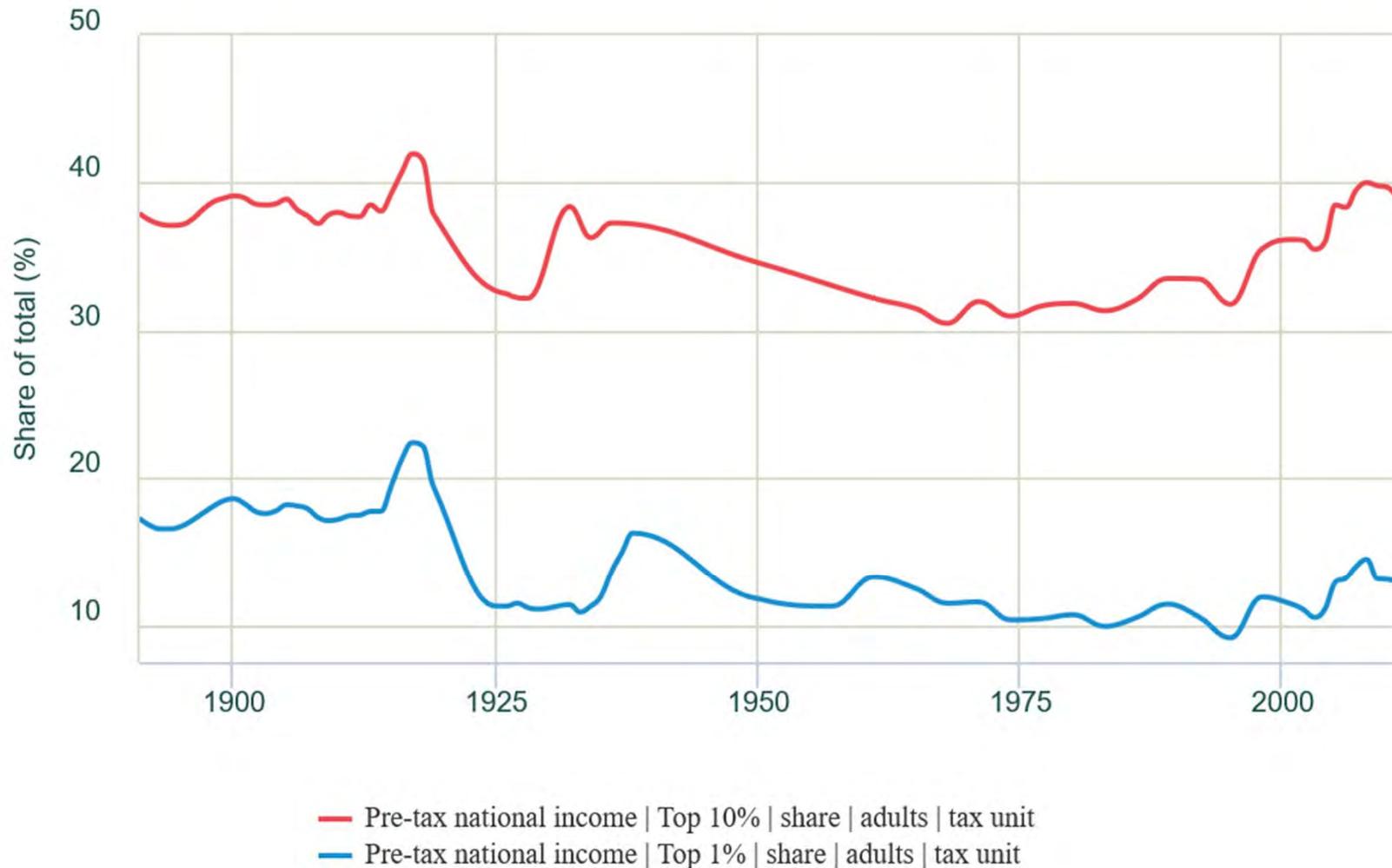
Gini-Koeffizient



- Anstieg von 1999 bis 2005 von 0,25 auf 0,29
- Entgegen dem Eindruck, der in den Medien erweckt wird: Die „Schere“ geht nicht ständig weiter auf!

Lange Zeitreihen: World Income Database

Income inequality, Germany, 1891-2011



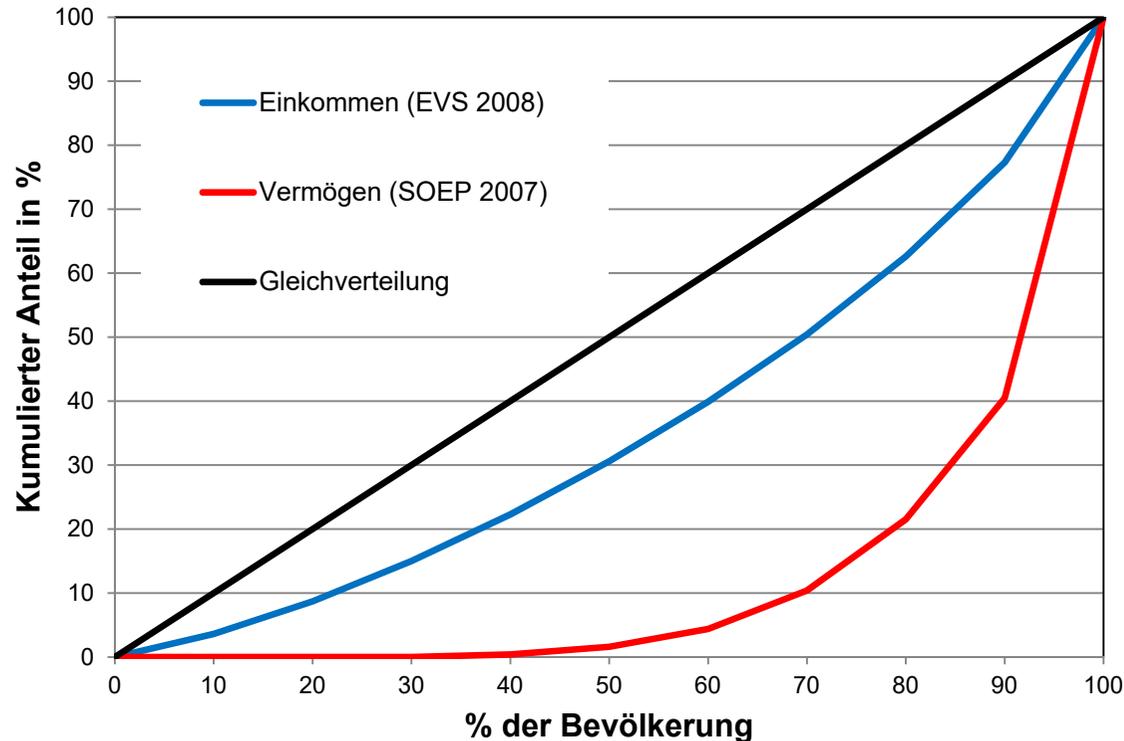
Graph provided by www.wid.world

Gründe für den Anstieg der Einkommensungleichheit

- Stärkere Spreizung der Markteinkommen
 - Globalisierung
 - Durch Arbeitsüberangebot am unteren Ende niedrigere Löhne
 - Durch mehr Arbeitsnachfrage am oberen Ende höhere Löhne
Dadurch z.B. auch „Explosion“ der Managergehälter
 - Skill-Biased Technical Change
 - Höhere Löhne für wissensintensive Jobs (am oberen Ende)
 - Goldin/Katz (2008): The Race Between Education and Technology
- Mehr Transferabhängigkeit (weniger „Normalarbeitnehmer“)
 - Anstieg Rentner
 - Anstieg Arbeitslosigkeit (Anfang der 00er Jahre)
- Weniger Umverteilung
 - Abnahme der HH-Größe (HH ist „Umverteiler“)
 - Senkung des Spitzensteuersatzes: 1998 53%, seit 2005 42%

Vermögensungleichheit

Lorenzkurven der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland



Daten Nettoäquivalenzeinkommen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008: Statistisches Bundesamt (2012)

Daten Nettovermögen aus dem Sozio-Ökonomischen Panel 2007: Frick/Grabka (2009)

Gini (Einkommen): 0,28

Gini (Vermögen): 0,79

26% haben Vermögen ≤ 0

Oberes Dezil hat 61% des Vermögens

- Nettovermögen = Bruttovermögen – Schulden
- Allerdings sind bei diesen Daten keine Rentenansprüche berücksichtigt
 - Würde man das tun, dann wäre die Vermögensungleichheit deutlich geringer

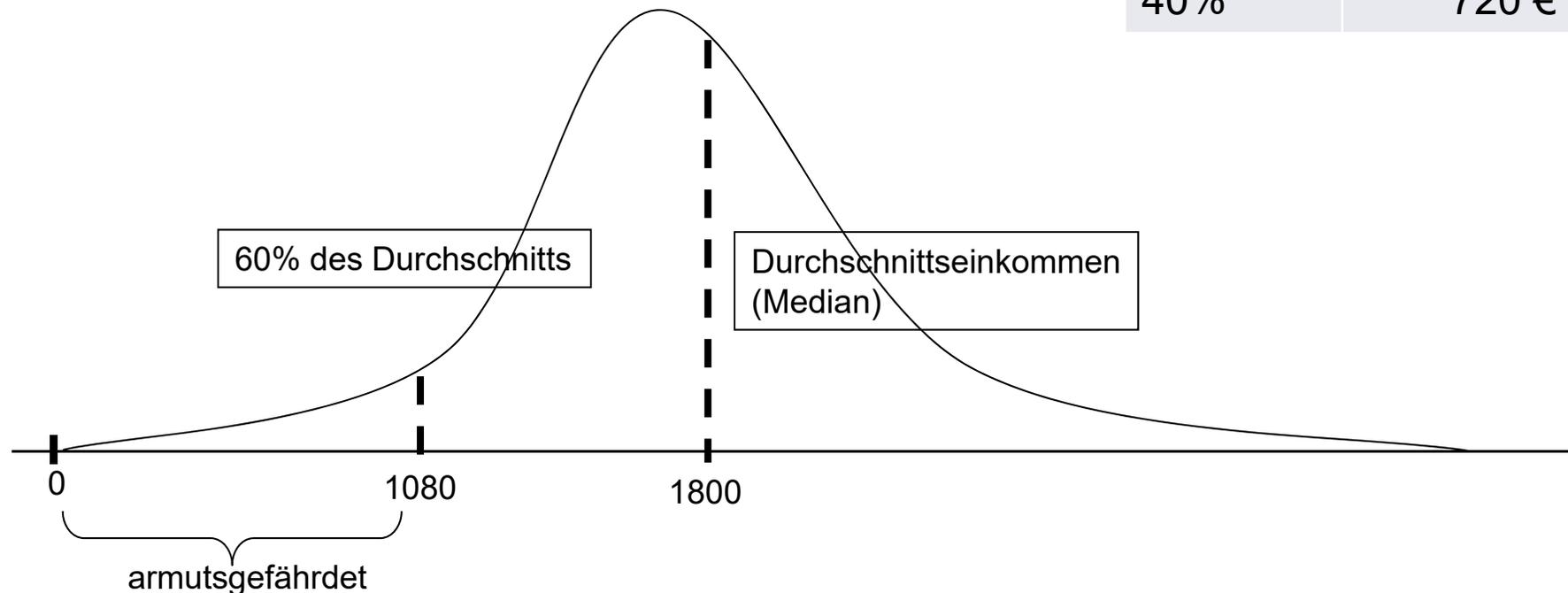
Absolute Armut

- Im Folgenden: Einkommens-Armut
- Physisches Existenzminimum
 - Menschen, die nicht über genügend Mittel zum physischen Überleben verfügen, sind arm.
 - Laut Weltbank: 1,25 US \$ pro Tag (also etwa 1 €)
- Sozio-kulturelles Existenzminimum
 - Menschen sind arm, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, annehmbar ist (EU, 1984)
 - In D berechnet Destatis ein sozio-kulturelles Existenzminimum
 - 2008: 7140 € im Jahr, also etwa 600 € im Monat, oder 20 € Tag
 - Alternativ: Hartz-IV-Schwelle (ca. 750 € Monat)

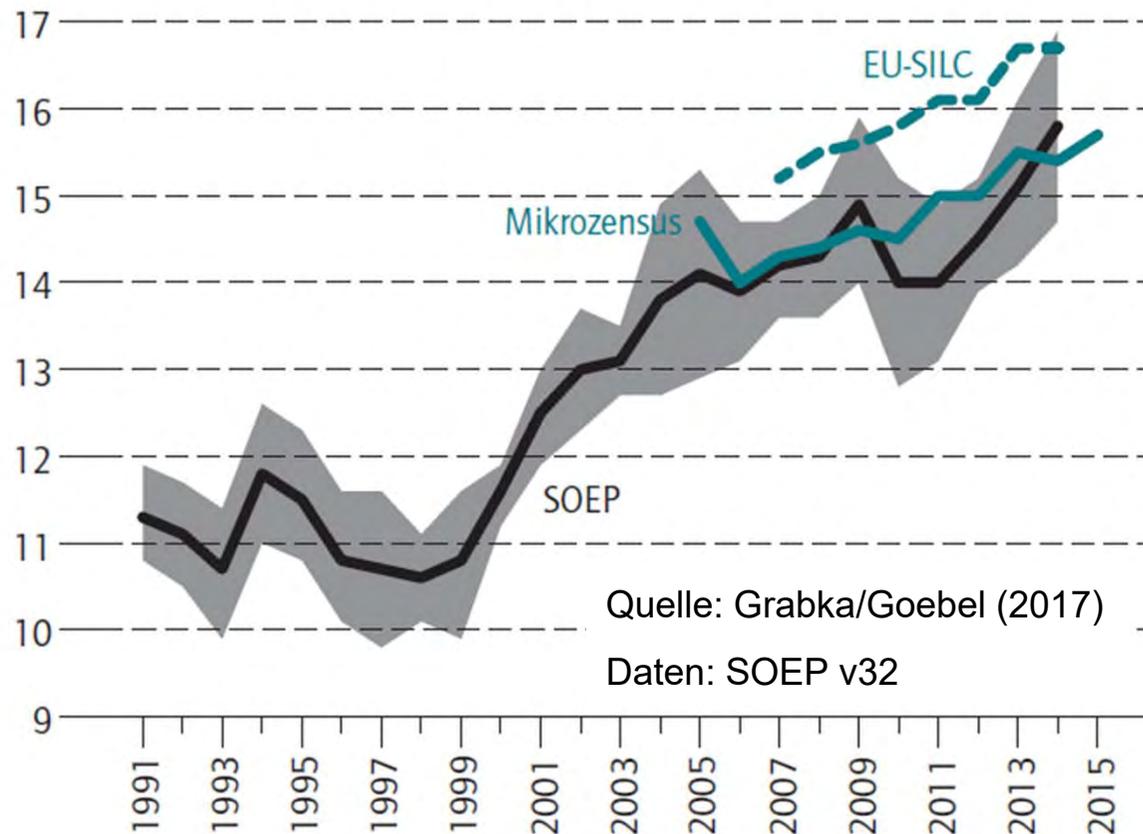
Relative Armut

- Armut als relative Benachteiligung in Bezug auf das mittlere Wohlstandsniveau in einer Gesellschaft
 - Arm ist, wer weniger als einen bestimmten Anteil des Median-Äquivalenzeinkommens hat
 - Weniger als 60%: armutsgefährdet
 - Weniger als 50%: relativ arm
 - Weniger als 40%: arm
 - Meist wird die 60%-Quote berichtet

Armutsschwellen für 2016 (gerundet)	
Median	1.800 €
60%	1.080 €
50%	900 €
40%	720 €

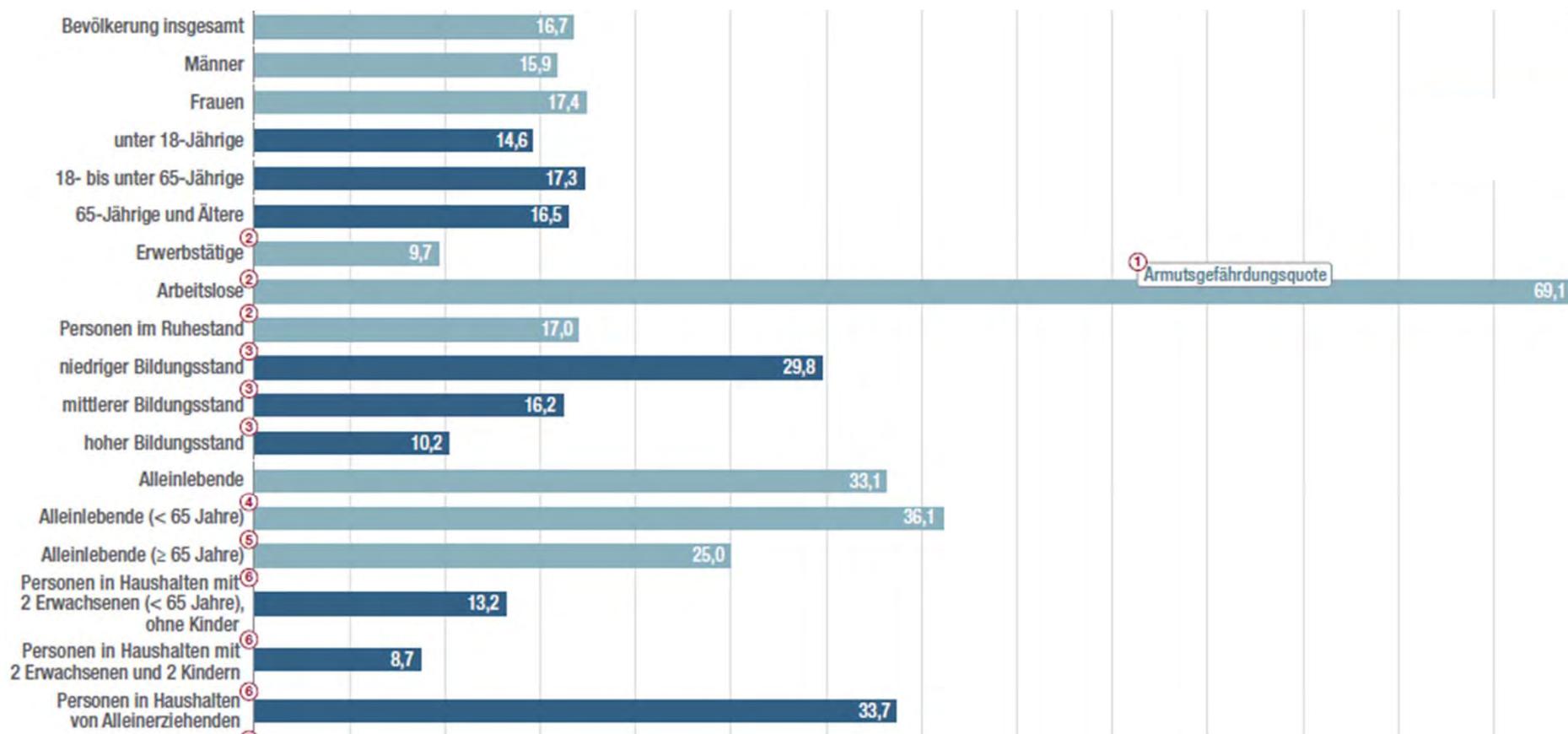


Entwicklung der Armutsgefährdungsquote



- Quote lag lange bei etwa 11%
- Von 1999 bis 2005 abrupter Anstieg auf etwa 14%
- Ab 2011 dann weiterer Anstieg auf 16%
- Entwicklung weitgehend parallel zur Einkommensungleichheit

Armutsgefährdungsquoten 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt: Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
 Bundeszentrale für politische Bildung 2016 | www.bpb.de

Probleme der Relativen Armutsmessung

- Armutsparadoxon I
 - Ein allgemeiner Wohlstandsanstieg (z.B. alle 10% mehr) verringert die absolute Armut, aber nicht die relative Armut
 - Aufschwung seit 2010 reduziert den Anteil der Hartz IV Empfänger, während die 60%-Quote sogar noch stieg
- Armutsparadoxon II
 - Absolut ärmere Gesellschaften mit relativ gleicher Einkommensverteilung haben geringere relative Armut
 - Z.B. gibt es in Tschechien weniger Arme (2008: 9%), als in D (2008: 15%)
- Relative Armutsquoten sind eher ein Maß der Ungleichheit!
- Relative Armut kann nur durch Umverteilung bekämpft werden (weniger ungleiche Einkommensverteilung)
 - 2010 haben staatliche Transfers und Steuern die Armutsgefährdungsquote von 25% auf 15% gesenkt (Zahlen aus EU-SILC)

Armut in München

Münchner Armutsberichte	2010	2016
Median	1.670 €	2.250 €
Armutsschwelle (60%)	1.000 €	1.350 €
Armutgefährdungsquote	14,7 %	17,5 %
Armutgefährdete Bewohner	205.000	270.000

- Mit der deutschlandweiten Armutsschwelle (1.080 €) gäbe es in München relativ wenige Arme (ca. 10%)
- Die Stadt München findet das zu niedrig. Deshalb führt sie seit 2010 eigene Erhebungen durch, mit denen München-spezifische Armutsschwellen berechnet werden (Münchner Armutsberichte)
- Die Münchner Armutsschwelle ist deutlich höher (1.350 €). Die Quote damit dann in ähnlicher Höhe wie in D (17,5%)
 - Aufgrund der hohen Münchner Armutsschwelle sind 43% der jungen Münchner (Studierende, Auszubildende) arm
 - Ebenso 27% der alten Münchner (Rentner)



Quelle: Landeshauptstadt München, Sozialreferat/Referat für Gesundheit und Umwelt BesogLa 2016; Berechnung des Sozialreferates

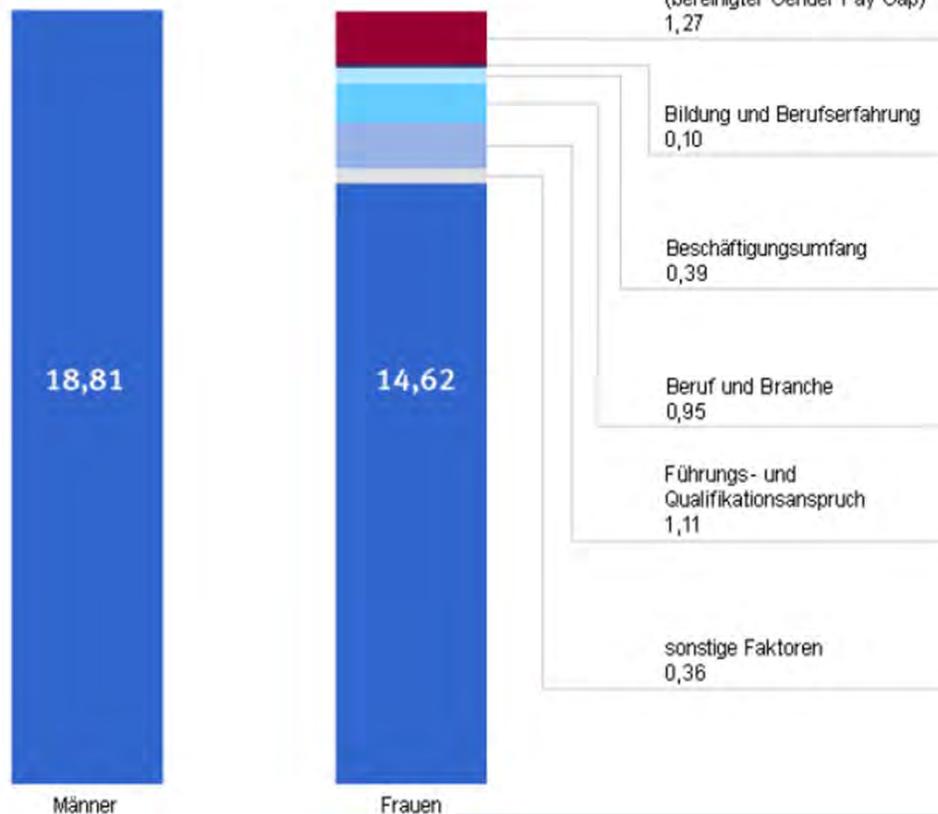
Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

- Frauen verdienen in D ca. 78% des Männer-Einkommens
 - Die „unbereinigte Lohnlücke“ ist also 22% („Gender Pay Gap“)
 - Diese Lohnlücke wird häufig als Lohndiskriminierung interpretiert
 - Verletzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
- Die unbereinigte Lohnlücke vergleicht aber „Äpfel mit Birnen“
 - Männer und Frauen unterscheiden sich stark in ihren Tätigkeiten
 - Frauentypische Berufe und Branchen, Frauen häufiger Ungelernte als Männer (13% vs. 8%), Frauen seltener in leitender Position (7% vs. 13%) [s. Joachimiak, 2013]
 - Diese unterschiedlichen Tätigkeiten muss man kontrollieren, um die Lohnlücke für „gleiche Arbeit“ zu bestimmen („bereinigte Lohnlücke“)
 - Regressionen mit Dekomposition des „Gender Pay Gap“
- Die „bereinigte Lohnlücke“ kann als Diskriminierung interpretiert werden

Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen 2010

Bruttostundenverdienst in €



© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

Quelle: Joachimiak (2013)

Ähnliche Ergebnisse bei Gartner/Hinz (2009)

– Unbereinigter Gap 4,19 €

$$\text{GAP}_{\text{brutto}} = \frac{4,19}{18,81} \cdot 100 = 22,3\%$$

– Strukturelle Unterschiede und ihr Beitrag zum Gap

- Weniger Bildung, weniger Berufserfahrung, weniger Vollzeit 0,49 €
- Berufe/Branchen mit niedrigerem Lohn 0,95 €
- Weniger auf Führungspositionen 1,11 €
- Sonstiges (Betriebsmerk.) 0,36 €

– Bereinigter Gap 1,27 €

$$\text{GAP}_{\text{netto}} = \frac{1,27}{18,81} \cdot 100 = 6,8\%$$

Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

- Was sind die ungleichheitsgenerierenden Mechanismen?
Und der jeweilige Erklärungsanteil am Gap (in Klammern)
 - Frauen haben weniger Humankapital ($^{0,49}/_{4,19} \cdot 100 = 12\%$)
 - Bzgl. Bildung nicht mehr, aber immer noch weniger Berufserfahrung und häufiger Teilzeit
 - Frauen arbeiten häufiger in schlecht bezahlten Berufen/Branchen/Betrieben ($^{1,31}/_{4,19} \cdot 100 = 31\%$)
 - Frauentypische Berufe werden geringer bewertet (mittelbare (evaluative) Diskriminierung)
 - Frauen sind seltener auf Führungspositionen ($^{1,11}/_{4,19} \cdot 100 = 26\%$)
 - Könnte aufgrund von Beförderungsdiskriminierung sein (mittelbare (allokative) Diskriminierung)
 - Oder weil familienorientierte Frauen seltener Führungspositionen anstreben
Ochsenfeld (2012) zeigt bei deutschen Absolventen/innen, dass kinderlose Frauen genauso häufig auf Führungspositionen gelangen wie Männer
 - Unerklärter Rest ($^{1,27}/_{4,19} \cdot 100 = 30\%$)
 - Könnte direkte Lohndiskriminierung sein (unmittelbare Diskriminierung)
 - Es könnten aber auch weitere unbeobachtete Geschlechterunterschiede dahinterstecken
 - Weniger ehrgeizige Lohnverhandlungen von Frauen

Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

Will man den Gender Pay Gap reduzieren, so ergeben sich angesichts obiger Analyse folgende Möglichkeiten

- [Alle Zitate aus dem Koalitionsvertrag vom November 2013]
- Evaluative Diskriminierung: Änderung der Berufswahl/Verdienststrukturen
 - „geschlechtergerechte Berufswahl“
 - Ziel ist es, „gerade Berufe in der Pflege, der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung aufzuwerten und damit auch besser zu bezahlen.“
- Allokative Diskriminierung
 - Quoten für Führungspositionen: „Deshalb werden wir Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten in Unternehmen gesetzlich einführen.“
- Schärfere Verfolgung von unmittelbarer Lohndiskriminierung
 - „Mehr Transparenz“: Unternehmen verpflichtet, „anonymisierte Entgeltberichte“ vorzulegen; Es besteht „individueller Auskunftsanspruch“
- Abbau der „motherhood wage penalty“
 - Bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten
 - Und/oder umgekehrt: Männer müssen sich mehr an Kindererziehung beteiligen, damit es auch eine „fatherhood wage penalty“ gibt

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

4.2.4 Gesundheit

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Gesundheitsungleichheit

- Auch Gesundheit ist ungleich verteilt
 - Schlechtere Gesundheit manifestiert sich in höherer Mortalität / kürzerer Lebenserwartung (Ungleichheit der „finalen“ Art)
 - Ursachen ungleicher Gesundheit
 - Es gibt biologische Unterschiede zwischen den Menschen
 - Aber auch zahlreiche soziale „Korrelate“
 - Insbesondere zeigt sich immer wieder, dass mit dem Einkommen die Lebenserwartung steigt

► Tab 1 Lebenserwartung bei Geburt nach Einkommen – Mittelwert

Einkommen	Männer	Frauen
	Jahre	
< 60 % des durchschnittlichen Einkommens	70,1	76,9
60 – < 80 % des durchschnittlichen Einkommens	73,4	81,9
80 – < 100 % des durchschnittlichen Einkommens	75,2	82,0
100 – < 150 % des durchschnittlichen Einkommens	77,2	84,4
≥ 150 % des durchschnittlichen Einkommens	80,9	85,3
Insgesamt	75,3	81,3

Datenbasis: SOEP und Periodensterbetafeln 1995–2005.

Quelle: Lampert et al. (2013)

Gesundheitsungleichheit: Mechanismen

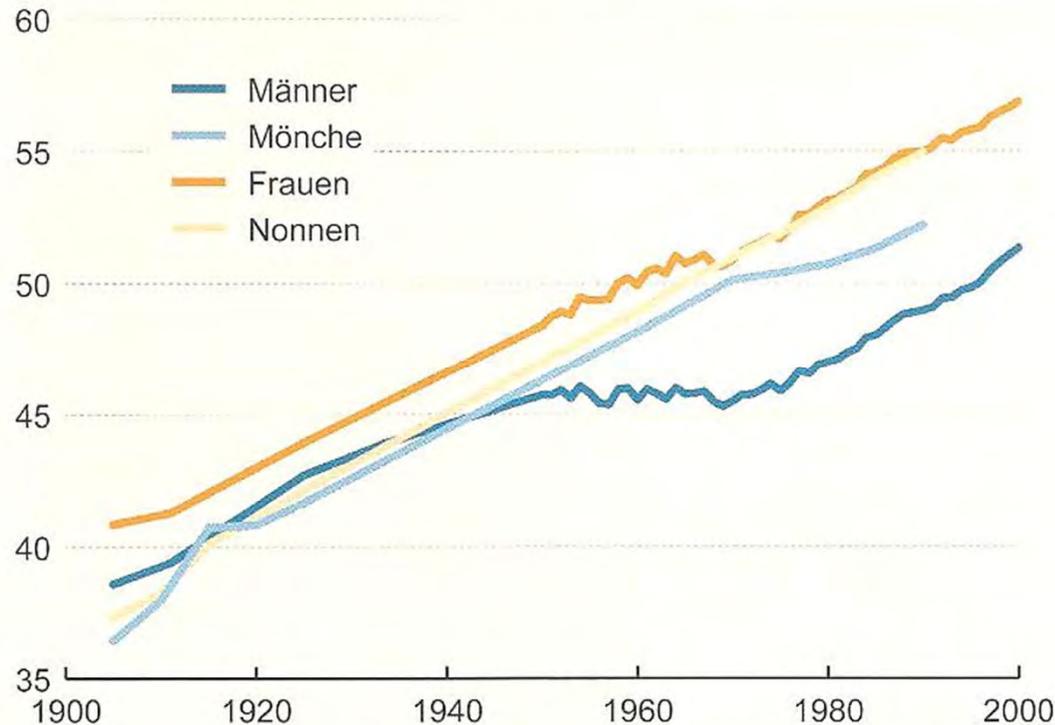
- Warum sind reichere Menschen gesünder/leben länger?
 - Ungleicher Zugang zu medizinischer Versorgung
 - Sollte in Deutschland eher nicht der Grund sein
 - Allerdings gibt es unterschiedliche Inanspruchnahme (hoch Gebildete gehen eher zum Arzt)
 - Ungleiche Belastungen („exposure“)
 - Wohnsituation: schlechte Wohnbedingungen (extrem: Obdachlosigkeit)
 - Arbeitsbedingungen: sind bei Niedriglohnberufen schlechter
 - Lebensstil: ärmere Menschen rauchen mehr, sind eher übergewichtig, und treiben weniger Sport (s. Lampert et al. 2013)
 - Selektion der Gesünderen in bessere soziale Positionen
 - Bzw. umgekehrt: „Barrieren“ für kränkliche Menschen
- Der Selektionsmechanismus wird häufig „übersehen“
 - Eine Studie von Conti/Heckman/Urzua (2010) zeigt, dass Exposure und Selektion zu je etwa 50% die Gesundheitsungleichheit erzeugen
- Fazit: „Armut macht krank“, aber auch „Krankheit macht arm“

Gesundheitsungleichheit: Maßnahmen

- Wenn man diese Ungleichheiten abbauen wollte
 - Exposure
 - Armutsbekämpfung: bessere Wohnbedingungen, bessere Arbeitsbedingungen für Arme
 - Gesundheitsaufklärung/-zwang: gesünderer Lebensstil
 - Der Selektionsmechanismus verweist aber darauf, dass dies Gesundheitsungleichheit nicht gänzlich beseitigen kann
 - Es bedarf weiterer Maßnahmen zum Abbau von Barrieren, z.B.
 - „Nachteilsausgleiche“ für kranke Menschen
 - Wiederholungsklausuren an der Uni
 - Verbeamtung auch von Übergewichtigen
 - Inklusion von behinderten Schülern

Frauen leben länger

Fernere Lebenserwartung im Alter von 25 Jahren



RZ-Grafik / Datenquelle: www.klosterstudie.de.

Quelle: Rostocker Zentrum (2011)
„Deutschland im Demografischen Wandel“; Luy (2003)

- Männer leben ca. 5 Jahre kürzer
 - Männer sind das „final“ benachteiligte Geschlecht!
 - Es gibt biologische Ursachen (genetisch, hormonell)
 - Wichtiger jedoch sind „soziale“ Ursachen
 - Männer: mehr (Arbeits-) Unfälle, mehr Stress, mehr Selbstmord, schlechteres Gesundheitsverhalten
 - Beweis: Mönche leben fast so lange wie Nonnen
 - Jedoch der Überlebensvorteil der Frauen reduziert sich
 - Mehr Rauchen
 - Höhere Erwerbstätigkeit: mehr Arbeitsstress



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.3 Theorien sozialer Ungleichheit

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Theorien sozialer Ungleichheit

- Auch bisher schon öfter Theorie: „Mechanismen“
 - Es gibt aber auch „Großtheorien“, die einen allgemeineren Erklärungsanspruch haben
 - Viele Sozialforscher sind gegenüber „Großtheorien“ skeptisch. Deshalb favorisieren heute viele Sozialforscher Erklärungen mittels spezifischer Mechanismen (analytische Soziologie)
- Marxistische Theorie (Marx/Engels, ca. 1860)
 - Ungleichheit entsteht durch Besitz bzw. nicht-Besitz von Produktionsmitteln (Kapitalisten, Proletarier)
 - Die Proletarier werden von den Kapitalisten ausgebeutet
 - Alle Dimensionen der Ungleichheit dadurch geprägt
 - Kritik: völlig verkürzter Ansatz
 - Die 90% nicht-Besitzenden unterscheiden sich erheblich
 - Die 10% Besitzenden unterscheiden sich auch erheblich

Funktionalistische Theorie

- Grundlegende Argumentation (Davis/Moore, 1945)
 - (Berufliche) Positionen unterscheiden sich nach ihrer Wichtigkeit für das System (die Gesellschaft)
 - Auf den wichtigsten Positionen sollen die talentiertesten/ bestausgebildeten Personen sein
 - Talent ist knapp und gute Ausbildung erfordert Anstrengungen
 - Um die Besten dazu zu motivieren, diese Anstrengungen auf sich zu nehmen, müssen die Belohnungen (Lohn und soziale Anerkennung) auf den wichtigen Positionen hoch sein
 - Ungleichheit ist somit eine funktionale Notwendigkeit
- Kritik
 - Reiner Makroansatz: das „System“ handelt hier (keine Mikrofundierung)
 - Die Wichtigkeit kann nicht a-priori bestimmt werden, sondern nur ex-post durch die höhere Belohnung

Markttheoretischer Ansatz

- Grundlegende Argumentation (zuerst: Adam Smith 1776)
 - Die Belohnung einer Position richtet sich nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markt
 - Belohnung kann auch immateriell oder symbolisch sein
 - Gute Arbeitsbedingungen, Ansehen, Ruhm
- Soziale Ungleichheit resultiert aus
 1. Unterschiedlicher Produktivität
 - Unterschiedliche Begabung, Bildung, Arbeitsmotivation, etc.
 - Der Markt macht aus Unterschieden Ungleichheiten!
 2. Sozialer Schließung (ungleiche Löhne bei gleicher Produktivität)
 - Institutionelle Barrieren (z.B. Arbeitsgesetze, Berufstitel)
 - Diskriminierung

Ein Mechanismus: das Matthäus-Prinzip

- Wie korrelieren die Dimensionen sozialer Ungleichheit?
 - Statusinkonsistenz: negative Korrelation
 - Bsp.: der reiche Sportstar mit nur Hauptschule
 - Statuskonsistenz: positive Korrelation
 - Bsp.: der reiche Unternehmer mit Doktor-Titel
- Meist positive Korrelation: Matthäus-Prinzip

„Denn wer hat, dem wird gegeben, und er wird im Überfluss haben; wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat“

 - Bsp.: Hochgebildete erlangen einen besseren Beruf und höheres Einkommen und heiraten untereinander
 - Das führt zu einer Kumulation sozialer Ungleichheit
- Manchmal aber auch „Kompensationsprinzip“: Nachteile auf einer Dimension werden durch Vorteile auf einer anderen ausgeglichen
 - Bsp.: höhere Löhne für schlechte Arbeitsbedingungen (kompensierende Lohndifferentiale)

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.4 Strukturen sozialer Ungleichheit

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Die Schichtung der Gesellschaft

- Soziologen teilen die Bevölkerung gern in Gruppen ein, die von unten nach oben hierarchisch geordnet sind
 - Man spricht von „Schichten“ (oder: „Klassen“)
 - Innerhalb der Schichten ist die Lebenslage der Menschen ähnlich
 - Mitglieder einer Schicht haben auf allen Ungleichheitsdimensionen eine ähnliche Position
 - Ihre Lebenschancen sind durch die Schichtmitgliedschaft bestimmt
 - Die Schicht beeinflusst Denken und Interessen und somit das Verhalten
 - Es entwickelt sich ein Bewusstsein für die Sozillage (Klassenbewusstsein bei Marx, Klassen-Habitus bei Bourdieu)
 - Schichtmodelle müssen folgenden Bedingungen genügen
 - Homogenität: innerhalb der Schichten kaum Varianz der Lebenslage
 - Unterscheidbarkeit: zwischen den Schichten viel Varianz der Lebenslage
 - Hierarchie: die Schichten lassen sich eindeutig ordnen

EGP-Klassen

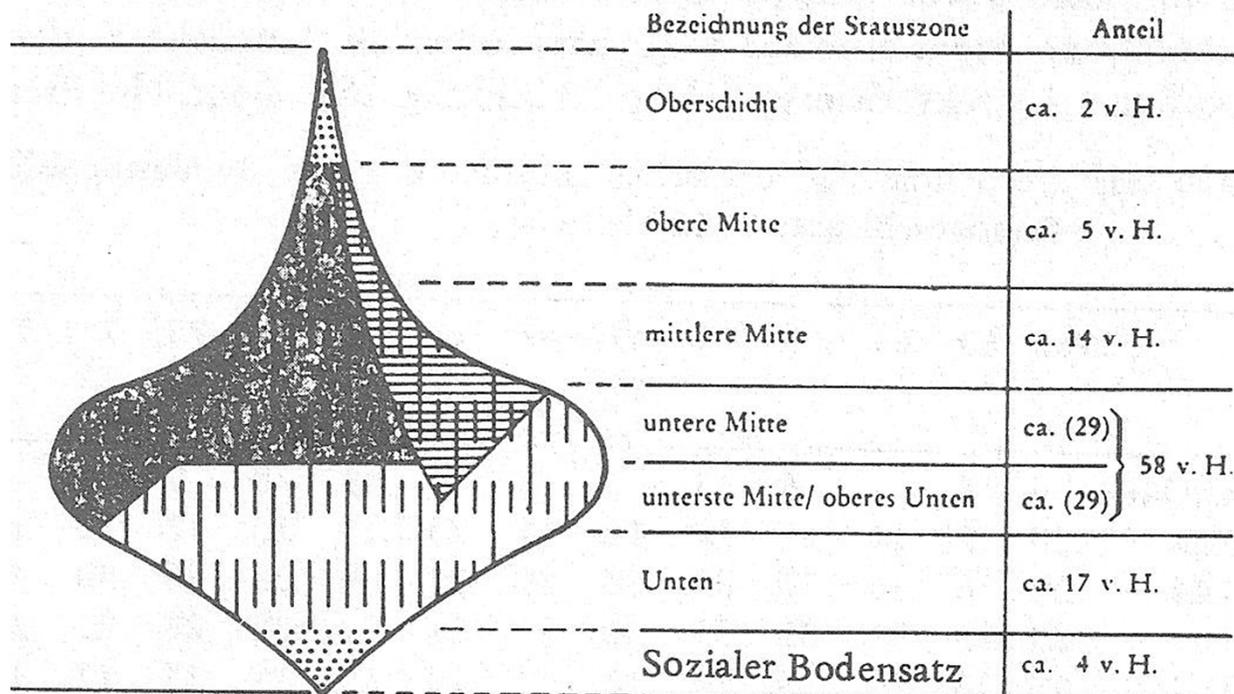
- Erikson, Goldthorpe, Portocarero 1979
 - Produktionsmittelbesitz: Arbeitgeber, Selbständige, Arbeitnehmer
 - Differenziert nach Qualifikation und Position in der Hierarchie
 - 10 Klassen (zusammenfassbar in 7, 5, oder 3)

	Klasse
I	Professional, administrative and managerial, higher (Obere Dienstklasse)
II	Professional, administrative and managerial, lower (Untere Dienstklasse)
III	Routine nonmanual (Nicht-manuell Ausführende)
IVa	Proprietors and self-employed with employees (Selbstständige mit Beschäftigten)
IVb	Proprietors and self-employed without employees (Selbstständige ohne Beschäftigte)
IVc	Farmers and smallholders (Landwirte)
V	Lower technical and supervisory (Arbeiterelite)
VI	Skilled manual (Facharbeiter)
VIIa	Semi-skilled and unskilled manual (Un- und Angelernte)
VIIb	Agricultural workers (Landarbeiter)

Quelle: Huinink/Schröder, S. 183

Die Mittelstandsgesellschaft

- M. Weber und T. Geiger führten den Begriff „Schicht“ ein
 - In Absetzung von der marxistischen „Klasse“
 - Sie wollten betonen, dass nicht nur ökonomische Kriterien die soziale Position bestimmen
- 1950er Jahre: Die Mittelschicht wird die dominante Schicht
 - „Nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ (H. Schelsky)



- **„Bolte Zwiebel“**
- Schichtaufbau der deutschen Gesellschaft ca. 1965
- Mittelschicht: 77% !
- Allerdings beruht auch dieses Schichtmodell auf der beruflichen Position!

Quelle: Bolte/Hradil, 1984, Soziale Ungleichheit, S. 220

Kritik der Klassen- und Schichtmodelle

- Kritik an den klassischen Modellen
 - Innerhalb der Schichten ist die Varianz der Lebenslagen zu groß
 - Eine hierarchische Ordnung ist auch nicht mehr sinnvoll
 - Schichtmodelle bilden keine monotone Wohlbefindensskala
 - Individualisierung (Beck, 1983)
 - Jede Form der Gruppierung in modernen Gesellschaften ist zum Scheitern verurteilt
- Heute im Großen und Ganzen drei „Lager“
 - Individualisierung: verwenden diese Modelle nicht mehr
 - Klassen: Die neuen differenzierten Klassenkonzepte (EGP) sind nach wie vor ungleichheitsrelevant
 - „Klasse“ erklärt Varianz in Modellen des Wohlbefindens
 - Ungleichheitsdimensionen: Schichtbildung macht keinen Sinn, man sollte sich die Dimensionen sozialer Ungleichheit direkt anschauen (z.B. Bildung, Einkommen, berufliche Stellung, etc.)



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.5 Soziale Mobilität

Josef Brüderl
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Soziale Mobilität

- Def.: Veränderung ungleichheitsrelevanter Merkmale
 - Einzelner Dimensionen der sozialen Ungleichheit
 - Bildungs-, Berufs-, Einkommensmobilität
 - Mehrere Dimensionen
 - Schicht-, Klassenmobilität
- Veränderung innerhalb oder zwischen Generationen
 - Intragenerationale Mobilität
 - Veränderung im Lebensverlauf eines Menschen
 - Bsp.: beruflicher Aufstieg (Karrieremobilität)
 - Intergenerationale Mobilität
 - Veränderung zwischen den Generationen
 - Bsp.: Bildung der Eltern und Bildung der Kinder
- Richtung der Veränderung
 - Aufstiegs- oder Abstiegsmobilität

Intragenerationale Mobilität

- Ausmaß der Karrieremobilität
 - In D eher niedrig, wg. enger Koppelung von Ausbildung und Beruf
- Haben sich die Lebensverläufe verändert?
 - These I: früher gab es häufig eine „Normalbiographie“
 - Männer: Schule, Ausbildung, lebenslange Beschäftigung in einem Betrieb, Rente
 - Frauen: Schule, ungelernte Tätigkeit, Hausfrau
 - These II: heute zeigt sich eine De-Standardisierung der Verläufe
 - Globalisierung: Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse
 - Lebenslanges Lernen und biographische Brüche
 - Besonders starker Wandel bei den Frauen
 - Analog im Bereich der Lebensformen: Pluralisierung
 - Antwort unklar
 - Die Normalbiographie war früher nicht so dominant
 - Die De-Standardisierung wird gerne übertrieben

Intergenerationale Mobilität

- Klassisch soziologisches Forschungsthema
 - Geschlossene Gesellschaft
 - Statuszuweisung überwiegend durch Geburt
 - Offene Gesellschaft
 - Statuszuweisung durch Leistung
- Klassische Methode: die Mobilitätsmatrix
 - Verteilung der sozialen Position der Kinder in Abhängigkeit von der sozialen Position der Eltern
 - Meist: Position des Sohnes in Abhängigkeit von Position des Vaters
 - Verschiedene Prozentuierungen möglich
 - Abstromprozente: in welche soziale Positionen gehen die Kinder?
 - Auf- bzw. Abstiegschancen von Kindern
 - Zustromprozente: woher rekrutieren sich soziale Positionen?
 - Offenheit bzw. Geschlossenheit einer Position

Intergenerationale Klassenmobilität

Väter ¹	Söhne ¹						Gesamt	
	obere Dienst- klasse ²	untere Dienst- klasse ³	Fach- arb./ Techn.	sons- tige Ar- beiter	Selb- stän- dige ⁴	landw. Berufe	%	Fallzahl
Westdeutschland								
obere Dienstklasse ²	49	21	19	(4)	7	(0)	100	162
untere Dienstklasse ³	20	38	33	(3)	6	(1)	100	177
Facharbeiter/Techniker	9	18	57	10	5	(0)	100	675
sonstige Arbeiter	(5)	16	61	12	(4)	(2)	100	186
Selbständige ⁴	18	26	26	7	22	(1)	100	153
landwirtschaftl. Berufe	11	10	28	16	8	28	100	239
obere Dienstklasse ²	33	11	4	(5)	10	(0)		
untere Dienstklasse ³	15	21	8	(4)	9	(1)		
Facharbeiter/Techniker	26	39	56	44	29	(4)		
sonstige Arbeiter	4	9	16	15	7	(4)		
Selbständige ⁴	11	12	6	7	29	(3)		
landwirtschaftl. Berufe	11	7	10	25	16	88		
Gesamt: %	100	100	100	100	100	100		
Fallzahl	240	315	696	148	117	76		

Abstromprozent

Zustromprozent:
Achtung, Spalten verrutscht!

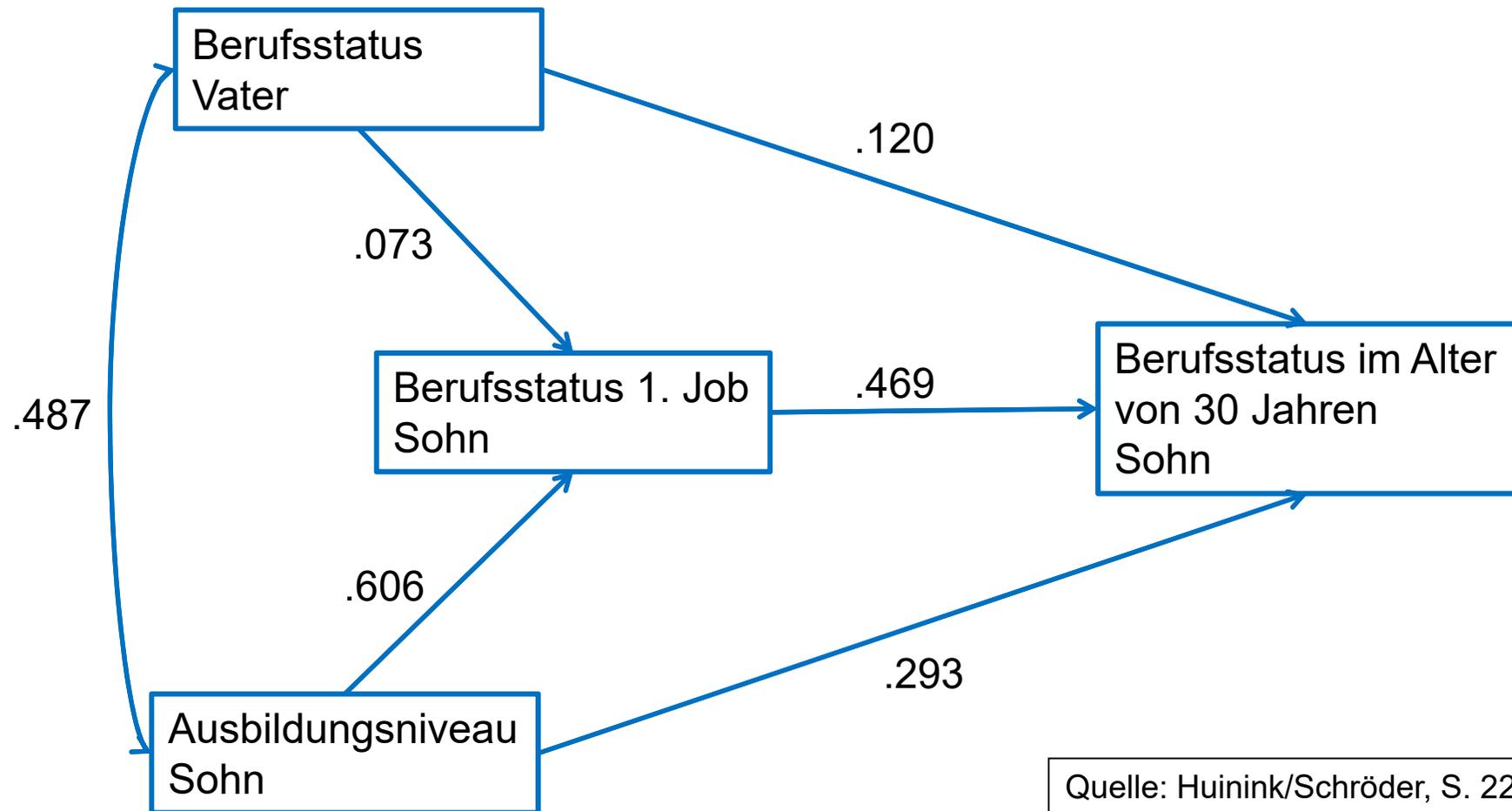
Quelle: Thomas Klein:
Sozialstrukturanalyse,
S. 296f

- Historischer und internationaler Vergleich
 - Erikson/Goldthorpe (1992) The Constant Flux.
 - Befund: Mobilitätsquoten haben sich im 20. Jhd. nicht groß verändert, erst in jüngster Zeit ist eine Erhöhung zu beobachten

Status-Attainment-Modell

- Wie kommt man zu seinem sozio-ökonomischen Status?
 - Klassiker: Blau/Duncan (1967) „The American Occupational Structure“
 - Durch Vererbung? (geschlossene Gesellschaft)
 - Beruf des Vaters bestimmt Position des Sohns
 - Oder durch eigene Leistung? (offene Gesellschaft)
 - Bildung des Sohns bestimmt seinen Einstiegs-/Zielberuf
- Ergebnisse von Regressionsanalysen (s. nächste Folie)
 - Die Pfeile bedeuten, dass es einen gerichteten Effekt gibt
 - Die Zahlen geben Richtung und Stärke des Effektes an
 - Standardisierte Regressionskoeffizienten
 - Berufsstatus Vater korreliert stark (.49) mit Bildung Sohn
 - Starke Bildungsvererbung liegt vor
 - Berufsstatus Vater hat deutlich schwächeren Effekt (.07) als Bildung Sohn (.61) auf den Berufsstatus des 1. Jobs des Sohns
 - Eigene Leistung wichtiger als Herkunft
 - Effekt des Berufsstatus des Vaters auf den Berufsstatus des Sohnes im Alter 30 ist ebenfalls schwach (.12)
 - Nur geringe Statusvererbung

Status-Attainment-Modell



Daten: Deutsche Lebensverlaufsstudie
Männer der Kohorten 1949-51

Zitierte Literatur

- Becker, G. (1964) Human Capital. University of Chicago Press.
- Bolte, K.M. und S. Hradil (1984) Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. Leske + Budrich.
- Boudon, R. (1974) Education, Opportunity, and Social Inequality. Wiley.
- Brüderl, J. (2004) Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa. Aus Politik und Zeitgeschichte B 19: 3-10.
- Conti, G, J. Heckman und S. Urzua (2010) The Education-Health Gradient. AER 100: 234-238 (P&P, May 2010).
- Cunha, F. und J. Heckman (2006) Investing in Our Young People. Unveröff. Manuskript.
- Esser, H. (1993) Soziologie: Allgemeine Grundlagen. Frankfurt: Campus.
- Felbermayr, G. et al. (2016) Entwicklung der Einkommensungleichheit. München: Stiftung Familienunternehmen.
- Frick, J. und M. Grabka (2009) Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. DIW Wochenbericht 04/2009.
- Gartner, H. und T. Hinz (2009) Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit in Betrieben, Berufen und Jobzellen (1993-2006). Berliner J. Soziologie 19: 557-575.
- Goldin, C. und L. Katz (2008) The Race Between Education and Technology. Harvard University Press.
- Grabka, M und J. Goebel (2017) Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen. DIW Wochenbericht Nr. 4, 2017.

Zitierte Literatur

- Huinink, J. und T. Schröder (2008) Sozialstruktur Deutschlands. UVK Verlagsgesellschaft.
- Joachimiak, W. (2013) Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich? STATmagazin 03/2013.
- Klein, Th. (2005) Sozialstrukturanalyse. Rowohlt.
- Lampert, T. et al. (2013) Gesundheitliche Ungleichheit. S. 259-271, in: Datenreport 2013. bpb.
- Luy, M. (2003) Causes of Male Excess Mortality. Population and Dev. Rev. 29: 647-676.
- Neugebauer, M. (2010) Bildungsungleichheit und Grundschulempfehlung beim Übergang auf das Gymnasium. ZfS 39: 202-214.
- Ochsenfeld, F. (2012) Gläserne Decke oder goldener Käfig? KZfSS 64: 507-534.
- Schmillen, A. und H. Stüber (2014) Bildung lohnt sich ein Leben lang. IAB-Kurzbericht.
- Statistisches Bundesamt (2012) Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008, Fachserie 15, Heft 6.
- Vogt, T. (2013) How many years of life did the fall of the Berlin Wall add? Gerontology 59: 276-282.
- Wagner, M. (2008) Entwicklung und Vielfalt der Lebensformen. S. 99-120, in: N. Schneider (Hg.) Lehrbuch Moderne Familiensoziologie. Budrich.